



Vom Grossen Stadtrat
genehmigt am
27. Januar 2022

Protokoll Nr. 16

über die Verhandlungen
des Grossen Stadtrates von Luzern
Donnerstag, 28. Oktober 2021, 08.15–16.45 Uhr
Regierungsgebäude Kanton Luzern,
Kantonsratssaal

Vorsitz:

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann

Präsenz:

Anwesend sind 45–47 Ratsmitglieder.

Entschuldigt:

Andreas Moser
Raphaëla Meyenberg ab 10 Uhr
Mirjam Fries bis 11 Uhr
Andreas Felder ab 16.15 Uhr

Vom Stadtrat ist Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki
ab 15.30 Uhr entschuldigt. Die übrigen Mitglieder des Stadtra-
tes sind anwesend.

Protokoll:

Karin Spinnler Schmid

Verhandlungsgegenstände	Seite
1. Mitteilungen der Ratspräsidentin	4
2. Genehmigung des Protokolls 14 vom 2. September 2021	6
3. Geschäftsbericht des Grossen Stadtrates von Luzern über das Amtsjahr 2020/2021	6
4. Bericht und Antrag 26/2021 vom 18. August 2021: Erneuerung Darlehen an Regionales Eiszentrum REZ AG Sonderkredit	7
5. Bericht und Antrag 24/2021 vom 7. Juli 2021: Rad-/Gehweg Neustadt-/Zentralstrasse <ul style="list-style-type: none">▪ Projektierungskredit▪ Vorinvestition für Rad-/Gehweg im Gleisfeld SBB	12

6.	Bericht und Antrag 25/2021 vom 18. August 2021: Carparkplatz Rösslimatt Kriens Ausführungskredit provisorischer Carparkplatz als temporärer Ersatz für den Carparkplatz Inseli	19
7.	Postulat 60, Roger Sonderegger und Peter Gmür namens der CVP-Fraktion vom 4. Februar 2021: Biozide in der Gebäudehülle vermeiden	31
8.	Interpellation 65, Sandra Felder-Estermann, Mike Hauser und Marc Lustenberger namens der FDP-Fraktion vom 15. Februar 2021: Wie erfolgreich sind Pop-up-Parks in der Stadt Luzern?	31
9.	Interpellation 98, Patrick Zibung und Thomas Gfeller namens der SVP-Fraktion vom 10. Mai 2021: Weiteres Vorgehen und die Kosten betreffend Eichwäldlibesetzer	31
10.	Interpellation 55, Martin Abele namens der G/JG-Fraktion vom 25. Januar 2021: Velofahrende Kinder auf Trottoir: Sensibilisierung	32
11.	Interpellation 99, Patrick Zibung und Thomas Gfeller namens der SVP-Fraktion vom 10. Mai 2021: Die grüne Oase beim Löwenplatz	38
12.	Postulat 84, Claudio Soldati und Tamara Celato namens der SP-Fraktion vom 12. April 2021: Reduktion der Fallbelastung in der Sozialhilfe	38
13.	Postulat 85, Claudio Soldati und Tamara Celato namens der SP-Fraktion vom 12. April 2021: Reduktion der Fallbelastung im Kindes- und Erwachsenenschutz	41
14.	Postulat 70, Nico van der Heiden und Regula Müller namens der SP-Fraktion, Jules Gut namens der GLP-Fraktion sowie Heidi Rast namens der G/JG-Fraktion vom 8. März 2021: Kreativ- und Sportwochen der Stadt Luzern auf die heutigen Bedürfnisse der Familien ausrichten	41
15.	Postulat 80, Maria Pilotto und Regula Müller namens der SP-Fraktion vom 6. April 2021: Bessere Arbeitsbedingungen und Entlohnung für die Luzerner Pflegefachkräfte	45
16.	Interpellation 95, Maria Pilotto namens der SP-Fraktion vom 4. Mai 2021: Unterstützung für pflegende Angehörige – in der Corona-Krise und darüber hinaus	54

17.	Interpellation 97, Jörg Krähenbühl und Thomas Gfeller namens der SVP-Fraktion vom 10. Mai 2021: Drogenkonsum im Gebiet Utenberg	55
18.	Interpellation 82, Lukas Bäurle und Michael Zeier-Rast vom 7. April 2021: Hauskatzen	58
19.	Postulat 73, Jona Studhalter namens der G/JG-Fraktion vom 19. März 2021: Die Uhr auf dem Bahnhofplatz muss ersetzt werden	61
20.	Interpellation 79, Martin Abele, Mirjam Landwehr und Lukas Bäurle namens der G/JG-Fraktion vom 1. April 2021: Negative Emissionen in Zentrumslagen	61
21.	Postulat 107, Benjamin Gross namens der SP-Fraktion vom 21. Mai 2021: E-Bike-Ladestationen	64
22.	Motion 13, Patrick Zibung und Thomas Gfeller namens der SVP-Fraktion vom 18. September 2020: Sicherung des Parkplatzangebots beim Bahnhof Luzern	64
23.	Motion 20, Marco Müller namens der G/JG-Fraktion vom 1. Oktober 2020: Stadtspark beim Bahnhof Luzern	68
24.	Motion 61, Marco Müller und Mirjam Landwehr namens der G/JG-Fraktion vom 5. Februar 2021: Jetzt die Weichen stellen: Planungsbericht Areal Kleinmatt/Biregg	70
25.	Postulat 74, Marco Baumann, Sonja Döbeli Stirnemann und Damian Hunkeler namens der FDP-Fraktion vom 25. März 2021: Bewusstsein für eine verantwortungsvolle Public Corporate Governance schärfen	75
26.	Motion 103, Simon Roth, Lena Hafen und Gianluca Pardini namens der SP-Fraktion sowie Thomas Gfeller namens der SVP-Fraktion vom 14. Mai 2021: Überprüfung der Rechtsformen der Aktiengesellschaften im städtischen Alleinbesitz	81

27. Interpellation 76, Mirjam Fries und Andreas Felder namens der CVP-Fraktion 85
vom 29. März 2021:
Hat die Stadt Luzern genügend Handlungsspielraum bei dringlichen Geschäften?
28. Beschlussantrag 88, Jona Studhalter und Irina Studhalter namens 85
der G/JG-Fraktion
vom 23. April 2021:
Jugendparlament antragsfähig machen

Beratung der Traktanden

1 Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann begrüsst zur 16. Sitzung des Grossen Stadtrates im Kantonsratssaal. Die Sprechende bittet, das zugestellte Schutzkonzept zu beachten. Mit der heutigen Sitzung nähert man sich bereits ein wenig mehr der Normalität. Es wird möglich sein, am Vormittag und am Nachmittag je eine Pause zu machen. Gegen Vorzeigen des Badges, was eine weitere Covid-Zertifikatsvorweisung erübrigt, ist es möglich, im Restaurant Opus ein Getränk zu beziehen. Die Sprechende bittet, nach der Pause pünktlich wieder im Saal zu erscheinen und merkt an, dass der Grosse Stadtrat mit der Hälfte der anwesenden Parlamentarierinnen und Parlamentariern als beschlussfähig gilt. Die Mittagspause ist zugunsten der Pausen während der Sitzung auf ein- einhalb Stunden verkürzt. Neu – oder wieder so, wie es vor der Pandemie war – ist es den Kommissionspräsidentinnen und -präsidenten erlaubt, an das Rednerpult vorne im Saal zu kommen, um die Debatte zu den jeweiligen Berichten und Anträgen von dort zu führen. Es gilt die Maskenpflicht. Aber wer bei der Eingangskontrolle ein Covid-Zertifikat vorweisen konnte, ist frei, die Maske abzulegen. Damit alle Ratsmitglieder bei der Live-Übertragung optimal im Bild erscheinen, sind sie gebeten aufzustehen, wenn sie ein Votum halten. Die Sprechende bittet, das Mikrofon nur dann zu aktivieren, wenn ein Votum vorgetragen wird. Die Sprechende gibt die Entschuldigungen bekannt (siehe Seite 1).

Heute ist es das letzte Mal, dass die Ratspräsidentin die Fraktion der CVP mit diesem Namen nennen darf. Ab der nächsten Ratssitzung gilt bereits der neue Name: die Mitte-Fraktion.

Leider müssen wir heute auch die Nachricht vom Hinschied des ehemaligen Ratsmitglieds und Alt-Grossstadtratspräsidenten Rudolf Fischer entgegennehmen, der im Alter von 93 Jahren verstorben ist. Der am 29. September 2021 Verstorbene war zwischen 1967 und 1983 Mitglied der CVP-Fraktion und in der Finanz- bzw. Geschäftsprüfungskommission aktiv. Im Amtsjahr 1981/1982 präsidierte er den Grossen Stadtrat. Beruflich begleitete er als Rektor der Kantonsschule Alpenquai zahlreiche junge Luzernerinnen und Luzerner durch die Gymnasialzeit.

Die Anwesenden erheben sich und gedenken in Stille des Verstorbenen.

Zur Traktandenliste

Die Traktanden 12 und 13 (Postulat 84 und Postulat 85) werden gemeinsam behandelt, da sie thematisch zusammenpassen.

Folgender Vorstoss wurde als dringlich eingereicht:

- **Dringliche Interpellation 136**, Mirjam Fries namens der CVP-Fraktion vom 11. Oktober 2021:
Wie viele neue Stellen werden geschaffen?

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit nicht.

Christa Wenger opponiert im Namen der G/JG-Fraktion der Dringlichkeit. Die Fraktion opponiert überhaupt nicht der Fragestellung. Diese ist interessant und die Fraktion ist gespannt auf die Antworten. Aber sie versteht nicht, weshalb dieser Vorstoss als dringlich erklärt werden soll, denn der Aufgaben- und Finanzplan (AFP) ist bereits in allen Kommissionen besprochen. Die Antwort auf die Interpellation ist für die zukünftige Diskussion aber sicher wichtig. In diesem Sinn bedankt sich die G/JG-Fraktion schon jetzt für die Fragen und die Antworten.

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann teilt mit, dass sie mit der Interpellantin und deren Stellvertreter im Vorfeld der Sitzung das Gespräch gesucht hat. Sie haben nichts dagegen, diese Interpellation zu einem späteren Zeitpunkt zu traktandieren und zusammen mit dem AFP zu besprechen.

Christa Wenger dankt für diese Information.

Silvio Bonzanigo: Als er diesen Vorstoss las, kam ihm Vieles in den Sinn, aber sicher nicht, dass das eine dringliche Materie ist. Der Vorstoss selber nennt keine Gründe für die Dringlichkeit. Im Gegenteil, es steht: «Es ist darum Zeit, das Stellenwachstum wieder einmal genauer anzuschauen.» Das heisst, es ist ein parlamentarischer Gassenhauer, der hier vorgelegt wurde. Der Sprechende findet nicht, dass man auf das in dem Sinn eintreten müsste. Alle wissen, es gibt zwei Hauptkriterien für die Dringlichkeit. Nämlich das Kriterium der überragenden politischen Bedeutung und das Kriterium der Verzugsfrage, das heisst, dass ein Nichtberaten nicht hingenommen werden könnte. Beides ist hier offensichtlich nicht der Fall. Weshalb der Stadtrat der Dringlichkeit zustimmt, ist dem Sprechenden unergründlich. Vielleicht will er ein paar Frohbotschaften aus dem Personalbereich dem Parlament möglichst bald verkünden. Die Dringlichkeit ist nicht gegeben. Der Sprechende bittet die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die Dringlichkeitskriterien enger zu fassen als der Stadtrat sie offenbar fasst – nämlich relativ beliebig – und deshalb die Dringlichkeit abzulehnen. Es ist am Parlament, die Hausordnung wiederherzustellen.

Andreas Felder: Aus Sicht der CVP-Fraktion ergibt sich die Dringlichkeit vom Zeitplan her. In dem Sinn hält die CVP-Fraktion an der Dringlichkeit fest. Aber wie schon von seinen Vorrednerinnen angetönt, muss man das im Hinblick auf den AFP sehen. Dementsprechend ist die Fraktion einverstanden, dass diese Interpellation heute abtraktandiert und dann zusammen mit dem AFP behandelt wird.

Gianluca Pardini: Die SP-Fraktion sieht im Unterschied zur G/JG-Fraktion die Dringlichkeit, gerade weil der AFP im Parlament noch besprochen wird und es doch Fragen sind, zu denen es Erläuterungen braucht. Der Sprechende ist etwas irritiert über das Vorgehen. Er fragt sich, ob es überhaupt möglich ist, heute die Dringlichkeit zu beschliessen, aber die Interpellation erst auf die nächste Sitzung zu traktandieren, oder ob man heute die Dringlichkeit ablehnen müsste, das Wort des Stadtrates bzw. der Ratspräsidentin aber da ist, dass das Parlament an der nächsten Sitzung über die Interpellation 136 diskutieren darf, falls das von den Interpellanten so gewünscht wird. Der Sprechende dankt für die Klärung.

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann hat das im Vorfeld mit der Stadtkanzlei abgeklärt. Das Vorgehen lautet so: Es wird nun abgestimmt. Wenn das Parlament für die dringliche Beratung der Interpellation stimmt, wird heute darüber debattiert. Wenn sich das Parlament gegen die dringliche Beratung stellt, wird die Interpellation 136 zusammen mit dem AFP beraten. Die Sprechende fragt, ob dieses Vorgehen im Sinn der CVP-Fraktion ist.

Andreas Felder: Es wäre im Sinn der CVP-Fraktion, dass die Dringlichkeit heute abgelehnt wird, aber mit dem klaren Bekenntnis, dass die Interpellation 136 zusammen mit dem AFP behandelt wird.

Die Interpellation 136 wird einstimmig abtraktandiert.

2 Genehmigung des Protokolls 14 vom 2. September 2021

Das Protokoll 14 vom 2. September 2021 wird genehmigt.

3 Geschäftsbericht des Grossen Stadtrates von Luzern über das Amtsjahr 2020/2021

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

Der Geschäftsbericht des Grossen Stadtrates von Luzern über das Amtsjahr 2020/2021 wird genehmigt.

4 Bericht und Antrag 26/2021 vom 18. August 2021: Erneuerung Darlehen an Regionales Eiszentrum REZ AG Sonderkredit

EINTRETEN

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Die Geschäftsprüfungskommission der Stadt Luzern hat an ihrer Sitzung vom 16. September 2021 den B+A 26/2021: «Erneuerung Darlehen an Regionales Eiszentrum REZ AG» einstimmig beschlossen. Bereits für die Gesamterneuerung in den Jahren 2002 und 2003 hat die Stadt Luzern als Standortgemeinde einen Beitrag von knapp 7 Mio. Franken geleistet. Die Laufzeit des zinslosen Darlehens von 2,12 Mio. Franken wurde dabei auf 20 Jahre festgelegt. Heute ist es so, dass sich die REZ AG insbesondere aus Eintritt, Eismieten, Werbeeinnahmen, Veranstaltungen, Einnahmen aus dem Parkhaus sowie Vermietungen für Events finanziert. Es ist aber seit längerem klar, dass die REZ AG ein strukturelles Defizit ausweist, das sich nun durch die Corona-Pandemie und die behördlichen Schliessungen der Eissportanlage klar verschärft hat. Die Geschäftsprüfungskommission war deshalb der Ansicht, dass Sport- und Freizeitangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene sowie für Eissportvereine und die Öffentlichkeit am heutigen Standort unbedingt aufrechterhalten bleiben müssen. Mit der Erneuerung des bestehenden Darlehens an die REZ AG sollte dafür eine langfristige finanzielle Perspektive ermöglicht werden. Die Geschäftsprüfungskommission wies aber auch darauf hin, dass man sich wirklich erhofft, dass die anderen Gemeinden mit der solidarischen Mitfinanzierung durch die regionale Trägerschaft bestehen bleibt und dort Verhandlungen weitergeführt werden.

Jules Gut: Die GLP-Fraktion begrüsst den vorliegenden Bericht und Antrag und auch, dass die Probleme frühzeitig erkannt wurden und man versucht, den Betrieb für die nächsten Jahre – ob nun tatsächlich bis ins Jahr 2050 an diesem Ort, aber zumindest für die nächsten 15 bis 20 Jahre – auf eine partnerschaftliche Art aufrechtzuerhalten und zu sichern. Wenn man aber sieht, was für neue Sport- und Eishallen in letzter Zeit in der Schweiz gebaut wurden, konkret was für einen Platzbedarf heute eine moderne Anlage hat, mit entsprechender Infrastruktur rundherum, dann ist klar erkennbar, dass ab dem Jahr 2040, spätestens ab dem Jahr 2050, der heutige Standort nicht mehr zu halten ist. Ganz konkret: Will man auch in Zukunft, d.h. bis in die Jahre 2040/2050 in der Region Luzern Eissport haben, muss man frühzeitig, das heisst möglichst bald, mit ersten Überlegungen dazu starten (Stichwort Richtplaneintrag und Koordination unter der Führung von Luzern-Plus, K5-Gemeinden und/oder dem Kanton). Aus Sicht der Fraktion gibt es für die nächsten 20 Jahre keine sinnvolle Alternative zum vorliegenden Bericht und Antrag. Es wäre aber sehr wichtig, bereits jetzt mit dem Prozess für eine Zukunft 2040+ zu starten. Die GLP-Fraktion tritt ein und wird zustimmen.

Andreas Felder: Für die CVP-Fraktion ist klar, dass der Betrieb des Regionalen Eiszentrums aufrechterhalten werden muss. Die Daseinsberechtigung dafür ist unbestritten. Einerseits für das generelle Sport- und Freizeitangebot, andererseits als Infrastruktur für die verschiedenen Vereine (Eisklub, Hockey Club und Curling Club), die dort ihre Tätigkeiten haben. Das Parlament stimmte bereits der Zonenplanrevision und der Baurechtsverträge zu, welche längerfristig, bis im Jahr 2050,

am bisherigen Standort ermöglichen sollen, dort Eissport zu betreiben. Vorliegend geht es aber nicht um die Strukturen des Regionalen Eiszentrums oder um die Projekte, sondern um die finanziellen Mittel, damit der aktuelle Betrieb aufrechterhalten werden kann. Wie bereits ausgeführt wurde, ist das strukturelle Defizit ausgewiesen und deshalb ist es für die CVP-Fraktion klar, dass ohne die Beteiligung der öffentlichen Hand es nicht möglich ist, das Angebot weiterzuführen. Natürlich ist es auch im Interesse der Fraktion, den Beitrag der Stadt Luzern möglichst klein zu halten. Eigentlich wäre es wünschenswert, wenn alle Gemeinden da auch noch mehr mittragen würden. Die Realität sieht aber leider anders aus. Immerhin steht die Stadt Luzern nicht ganz alleine da bei dieser Finanzierung. Die CVP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und wird diesem auch zustimmen.

Simon Roth: Das vorliegende Geschäft löst in der SP-Fraktion keine grosse Euphorie aus. Aus ihrer Sicht ist klar, dass die Verlängerung des Darlehens für den Weiterbetrieb des Eiszentrums wichtig ist. Für die Fraktion steht die Existenz des Eiszentrums aktuell auch nicht zur Debatte. Man kann sich aber durchaus Fragen zu Sinn und Unsinn von Sommereis stellen. Man kann sich weiter auch fragen, ob das Regionale Eiszentrum tatsächlich Geld von einer Stiftung annehmen soll, von der der Stifter ein russischer Oligarch ist, der mit US-Sanktionen belegt ist. Fakt ist auch, dass 44 Prozent der Nutzerinnen und Nutzer des REZ aus der Stadt kommen und somit eine Mehrheit von ausserhalb der Stadt anreist. Beiträge an das betriebliche Defizit gibt es ausschliesslich von der Stadt; der Kanton und andere Gemeinden halten sich einmal mehr vornehm zurück. Für die SP-Fraktion ist das Konstrukt der Hallenbad AG und der REZ AG unbefriedigend. Aus ihrer Sicht ergäbe sich einiges Synergiepotenzial, wenn die Hallenbad AG die REZ AG integrieren würde. Aber all das ist nicht Teil des vorliegenden Berichts und Antrags. Deshalb geht der Sprechende auch nicht weiter darauf ein. Die SP-Fraktion wird auf den Bericht und Antrag eintreten und diesem zustimmen.

Marco Baumann: Das Parlament hat hier im Rat schon vor einem Jahr über die Zukunft der REZ AG diskutiert und beschloss damals, dass die Stadt Luzern das Eiszentrum auch weiterhin unterstützen soll. Mit dem vorliegenden Bericht und Antrag kann der Grosse Stadtrat heute beschliessen, ob er das städtische Darlehen verlängern will. Man muss sich hier im Rat bewusst sein, dass die REZ AG den Betrieb ohne das Darlehen nicht aufrechterhalten kann. Für die FDP-Fraktion ist klar, dass sie das REZ nicht infrage stellen will. Deshalb ist es für die Fraktion auch klar, dass sie der Verlängerung des Darlehens zustimmen will und muss. Das Regionale Eiszentrum gilt als Aushängeschild der Region und ist ein wichtiger Sportplayer für die Stadt Luzern, aber auch für die ganze Zentralschweiz. Die FDP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt der Verlängerung des Darlehens zu.

Irina Studhalter: Der Ausspruch «Mit Freude gelesen» wäre im Zusammenhang mit diesem Bericht und Antrag ehrlich gesagt übertrieben. Die finanzielle Situation des Eiszentrums ist wie der Zustand des Klimas: Sie war schon vor der Pandemie schlecht und seit der Pandemie ist sie de-saströs. Kommt hinzu, dass das Regionale Eiszentrum für das Klima schädlich ist, aber dazu später.

Die finanzielle Beteiligung der Stadt an der REZ AG ist ein sehr hohes Risiko. Man kann es nicht schönreden: Es ist gut möglich, dass das Darlehen à fonds perdu ist. Gleichzeitig ist es frustrierend, dass sich beteiligte Gemeinden, eine nach der anderen, zurückzogen und keinen Beitrag mehr leisten, obwohl alle wissen – man hat es vorhin gerade nochmals gehört –, dass sicher nicht nur Stadtluzernerinnen und -luzerner auf dem Eis herumkurven.

In der Zentralschweiz werden Skilifte rückgebaut, weil es keinen Schnee mehr hat, die Gletscher schmelzen uns davon, in der Stadt ist es nur noch an wenigen Tagen im Jahr unter null Grad, aber die REZ AG betreibt das ganze Jahr durch Eisfelder. Für die Sprechende ist das schwer nachvollziehbar.

Es wurde gesagt, dass das Regionale Eiszentrum Massnahmen unternahm, um die Klimabelastung zu senken, aber ein Ersatz zu einer energetisch sparsamen Eisinfrastruktur, die definitiv möglich wäre, kommt bei ihnen nicht in Frage. In der aktuellen Klimakrise braucht das schon entweder eine ziemlich argumentative Pirouette zum Rechtfertigen oder einfach Tomaten auf den Augen. Die G/JG-Fraktion ist sich der Bedeutung des Regionalen Eiszentrums für den Wettkampfsport und für den Freizeitsport bewusst. Die Fraktion unterstützt, dass das REZ eine Zentrumsfunktion wahrnimmt und auch für die Einwohnerinnen und Einwohner der umliegenden Gemeinden ein Angebot mit kurzen Wegen bietet. Es ist der Fraktion auch bewusst, dass das Darlehen der Stadt darüber entscheidet, ob das Eiszentrum weiterbestehen wird oder nicht. Die G/JG-Fraktion tritt deshalb ein und stimmt zähneknirschend zu.

Thomas Gfeller: Die SVP-Fraktion dankt der Verwaltung für den Bericht und Antrag. Zugegeben, der Bericht und Antrag liest sich nicht so rund, denn die Ausgaben der letzten Jahre für die Eissporthalle – oder neu das REZ – sind sehr hoch. Rechnet man plus ou moins die Zahlen zusammen, kommt man auf gegen 8 Mio. Franken, die man investiert hat – und da sind die jährlichen Defizite noch nicht inkludiert. Der Umsatzverlust bzw. der Umsatzeinbruch wird dem Umstand Corona zugeschrieben. Das mag einen grossen Einfluss gehabt haben, ist aber vermutlich nicht die Hauptursache der miserablen Zahlen. Immer wieder hört man von politischer Seite, dass das Eiszentrum wichtig für den Sport, wichtig für die Stadt, für den Kanton und die Agglomeration ist. Hand aufs Herz: Wer von den Anwesenden stand in den letzten zwei oder auch vier Jahren mehr als zweimal auf dem Eisfeld? Der Sprechende war in den letzten vier Jahren vermutlich nicht mehr als zweimal dort auf dem Eis. Die Realität in punkto Wichtigkeit scheint wirklich eine andere zu sein. Und das schlägt sich auch in den Zahlen nieder. Wenn man die Darlehenszahlungen der umliegenden Gemeinden prüft, zeichnet sich ein klares Bild ab, wie wichtig oder eben nicht wichtig das Eiszentrum für die Nachbargemeinden der Stadt Luzern ist. Von den 3,18 Mio. Franken Darlehen finanziert die Stadt rund 2,12 Mio. Franken, oder anders gesagt, die Stadt trägt rund 66,5 Prozent der Kosten. Die restlichen 33,5 Prozent werden auf 12 Partner aufgeteilt.

Die Bemerkung sei erlaubt, dass wenn das Eiszentrum derart wichtig für die Stadt und die Region wäre, so würde man Partner finden, die bereit wären, in das Eiszentrum zu investieren. Aus dem Bericht und Antrag kann entnommen werden, dass das offensichtlich seit Längerem versucht wird, aber leider nicht erfolgreich ist. Wo die Gründe auch immer liegen mögen – die Verantwortlichen sind sicher kompetent genug, dass wenn sie die Gründe kannten, dort ansetzen würden. Vielleicht ist es auch ganz trivial und liegt daran, dass nur wenige das Gefühl haben, dass Luzern ein Eisstadion benötigt und dass die Nachfrage nicht so hoch ist, wie vermutet.

Wenn man bereit ist, Gelder zu investieren, in der klaren Absicht, dass man das Invest nicht wiedererhält, so muss man sich klar positionieren. Die Stadt muss mitteilen, dass sie ein Eisstadion will, im Wissen, dass die Allgemeinheit für einige wenige das Objekt subventioniert. Was kann die Stadt oder die Politik noch mehr tun? Vor Kurzem beschloss der Grosse Stadtrat, das Unterbaurecht für eine Mantelnutzung zu bewilligen. Die REZ AG kann sich auf die Suche nach möglichen Investoren machen, welche auf dem südlichen Parkplatz bei der Eishalle einen Hotelkomplex errichten können. Im Jahr 2013 wurde das Parkhaus zu einem symbolischen Betrag an die REZ AG übergeben. Sämtliche Parkhauseinnahmen werden bei der REZ AG verbucht. Die Stadt leistet einen jährlichen Betrag zur Beseitigung des Betriebsdefizits. Das REZ erhält A-fonds-perdu-Zahlungen, sie erhält Darlehen – und all das reicht nicht, um ein positives Betriebsergebnis zu erzielen? Was kann die Stadt noch mehr tun? Die SVP-Fraktion weiss es nicht. Die Fraktion hofft, dass die verantwortlichen Personen die Akquisition, sei es beim Sponsoring oder bei der Suche nach Investoren, vorantreiben und dass sie bald fündig werden. Wenn die Suche nicht erfolgreich verläuft, werden es teure 20 Jahre. Die SVP-Fraktion tritt ein und stimmt zu, im Bewusstsein, dass es vermutlich nicht nur bei dieser Anfrage bleiben wird und dass das Parlament im Laufe der Zeit noch mehr Gelder sprechen muss.

Silvio Bonzanigo: Es wurden nun in ein paar Voten Vorbehalte geltend gemacht. Aber es muss gesagt werden, dass das Eiszentrum sehr gute Arbeit leistet. Die Eismeister arbeiten sehr qualifiziert, und es ist wahrscheinlich für die Stadt Luzern nicht ganz unbedeutend, wenn europaweit das Curling-Eis von Luzern eine ganz hohe Anerkennung findet und Clubs extra nach Luzern kommen, um hier zu trainieren, weil das Eis vorzüglich ist.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub möchte nicht wiederholen, was alles schon gesagt wurde, angefangen von der Zusammenfassung/Ausgangslage durch den Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission, aber auch die Würdigung der Vor- und Nachteile des Eiszentrums, von dem Geschäft, das vorliegend ist, durch die Fraktionen. Es wurde sehr gut zusammengefasst. Es wurde gesagt, dass es am Schluss wieder einmal eine Zentrumslast ist. Es ist eine Infrastruktur, die irgendwo in der Region Zentralschweiz sein soll. Die Frage ist, wo. Ist es in der Stadt Luzern, ist es in der Agglomeration, vielleicht sogar in einem angrenzenden Kanton? Es ist eine Infrastruktur, die ihre Berechtigung hat für den Raum. Es gibt an diesem Ort diverse Vereine, die diverse Sportarten trainieren. Aber für Kinder und die Bevölkerung ist das Eiszentrum trotzdem offen und nutzbar. Solche Infrastrukturen gibt es. Neben dem Eiszentrum gibt es noch andere Infrastrukturen dieser Art, wie z. B. das Hallenbad oder das Luzerner Theater. Da gehen nicht alle hier Anwesenden jedes Jahr nur einmal hin. Trotzdem sind es Leistungen, die den Raum bereichern, die ein Angebot darstellen, das insgesamt nachgefragt ist. Die Sprechende vermutet, dass es sogar zu wenig Platz hätte, wenn alle jeden Winter zehnmal ins Eiszentrum gingen. Das Eiszentrum ist eines der Angebote, das nicht ohne Subventionen und Unterstützung der öffentlichen Hand existieren kann und trotzdem einen gewissen Preis wert ist.

Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 26/2021: «Erneuerung Darlehen an Regionales Eiszentrum REZ AG; Sonderkredit» eingetreten.

DETAIL

Keine Wortmeldung

Seite 13 5 Antrag

I. Der Grosse Stadtrat bewilligt den Sonderkredit mit 45 : 0 : 0 Stimmen.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 26 vom 18. August 2021 betreffend

**Erneuerung Darlehen an die Regionale Eiszentrum Luzern AG
Sonderkredit,**

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 68 lit. b Ziff. 2 und Art. 69 lit. b Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. Für die Erneuerung des Darlehens an die Regionale Eiszentrum Luzern AG wird ein Sonderkredit von Fr. 2'120'000.– bewilligt.
- II. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

- 5 Bericht und Antrag 24/2021 vom 7. Juli 2021:
Rad-/Gehweg Neustadt-/Zentralstrasse**
- **Projektierungskredit**
 - **Vorinvestition für Rad-/Gehweg im Gleisfeld SBB**

EINTRETEN

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission des Grossen Stadtrates hat an ihrer Sitzung vom 16. September 2021 den Bericht und Antrag 24/2021: «Rad-/Gehweg Neustadt-/Zentralstrasse» behandelt und einstimmig einen Sonderkredit über 1,15 Mio. Franken bewilligt.

Mit dem Freigleis auf dem ehemaligen Zentralbahntrasse besteht in der Stadt Luzern ein attraktiver Rad- und Gehweg. Die Weiterführung dieser Verbindung von der Neustadtstrasse zur Zentralstrasse und in Richtung Bahnhof fehlt aber noch und damit auch eine sichere Anbindung an die Innenstadt. Die Baukommission war sich einig, dass mit dem vorliegenden Projekt «Rad-/Gehweg Neustadt-/Zentralstrasse» eine wichtige Lücke im Velonetz der Stadt Luzern geschlossen und eine attraktive Verbindung für den Fuss- und Veloverkehr geschaffen werden kann. Der geplante Rad-/Gehweg von der Neustadt- zur Zentralstrasse entlang der SBB-Gleise soll eine sichere und attraktive Wegverbindung schaffen.

Aus Sicht der Baukommission muss im Rahmen der weiteren Planung ein besonderes Augenmerk auf die Sicherheit der neuen Verbindung gelegt werden. Die teilweise knappen Platzverhältnisse stellen dabei eine grosse Herausforderung dar. Eine sehr sorgfältige Planung ist ebenfalls beim Anschluss an die Zentralstrasse erforderlich. Die Baukommission hat den Sonderkredit über 1,15 Mio. Franken für die Projektierung und Vorinvestition einstimmig bewilligt.

Martin Abele: Die G/JG-Fraktion hat schon lange auf die wichtige Fortsetzung des Freigleises zum Bahnhof gewartet. Darum freut sich die Fraktion sehr über den vorliegenden Bericht und Antrag. Die Verbindung ist insbesondere wichtig, um den gefährlichen Bundesplatz umfahren zu können. Sehr viele Velofahrende trauen sich effektiv nicht über den Bundesplatz; sie werden in Zukunft eine direkte und vor allem sichere Alternative haben. Auch für Fussgängerinnen und Fussgänger ist die Verbindung durchaus attraktiv, weil sie so direkter und abseits der Hauptstrassen vom Neubad zu den umliegenden Quartieren gelangen können oder umgekehrt. Allerdings befürchtet die Fraktion, dass die Route für Leute, die zu Fuss unterwegs sind, mit der Zeit ein wenig ungemütlich werden könnte, wenn die Zahl der Velofahrenden sehr gross wird und diese ihnen um die Ohren sausen. Der Platz für die von Velos und zu Fuss Gehenden geteilte Fläche ist nämlich nicht üppig. Vier Meter für beide Richtungen müssen genügen. Wenn man bedenkt, dass der neue Weg bald eine Hauptroute des Veloverkehrs, insbesondere als Anschluss an das Freigleis, sein wird, könnte es bald einmal eng werden. Zur Erinnerung: Das Freigleis ist fünf Meter breit, unterteilt in einen drei Meter breiten Rad- und einen zwei Meter breiten Gehweg. Erst kürzlich sind in der Löwenstrasse 2,5 Meter breite Velostreifen markiert worden – für nur eine Fahrtrichtung notabene –, damit sichere Überholmanöver zwischen schnellen und langsamen Velofahrenden möglich werden. Diese beiden Vergleiche zeigen, dass hier ziemlich knapp kalkuliert worden ist. Die G/JG-Fraktion

möchte insbesondere vermeiden, dass es zu Konflikten zwischen Velos und Fussgängerinnen und Fussgängern kommt. Aber die Fraktion weiss auch, dass es nicht mehr Platz zur Verfügung hat. Und dann gibt es noch eine neuralgische Stelle bei der Parkhausausfahrt des geplanten Hochhauses, an der auch noch Autos auf der gleichen Fläche mit Velos und Fussgängerinnen und Fussgängern verkehren. Das ist eine ausgesprochen heikle Situation. Der Stadtrat ist gefordert, hier unbedingt noch nachzubessern. Die Baukommission hat zu dieser Frage eine Protokollbemerkung überwiesen.

Nicht optimal gelöst ist der Anschluss an das Freigleis. Die G/JG-Fraktion hat deshalb zusammen mit der SP- und der GLP-Fraktion das Postulat 132: «Freie Fahrt für Freigleisvelos» eingereicht, mit dem eine Änderung der Prioritätsordnung gefordert wird, so dass künftig an der Neubadkreuzung die Freigleis-Verbindung Vortritt genießt. Nur mit dieser Massnahme ist die neue Verbindung komplett.

Es gibt also noch die eine oder andere Knacknuss, bei der die G/JG-Fraktion beobachten muss, wie sich die Situation entwickelt. Heute überwiegt aber erstmal die Freude darüber, dass bald die Verlängerung vom Freigleis bis zum Bahnhof realisiert wird. Somit stimmt die G/JG-Fraktion dem vorliegenden Sonderkredit klar zu.

Peter Gmür: Für die CVP-Fraktion ist der Veloverkehr sehr wichtig. Es ist ihr ein Anliegen, dass neuralgische Punkte wie der Bundesplatz für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer, in dem Fall vor allem für die Velofahrerinnen und -fahrer, gut passierbar sind. Ehrlicherweise ist zu sagen, dass es innerhalb der Partei, einschliesslich dem Sprechenden, Leute gibt, die kein Problem mit dem Bundesplatz haben. Im Gegenteil, sie akzeptieren aber, dass es für gewisse Leute eine Überforderung ist, über diesen Platz zu fahren. Das Projekt von 7,5 Mio. Franken ist gut. Die Fraktion stört sich einerseits am Preis, der unsinnig hoch erscheint, und andererseits an der vier Meter breiten Fahrspur, die knapp bemessen ist. Die Fraktion hat das Gefühl, dass es wahrscheinlich gar nicht nötig ist, dass dort auch Fussgängerinnen und Fussgänger durchgehen können. Die Fraktion stört es etwas – aber der Sprechende ist sicher, dass der Stadtrat das nachjustieren wird –, dass das Ganze etwas ab vom Schuss ist, d.h., es ist nicht von überall her transparent einsehbar. Gewisse Leute, v. a. Fussgängerinnen und Fussgänger, könnten Angst haben, dort durchzugehen, weil es dunkel ist. Im Gegensatz zum Vorredner hat die CVP-Fraktion kein Problem, dass die Neustadtstrasse keinen speziellen Veloweg hat. Man befindet sich dort in einer 30er-Zone. Der Sprechende hat das Gefühl, dass das so gut ist. Die CVP-Fraktion wird dem Bericht und Antrag zustimmen und ist froh, dass es in dieser Beziehung vorwärtsgeht.

Fabian Reinhard: Die Mobilität nimmt zu, die Mobilitätsinfrastruktur muss ausgebaut werden. Alle Mobilitätsteilnehmenden sollen so schnell und so sicher wie möglich unterwegs sein können. Bei allen Lobliedern auf das Velofahren – auch die FDP-Fraktion fährt gerne Velo –, muss man sich schon bewusst sein, dass Velofahren eine relativ gefährliche Disziplin ist und bleibt. Das hat mit der Infrastruktur zu tun, sprich mit den Strassen, aber natürlich nicht nur.

Wir könnten die besten Velowege bauen, es wird weiterhin Velounfälle geben, leider auch schwere. Viele Velounfälle, das zeigt die Statistik, sind Selbstunfälle. Ein Velo hat eine sehr kleine Knautschzone, das ist Physik. Unbestritten ist aber, dass der Bundesplatz ein schwieriges Gebiet für Velofahrerinnen und Velofahrer ist. Darum ist das Projekt sinnvoll. Auch der Zusammenhang

mit dem Bauprojekt Bundesplatz Süd ist gegeben. Die Planung soll jetzt starten können. Es ist für die FDP-Fraktion logisch, dass man die Vorinvestitionen jetzt macht. Der Bericht und Antrag überzeugt die Fraktion. Die FDP-Fraktion wird eintreten und zustimmen.

Stefan Sägesser: Die GLP-Fraktion bedankt sich für den Bericht und Antrag, der auch den Titel haben könnte: «Wie umfahre ich den Bundesplatz als Velofahrerin oder als Velofahrer und erhöhe die Verkehrssicherheit.» Das ist das grosse Thema beim Bundesplatz. Es geht darum, möglichst alles, was gefährdet sein könnte, wegzubringen. Der Sprechende bemängelte das bereits einmal und sagt es heute gerne nochmals: Es ist trotzdem so, der Bundesplatz bleibt ein grosser Kreisel mit relativ vielen Zufahrtsstrassen. Ausgerechnet die Fussgänger und Velofahrer sollen Platz machen. Er sagt es bewusst etwas despektierlich, denn er ist auch heute noch der Meinung, dass man dann in den Hinterhof, quasi hinter die Gleise, geht. Es gibt einen Schweizer Film aus den 1950er-Jahren mit dem Titel: Hinter den sieben Gleisen. Dort, wo früher die Randständigen waren, sind heute die Velofahrerinnen und Velofahrer und die Fussgängerinnen und Fussgänger. Aber das nur als Einstimmung ins Thema. Die geplante Wegführung ist für die GLP-Fraktion prinzipiell gut. Dass es zwischen Fussgängerinnen, Fussgängern und den Velofahrenden eng ist, sieht die Fraktion auch als Problem. Es ist vor allem unter der Brücke ein Thema. Aber dementsprechend hat die Baukommission eine Bemerkung überwiesen, damit man das prüfen kann. Ansonsten ist das Projekt von der Stadtverwaltung sehr gut aufgegleist. Man hat im Zusammenhang mit dem Bauprojekt Süd bereits mit Eigentümern vom Bundesplatz diskutiert, auch mit der SBB. Die Kooperation scheint zu funktionieren. Auch die nicht einfache Wegführung bei der neugestalteten Überbauung beim Bundesplatz scheint gut zu kommen, auch wenn es dort bezüglich Ein- und Ausfahrt aus der Tiefgarage kritische Stellen geben könnte. Auch darüber wurden Gespräche geführt und das scheint gut zu kommen, im Sinne, dass man aufeinander Rücksicht nehmen kann. Grosso modo ist es ein gutes Projekt. Die GLP-Fraktion hatte gewisse Bedenken betreffend Einmündung in die Zentralstrasse, nachdem man um den Cervelat-Palast gefahren ist und den Hinterhof wieder verlässt, vor allem von der Einführung Zentralstrasse in das Gebiet dort hinten. Die Fraktion sieht es aber trotzdem als grosse Chance, dass die Veloachse wenigstens bis zum Bahnhof einigermassen zustande kommt. Die GLP-Fraktion begrüsst die Durchführung der Veloachse, die Martin Abele erwähnt hat, mit Vortrittsrecht beim Neubadeintritt. Die GLP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt dem Sonderkredit von 1,15 Mio. Franken zu.

Benjamin Gross: Die Verbindungsstrecke vom Neubad zum Bahnhof ist ein wichtiges Puzzlestück und nicht einfach irgendein Puzzlestück. Es macht die Stadt definitiv viel velofreundlicher an dieser Ecke. Es ist ein Teilchen des Gesamtnetzes, das man eigentlich bauen will, das bestehende und entstehende Inseln miteinander verbindet. Deshalb ist die SP-Fraktion extrem froh um diesen Bericht und Antrag und freut sich auf das Stück. Im Gegensatz zu Stefan Sägesser findet die Fraktion es eine direkte und schlaue Lösung – bei der man die Diskussion um den Bundesplatz gar nicht mehr führen muss –, dass die Velos dort losgelöst sind und man etwas bauen kann, das direkt und gradlinig Velos, und den Langsamverkehr allgemein, Richtung Bahnhof lotst. Die Fraktion findet es aber schade, dass die Ecke beim neuen Gebäude wieder nicht konsequent für die Velos gestaltet werden kann. Es gibt einmal mehr ein Parkhaus, und ohne Parkhaus gäbe es anscheinend auch keinen Veloweg. Das Parkhaus – so stellte es der Stadtrat den Mitgliedern der Baukommission dar

– kann man nur auf die Seite öffnen, wo der Veloweg durchführt. Das bedeutet einmal mehr, dass es nicht eine konsequente Veloförderung ist. Nichts gegen ein Miteinander und ein auf einander Rücksicht nehmen. Aber es wäre schön, wenn es, anders als beim Freigleis, wo die Fahrten durch Begegnungen mit Autos gebremst werden, eine direkte Linie gäbe. Das ist der Wehmutstropfen, den die SP-Fraktion hier bemerken möchte. Der Sprechende bittet die Anwesenden, die Protokollbemerkung der Baukommission zu unterstützen, damit das Nebeneinander von Autos und Velos an dieser kritischen Stelle bestmöglich gelöst werden kann. Die SP-Fraktion freut sich grundsätzlich auf das Puzzleteil, tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt ihm zu.

Patrick Zibung: Die SVP-Fraktion ist sehr erfreut über den Bericht und Antrag. Sie unterstützt das Projekt, weil es Verbesserungen für alle Verkehrsteilnehmer rund um den Bundesplatz gibt, insbesondere aber für die Velofahrer und für Fussgängerinnen und Fussgänger, was die Fraktion sehr begrüsst. Sie sieht den Rad- und Gehweg Neustadt-/Zentralstrasse als wichtige Fortsetzung des Freigleises, der künftig direkt zum Bahnhof beziehungsweise zum Durchgangsbahnhof führen wird. In den Augen der SVP-Fraktion braucht es bei der Neustadtstrasse keine weiteren Massnahmen, wie das vorhin gewünscht wurde. Sie ist der Meinung, dass in der Neustadtstrasse das Miteinander von Velo- und Autoverkehr sehr gut funktioniert. Die Strasse liegt in einer Tempo-30-Zone und ist bereits heute ein beliebter Veloweg. Natürlich stellte sich die Fraktion auch Fragen zu den zu erwartenden hohen Kosten von über 7 Mio. Franken. Sie fragte sich, ob wirklich alle Massnahmen notwendig sind, namentlich die relativ wenig wirkenden 20 Zentimeter Breite. Man fragte sich, ob anstelle einer Breite von 4 Metern nicht auch eine Breite von 3,8 Metern reichen würde und man damit die Verschiebung der Gleise verhindern könnte. In den Gesprächen hörten sie heraus, dass die Breite der Fahrspur effektiv relativ schmal ist. Das hat man vorhin auch in diversen Eintretensvoten gehört. Mit dieser Massnahme könnte sich die SVP-Fraktion abfinden. Sie fragte sich auch, inwiefern man mit den betroffenen Grundeigentümern gesprochen hat. Es sind offenbar konstruktive Gespräche im Gang, die aber noch nicht abgeschlossen sind. Die Fraktion hofft, dass man da Erfolg erzielen kann, sodass das Projekt nicht aufgrund von Eigentümern, die da nicht mitziehen, scheitert. Ob die gemeinsame Nutzung von Fussgängern und Velofahrern schlau ist, wird sich zeigen. Dort, wo sich Fussgänger und Velofahrerinnen und Velofahrer den Platz teilen müssen, birgt es ein gewisses Konfliktpotenzial. Der Sprechende denkt, dass sich am Schluss der Verkehr selber organisiert: Fussgänger werden vielleicht weiterhin über den Bundesplatz gehen, da dieser für Fussgänger weniger ein Problem darstellt als für Velofahrer. Die SVP-Fraktion möchte dem Stadtrat trotzdem mitgeben, dass man dieses Konfliktpotenzial im Auge behält und allenfalls gewisse Optimierungen vornimmt.

Die Fraktion erachtet das Projekt insgesamt als sehr wichtig für den Veloverkehr, weil damit das Erreichen des Bahnhofs aus dem Gebiet Luzern Süd massgeblich verbessert wird und weil damit ein Verkehrsknotenpunkt umfahren und das Sicherheitsrisiko minimiert werden kann. Die SVP-Fraktion stimmt dem Projektierungskredit von 1,15 Mio. Franken zu und tritt auf das Geschäft ein.

Silvio Bonzanigo: Als Präsident des Fussverkehrs Schweiz, Region Luzern, müsste er gegen das Projekt sein, weil es bautechnisch den Stand vor etwa 20 Jahren darstellt, das heisst, Gemischverkehr ist im innerstädtischen Verhältnis erwiesenermassen eine sehr ungünstige Lösung. Bei Ausserortsverhältnissen ist es tauglich, innerstädtisch aber nicht mehr wirklich zu diskutieren. Aber

die räumlichen Verhältnisse lassen offenbar nichts anderes zu, wenn überhaupt der Fussgänger-verkehr auch noch auf der neu geplanten Route verkehren soll. Der Sprechende wird dem Vorhaben zustimmen. Aber er ist dankbar dafür, dass man aufnimmt, dass Velo und Fussgänger auf der gleichen Spur, gerade auch mit der E-Bike-Flotte, grundsätzlich in innerstädtischen Verhältnissen unverträglich sind. Der Bundesplatz wird fast etwas dämonisiert oder zumindest als Herausforderung angeschaut. Das darf auch sein, denn niemand lernt auf der Streif das Skifahren. Es gibt Fussgängerinnen und Fussgänger, die sinnesbehindert oder gehbehindert sind, die am Bundesplatz keinen durch eine Ampel gesicherten Übergang finden. Über diese Herausforderung für Fussgängerinnen und Fussgänger müsste mindestens im gleichen Mass gesprochen werden, wenn man sagt, der Bundesplatz sei nicht tauglich, um mit dem Velo gequert zu werden. Der Sprechende wird eintreten und dem Projektierungskredit zustimmen.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula dankt für die gesamthaft gesehen positive Aufnahme dieses Berichts und Antrags. Der Verkehr mit dem Velo oder zu Fuss ist gesund, sauber, leise und braucht wenig Platz. Das sind alles Eigenschaften, die man in der zukünftigen Entwicklung bei den engen Verhältnissen in der Stadt günstig einschätzen muss. Deshalb setzt der Stadtrat und das Parlament auf eine weitere Förderung des Fuss- und Veloverkehrs. Man will gute Verhältnisse, sichere, gute und attraktive Verbindungen und eine gute Verträglichkeit der verschiedenen Verkehrsträger in der Stadt Luzern erreichen. Auch das Thema Klimaschutz ist dabei adressiert. Der Bundesplatz wurde in der Diskussion als gefährlich bezeichnet. Das wird unterschiedlich eingeschätzt. Aber wichtig ist, dass man nicht in erster Linie die geübten Velofahrer und Velofahrerinnen berücksichtigt, sondern schaut, dass die ungeübten so Verhältnisse vorfinden, dass sie dann irgendeinmal zu geübten werden. Der Bundesplatz soll sicherer werden, das ist der Kernpunkt, weil er für viele ein Stück weit abschreckend ist. Für den Sprechenden ist er das nicht, er fährt täglich über diesen Platz. Doch er ist nicht das Mass. Die Stadt muss vor allem diejenigen zum Velofahren gewinnen, die noch nicht so sicher mit dem Velo unterwegs sind. Wenn junge Menschen merken, dass es eigentlich recht gut geht, passt das. Der Mischverkehr wurde von vielen Fraktionen angesprochen. Dass das Projekt bautechnisch 20 Jahre zurückliegt und veraltet ist, wie Silvio Bonzanigo gesagt hat, würde der Sprechende nicht behaupten. Es steht in der Stadt nicht mehr Fläche zur Verfügung. Optimal wäre selbstverständlich, die Verkehrsträger zu trennen. Aber wenn man bei der Reussbrücke oder an der Bahnhofstrasse, die hier am Kantonsratssaal vorbeiführt, eine räumliche Markierungstrennung machen würde oder sagte, dass diese Passage nur noch für Fussgängerinnen und Fussgänger zur Verfügung stünde und Velofahrende zum Beispiel über den Hirschengraben fahren müssten, wäre das alles andere als förderlich für die Verkehrssicherheit. Es ist richtig, die Stadt strebt an, den Fuss- und Veloverkehr dort, wo möglich, zu trennen. Doch das wird nicht überall gelingen. Es wird auch nicht überall gelingen, ganz optimale Flächenverhältnisse zu erzielen. Dafür hat man die Fläche nicht. Dann müsste man beginnen, Häuser abzureissen, wenn man wirklich überall normgerechte und optimale Flächen zur Verfügung stellen möchte. Man muss im verhältnismässigen und vernünftigen Bereich bleiben. Es wurde gefragt, ob der Preis nicht etwas hoch sei. Es ist so: Innerstädtisch zu bauen ist extrem teuer, gerade im Umfeld von Gleisen. Es ist nicht nur ein Planungskredit, sondern auch eine Vorinvestition. Damit das SBB-Projekt zu den Zugfolgezeiten realisiert werden kann, nutzt die Stadt die Chance, den

städtischen Teil zu finanzieren und die beiden Projekte aufeinander abzustimmen. Wenn man realisiert, dass zum Beispiel der im Moment laufende Doppelspurausbau der Zentralbahn – nur im Gleisfeld des Bahnhofs, ohne Tunnel, ohne grosse Terrainverschiebungen – 70 Mio. Franken kostet, sieht man die finanzielle Dimension. Die Kosten sind u. a. so hoch, weil man während der Bauzeit den Verkehr garantieren muss und weil es dort eng ist. Wenn die Stadt Erfolg hat mit dem Ausschreiben, wird es vielleicht etwas günstiger. Das wird jetzt mit einer sauberen Planung vorbereitet. Die angesprochene Parkhausausfahrt ist nicht optimal, das ist klar. Die Schwierigkeit ist, dass das Projekt Bundesplatz im Moment noch durch eine Einsprache blockiert ist. Man weiss nicht genau, wie es am Schluss herauskommt. Der Stadtrat ist bereit, die Protokollbemerkung entgegenzunehmen, ohne zu versprechen, dass er zaubern kann. Nach aktueller Beurteilung wird die Ausfahrt nicht anders möglich sein, als auf gemeinsamer Strecke. Es sind dort etwa sechs Meter Breite. Zur Spitzenzeit werden dort wahrscheinlich maximal 30 Ausfahrten pro Stunde stattfinden. Das ist nicht optimal, aber es wird nicht anders möglich sein. Die Stadt ist daran, Gespräche mit den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern zu führen. Man hat mit den Arbeiten begonnen, bevor man alles definitiv abgeklärt hatte, um schneller vorwärtsgehen zu können.

Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 24/2021: «Rad-/Gehweg Neustadt-/Zentralstrasse. Projektierungskredit. Vorinvestition für Rad-/Gehweg im Gleisfeld SBB» eingetreten.

DETAIL

Seite 9 ff. 3.1 Projektbeschreibung

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission hat mit 7 : 3 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, folgende **Protokollbemerkung** überwiesen:

Der Stadtrat prüft eine bessere Trennung von MIV und Fuss-/Veloverkehr.

Der Stadtrat opponiert im StB 754 der Protokollbemerkung nicht.

Patrick Zibung von der SVP-Fraktion stellt einen Ablehnungsantrag. Die Fraktion erachtet es dort als nicht nötig.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine weitere Wortmeldung.

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung

Der Stadtrat prüft eine bessere Trennung von MIV und Fuss-/Veloverkehr.

Seite 18 9 Antrag

I. Der Grosse Stadtrat bewilligt den Sonderkredit von 1,15 Mio. Franken mit 45 : 0 : 0 Stimmen.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 24 vom 7. Juli 2021 betreffend

Rad-/Gehweg Neustadt-/Zentralstrasse

- **Projektierungskredit**
- **Vorinvestition für Rad-/Gehweg im Gleisfeld SBB,**

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 68 lit. b Ziff. 2 und Art. 69 lit. b Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. Für die Projektierung und Vorinvestition Rad-/Gehweg Neustadt-/Zentralstrasse wird ein Sonderkredit von 1,15 Mio. Franken bewilligt.
- II. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

**6 Bericht und Antrag 25/2021 vom 18. August 2021:
Carparkplatz Rösslimatt Kriens
Ausführungskredit provisorischer Carparkplatz als temporärer Ersatz für
den Carparkplatz Inseli**

EINTRETEN

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission des Grossen Stadtrates hat an ihrer Sitzung vom 16. September 2021 den Bericht und Antrag 25/2021: «Carparkplatz Rösslimatt Kriens» behandelt. Die Kommission hat mehrheitlich dem Abschluss eines Personaldienstbarkeitsvertrages mit der Gebr. Amberg Bauunternehmung AG zugestimmt und einen Sonderkredit über 4,64 Mio. Franken bewilligt.

Das Thema Carparkierung führte in der Baukommission einmal mehr zu sehr kontroversen Diskussionen. Der als Provisorium geplante Carparkplatz Rösslimatt in Kriens war dementsprechend umstritten. Ein Antrag auf Rückweisung zur Nichtbehandlung wurde jedoch grossmehrheitlich abgelehnt.

Eine Mehrheit der Fraktionen in der Baukommission ist froh, dass nach zeitaufwendiger Suche eine provisorische Lösung für die Carparkierung gefunden werden konnte. Verschiedene Fraktionen betonten, dass dies eine Voraussetzung für ein carfreies Inseli sei. Der geplante Carparkplatz ist aus Sicht der Baukommission eine angemessene, wenn auch nicht ideale Übergangslösung für die Carparkierung während voraussichtlich zehn Jahren. Ausführlich diskutiert wurde über die notwendige Infrastruktur, die auf dem Parkplatz zur Verfügung gestellt werden soll.

Von einzelnen Fraktionen wurden u. a. die lange Anfahrt aus der Innenstadt, mit der Gefahr, dass die Cars durch Wohnquartiere fahren, die fehlende Kostenbeteiligung von Privaten, welche vom Cartourismus profitieren, und der ungenügende Kostendeckungsgrad aufgrund der zu tiefen Parkgebühren kritisiert. Einzelne Fraktionen stellten zudem aufgrund der unsicheren Entwicklung des Cartourismus, bedingt durch die aktuelle Coronapandemie, die Notwendigkeit eines Provisoriums generell in Frage. Bemängelt wurde darüber hinaus von einzelnen Fraktionen auch, dass die Cars weiterhin in die Innenstadt fahren werden.

Die Baukommission folgte schliesslich dem Antrag des Stadtrates mit 7 : 3 : 1 Stimmen und stimmte dem Abschluss eines Personaldienstbarkeitsvertrages mit der Gebr. Amberg Bauunternehmung AG zu und bewilligte einen Sonderkredit über 4,64 Mio. Franken für die Realisierung des Carparkplatzes Rösslimatt.

Fabian Reinhard: Der Reisebus ist auch nur ein Bus. Der Car ist ein flächeneffizientes Verkehrsmittel: Man stelle sich vor, alle Gruppentouristinnen und -touristen kämen mit einem Mietauto in die Stadt. Dann hätte man ein echtes Verkehrsproblem. Oder sollen Touristinnen und Touristen an der Stadtgrenze auf vbl-Busse umsteigen? So eine Forderung wäre absurd. Oder sollen nur noch blauweisse Reisebusse in die Stadt hineinfahren dürfen? Oder soll man bei alle Reiscars hinten einen vbl-Kleber anheften, damit es ein vbl-Bus ist?

Der Gruppentourismus bringt viel Wertschöpfung in die Zentralschweiz und in die Stadt Luzern – vor allem noch vor der Pandemie, und hoffentlich bald wieder. Der Sprechende erinnert an eine Studie aus dem Jahr 2018. Sie zeigt eine unmittelbare Wertschöpfung am Schwanenplatz von über

200 Mio. Franken. Wenn man etwas weiter in die Region schaut, dann beträgt die Wertschöpfung sogar 400 Mio. Franken. Rund tausend Arbeitsplätze hängen alleine in der Stadt Luzern direkt am Gruppenreise-Geschäft. Der Tourismus schafft also Arbeitsplätze und Wertschöpfung. Der Gruppentourismus bringt uns auch die Welt nach Luzern.

Der Bericht und Antrag zeigt auf, dass es nicht einfach war, Ersatzplätze für die Carparkplätze auf dem Inseli zu finden. Vier Jahre nach der Abstimmung hat man nun eine temporäre Zwischenlösung gefunden. Die Stimmbevölkerung und vielleicht auch der Stadtrat hatten sich die Suche nach Ersatzplätzen wahrscheinlich einfacher vorgestellt. Es braucht die Ersatzplätze, denn es war eine klare Bedingung bei der Abstimmung zur Inseli-Initiative, dass das Inseli erst dann carfrei wird, wenn es eine Alternative dazu gibt.

Die FDP-Fraktion unterstützt den Vorschlag des Stadtrates. Es ist ihr wichtig, dass es weiterhin einen direkten Zugang in die Innenstadt gibt. Umsteigen in öffentliche Verkehrsmittel oder die absurde Forderung, von einem Reisebus in einen vbl-Bus umzusteigen, findet die Fraktion nicht sinnvoll. Aus- und einsteigen soll man im Zentrum können und parkieren geht dann temporär auch peripher. Natürlich gäbe es elegantere Lösungen, wenn die Cars nicht mehr herumfahren müssten und sie dort parkieren könnten, wo sie die Leute aussteigen lassen. Aber das ist momentan so mit der Infrastruktur einfach noch nicht möglich. Wichtig ist der Fraktion, dass es weiterhin die sechs Aussteigeplätze beim Inseli gibt. Auch das ist ein Versprechen des Stadtrates, das im Bericht und Antrag wiederholt wird. Die FDP-Fraktion wird eintreten und zustimmen.

Mario Stübi: Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für den Bericht und Antrag. Es braucht zugegebenermassen viel, bis die Fraktion der Erstellung neuer Carparkplätze zustimmt. Der Grund ist in diesem Fall simpel: Das Versprechen der Politik, das Inseli trotz Ja zur Initiative erst dann carfrei zu machen, wenn kapazitätsadäquater Ersatz zur Verfügung steht. Das Versprechen wird hier eingelöst – wenn auch zu einem sonderbaren Zeitpunkt. Zum einen hat sich der Stadtrat nach der Volksabstimmung rasch um solche Ersatzkapazitäten gekümmert. Wie die Historie von diesem Bericht und Antrag zeigt, war das aber kein leichtes Unterfangen. Seit der Abstimmung sind über vier Jahre vergangen und auf dem Inseli darf immer noch mit Cars parkiert werden. Das ist der andere Grund, warum der Bericht und Antrag zu einem sonderbaren Zeitpunkt kommt: Der internationale Gruppentourismus ist nach wie vor weit entfernt von seinem vorpandemischen Niveau. Und eine Erholung dürfte gemäss Tourismusfachleuten noch manches Jahr dauern. Wir haben also keinerlei Garantie, dass diese Fläche, über die der Grosse Stadtrat heute befindet, überhaupt je ausgiebig von Cars benutzt wird. Wir laufen Gefahr, öffentliche Gelder in bauliche Massnahmen zu investieren, die gar keine Verwendung finden.

Für wen werden diese Carparkplätze eigentlich gebaut? – Für Gruppentouristinnen und -touristen, die aber kaum in der Stadt ein Restaurant besuchen, geschweige denn hier übernachten. Sie kommen vor allem, um am Schwanenplatz Uhren einzukaufen, bei Firmen wie Gübelin und Bucherer. Weil diese Firmen aber ein derart monostrukturelles Geschäftsmodell verfolgen, ist ihnen schon im Januar 2020 alles weggebrochen und sie mussten als erste Branche Kurzarbeit anmelden. Und kaum waren die Läden wieder offen, entliess man in zwei Runden bei beiden Unternehmen rigoros Leute, mehrere Hundert – soweit bekannt –, obschon die Besitzerfamilien schwerreich sind. Die SP-Fraktion hätte sich durchaus eine Kostenbeteiligung dieser Firmen am vorliegenden Bauprojekt vorstellen können, denn das Provisorium ist definitiv nicht günstig: Nur schon die Grundstückmiete

kostet Fr. 11'000.– pro Monat, während zehn Jahren – ein völliger Fantasiepreis! Würde ein Bauer diese Fläche pachten – und es sind eigentlich Bauernhöfe dort –, wäre die Fläche einen Bruchteil wert.

Deshalb ist für die SP-Fraktion klar, dass sich der Carparkplatz selber finanzieren muss, sprich durch ein entsprechendes Niveau an Parkierungsgebühren.

Und was macht die SP-Fraktion in der Zwischenzeit? Vor allem genau hinschauen, wohin sich die Auslastung der diversen Carparkplätze in- und ausserhalb von Luzern entwickeln, auch unter Einbezug der dereinst höheren Parkierungsgebühren. Sie wird aber vor allem auch schauen, wie die Stimmung in der Bevölkerung gegenüber dem Gruppentourismus ist. Was für die Fraktion jetzt schon klar ist: Sollte sich der Cartourismus nur mässig erholen und die Stadt auf Überkapazitäten sitzen bleiben, geraten für die SP-Fraktion als erstes die innerstädtischen Carparkplätze ins Visier. In erster Linie soll aber jetzt der Volkswille umgesetzt und das Inseli carfrei werden. Die SP-Fraktion tritt ein und stimmt dem Bericht und Antrag mehrheitlich zu.

Peter Gmür: Es ist gut, dass es vorwärts geht mit dem Ersatz des Inseli-Parkplatzes. Die Lösung mit der Rösslimatt in Kriens ist eine Zwischenlösung. Es geht einzig und allein um den Ersatz der Inseli-Carparkplätze. Der Stadtrat versprach, eine Lösung zu finden und er hat geliefert. Es liegt eine gute Lösung auf dem Tisch, es ist ein guter Bericht und Antrag. Für Luzern ist der Gruppentourismus eine wichtige Einnahmequelle. Das wurde vorhin bereits erwähnt. Es sind bekanntlich nicht nur Asiaten, die nach Luzern kommen, sondern mehr als 80 Prozent des Tagestourismus in Luzern machen Schweizerinnen und Schweizer aus. Diese gehen nicht nur an den Schwanenplatz, um eine Uhr zu kaufen. Für die CVP-Fraktion ist es eine gute Lösung, weil die Ersatzparkplätze nah bei der Innenstadt sind. Eine Alternative ist bekanntlich zurzeit und auf die Schnelle nicht in Sicht. Im Gegensatz zum linken Block ist dem Sprechenden der Tourismus, ob er aus Fernost, aus Appenzell, aus Genf oder aus Frankreich kommt, sehr wichtig. Er bringt Farbe und Lebensfreude in die Stadt. Es geht etwas, es bewegt sich etwas. Die CVP-Fraktion ist für eine offene Stadt. Sie steht für den Car- und Gruppentourismus ein und sie steht auch für die Gastfreundschaft ein. Der Car ist ein flächeneffizientes Verkehrsmittel, das wurde auch bereits gesagt, und muss jedes Mal wiederholt werden. Es ist für die Fraktion wichtig, dass den Cars eine angemessene Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird. Aus all diesen Gründen wird die CVP-Fraktion dem Bericht und Antrag zustimmen.

Stefan Sägesser versucht, die Sache nüchtern anzuschauen, das Ganze zu versachlichen und die Komplexität zu reduzieren. Trotzdem muss er aber etwas zum Thema Tourismus sagen, der im Bericht und Antrag nur indirekt vorkommt. Schlichtweg will sich niemand in diesem Saal vorschreiben lassen, wie, mit wem, wohin er oder sie in die Ferien geht oder woher sie oder er oder es kommt. Das geht uns nichts an. Der Sprechende findet, dass wenn man über den Tourismus spricht, spricht man über die Steuerung des Tourismus oder mit welchen Angeboten die Stadt diese Personen in die Stadt bringen will. Aber das Thema, dass man diese nicht will und jene schon, geht so nicht. Das ist nicht Sinn und Zweck der Diskussion hier im Saal. Trotzdem ist das Thema Carparkierung ein emotionales und hochpolitisches Thema, wie man mit dem Inseli erlebt hat. Als Sprecher der GLP-Fraktion ist es heute seine Aufgabe, danke zu sagen. Es ist eine sehr gute Lösung für das, was man in dieser Zeit, mit dieser Problematik, die alle kennen, fertiggebracht

hat. Es ist auch ein Dankeschön, dass die Zusammenarbeit zwischen der Stadt mit der Nachbarstadt und der Gemeinde gut geklappt hat, dass der Entwicklungsplan, dem der Regierungsrat gerade zugestimmt hat in dem Gebiet, nicht nur ein theoretischer Papiertiger ist, sondern dass es jetzt aktiv gelebt wird. Das ist ein grosses Zeichen, dass man als Zentrumsstadt des Kantons mit den angegliederten Gemeinden gut umgehen und eine gemeinsame Lösung finden kann. Nur das hat Zukunftspotenzial: Man muss bestehende Probleme gemeinsam angehen, sei das im Verkehr oder in der Parkierung. Übrigens würde Verkehr auch den Veloverkehr beinhalten. Aber das wurde vorhin beraten. Die GLP-Fraktion ist, gerade wegen der Vorgeschichte, zufrieden mit der Lösung. Sie findet es eine gute Situation. Das Land dort ist heute bereits teilweise versiegelt. Man hatte relativ viele Diskussionen, z.B. auch, wie die Carchauffeure ihre Cars waschen. Aber das muss heute nicht mehr aufgenommen werden. Der Ersatz des Inseli-Carparkplatzes ist das Wichtigste. Endlich kann man diesen Raum freimachen. Das ist ein grosses Anliegen, das wurde versprochen, das wird nun gemacht im Campus Südpol und das kommt gut. Es gibt weitere Probleme, die es zu lösen gilt, nämlich die Verkehrsführung. Der GLP-Fraktion stösst die Diskussion um Gebühren etwas auf. Diese müssen deutlich erhöht werden. Es kann nicht sein, dass die Stadt nur einen Teil der Kosten umwälzen kann. Da müssen bessere Lösungen ausgearbeitet werden, im Sinn von Abmachungen mit den Tour Operators, die die Carreisen anbieten, bis hin zur Frage, wie teuer es sein wird, wenn man bis in die Innenstadt hineinfährt. Das würde die Refinanzierung der Zwischenlösung über die zehn Jahre ermöglichen und das wäre der GLP-Fraktion ein grosses Anliegen. Allzu viel Geld im Voraus verpuffen, muss man da nicht. Die GLP-Fraktion begrüsst, dass die Möglichkeit jetzt besteht und umgesetzt werden kann, dass mit den Grundeigentümern ein Vertrag abgeschlossen werden kann über zehn Jahre, auch wenn dieser zugegebenermassen nicht günstig ist. Aber es gibt eine Lösung, und man bringt vor allem das Inseli frei. Die GLP-Fraktion wird auf den Bericht und Antrag eintreten und dem Sonderkredit für die Parkierungsanlage und dem Vertrag mit dem Grundeigentümer zustimmen.

Jona Studhalter: Wir sprechen im Rat wieder einmal über Parkplätze. Auch wenn der Sprechende gerne über Parkplätze spricht, könnte man von ihm aus bei diesen 33 Seiten oben links die Bostich-Klammer entfernen und das Ganze behutsam der Papiersammlung übergeben. Das geht einem Teil der G/JG-Fraktion gleich. Das ist nicht respektlos der Arbeit des Stadtrates gegenüber – das Projekt ist gut beschrieben und es ist ein guter Bericht und Antrag –, sondern weil der Auftrag für den Bericht und Antrag, einen Ersatz für Carparkplätze auf dem Inseli zu finden, nicht auf ihrem Mist gewachsen ist, und ein Teil der Fraktion das auch nicht für nötig erachtet. Der Teil der G/JG-Fraktion ist mit dem Faustpfand: «Ja, natürlich erhaltet ihr ein carfreies Inseli, aber jetzt gibt es einmal ordentlich 4,6 Mio. Franken auf die Krallen, merci beaucoup» nicht einverstanden und ist nicht bereit, auf den Kuhhandel einzusteigen. Wenn Corona etwas Gutes an sich hatte, dann das, dass man sich als Luzernerin und Luzerner wieder in und um die Altstadt bewegen konnte, ohne dass einem überall Touristen im Weg standen, die einem mit einem Regenschirm, einem Föhnli oder mit was auch immer fast ein Auge austachen, und ohne dass man im Bereich Schwanenplatz auf dem Velo Angst haben musste, von einem Car abgeschossen zu werden. Der Sprechende weiss nicht, ob das die Mehrheit der Bevölkerung auch so sieht. Aber auf jeden Fall sieht ein beträchtlicher Teil den Cartourismus als Overtourismus an. Da ist sich die G/JG-Fraktion einig. Sie will weniger Cartourismus, sie will einen Tourismus, der wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltig ist. Das

bedeutet de facto weniger Carparkplätze. Die Fraktion ist sich auch einig, dass man den Cartourismus nicht subventionieren will. Deshalb stellt sie die Protokollbemerkung, dass mit den Parkgebühren nicht nur der Betrieb und Unterhalt gedeckt sind, sondern auch die Erstellungskosten. Die Fraktion hofft, dass das Parlament das genauso sieht. Der Sprechende nannte vorhin das Ganze einen Kuhhandel. Ein anderer Teil der Fraktion, insbesondere der grüne Teil, sieht das mehr als parlamentarischen Kompromiss an. Ein parlamentarischer Kompromiss, der insbesondere im Vorfeld der Inseli-Initiative im Stadtparlament geschmiedet wurde und durchaus auch von gespaltenen Fraktionen geprägt war. Der Teil der Fraktion will unter die Inseli-Initiative einen Schlusstrich ziehen und ist deshalb bereit, den Sonderkredit zu sprechen. Die Ironie am Ganzen ist, dass dank dem carfreien Inseli zwei steinreiche Luzerner für einen unbrauchbaren Acker rund Fr. 132'000.– im Jahr erhalten werden. Da wird die JUSO ein paar Tell-Bierdosen auf dem vergrößerten Inseli hinunterleeren müssen, um sich diesen Umstand «schönsaufen» zu können.

Die G/JG-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein, ein Teil der Grünen wird dem Sonderkredit zustimmen, ein Teil der Grünen und Jungen Grünen wird ihn ablehnen.

Patrick Zibung: Die SVP-Fraktion ist mit dem Bericht und Antrag nicht einverstanden. Bei jedem Geschäft wird immer von Nachhaltigkeit gesprochen. Hier ist aber keine Spur der viel erwähnten Nachhaltigkeit zu sehen. Cars müssen künftig unnötige zusätzliche Wege fahren; es wird mehr Verkehr generiert durch Leerfahrten. Das sind Auswirkungen, die man sonst um jeden Preis verhindern will. Aber hier spielt es plötzlich keine Rolle mehr.

Der Fraktion stellt sich die Frage, wo die Cars künftig durchfahren sollen. Die Obergrundstrasse ist bereits heute zu Stosszeiten stark überlastet. Die Cars werden sich dann – so vermutet die Fraktion – den Weg durch die Wohnquartiere suchen und so u. a. auch Schulwege queren, beispielsweise an der Voltastrasse. Diese Quartiere und Nebenstrassen sind übrigens auch wichtige Veloverkehrsrouten. Beim Traktandum 5 sprach man davon, dass die Sicherheitsrisiken am Bundesplatz minimiert werden sollen und künftig will man, indem man im Rösslimattareal einen Carparkplatz errichtet, wieder zusätzliche Sicherheitsrisiken, genau in dem Gebiet, neu schaffen. Im Bericht und Antrag wird der Strategieprozess Carregime erwähnt, der im ersten Halbjahr 2022 im Parlament behandelt werden soll. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass dort die Thematik vom Inseli und vom Rösslimattareal behandelt werden soll und nicht jetzt mit einem Schnellschuss. Aufgrund von Corona ist das Carproblem aus Sicht der Fraktion nicht so dringend, dass man da nicht noch ein paar Monate zuwarten könnte. Das Thema muss gesamtheitlich betrachtet werden.

Für die SVP-Fraktion ist der Vorschlag keine adäquate Ersatzlösung, wie das vorhin mehrfach erwähnt wurde. Das Inseli darf daher aus ihrer Sicht auch noch nicht carfrei werden. Vor der Abstimmung im Jahr 2017 wurde klar als Bedingung definiert, dass zuerst ein adäquater Ersatz gefunden werden muss. Das ist aus Sicht der Fraktion definitiv noch nicht der Fall. Das Bashing von Gübelin, von Bucherer und vom Tourismus allgemein versteht der Sprechende nicht. Es passt zwar zum antikapitalistischen Narrativ der SP. Aber die erwähnten Firmen sind zwei der grössten Steuerzahler der Stadt Luzern. Dass man den Tourismus grundsätzlich ins Lächerliche zieht, versteht der Sprechende auch nicht. Die Stadt Luzern lebt massgeblich vom Tourismus, da findet er solche Voten unangebracht. Der Tourismus ist für die Stadt wichtig. Auch der Cartourismus trägt dazu bei, dass wir unsere Stadt finanzieren können, dass wir der Bevölkerung etwas bieten können. Da braucht es eine entsprechende Infrastruktur, zu der auch Carparkplätze an attraktiven Lagen gehören. Mit

dem Parkplatz im Rösslimattareal ist das definitiv nicht der Fall. Es ist nicht attraktiv, dort zu parkieren, es ist auch nicht attraktiv, die Touristen dort irgendwann aussteigen zu lassen und zum Umsteigen zu zwingen etc. **Die SVP-Fraktion stellt daher einen Rückweisungsantrag auf Nichtbehandlung und tritt nicht auf den Bericht und Antrag ein.**

Silvio Bonzanigo: Die Voten seiner beiden Vorredner Jona Studhalter und Patrick Zibung erinnern ihn an das Schlössli Utenberg, wo Alex Porter zauberte. Jona Studhalter will zaubern, er wünscht sich das Inseli frei von Cars, aber die Cars, die dort parkieren, sollen sich irgendwo in Luft auflösen. Patrick Zibung zaubert auch, indem er bei der Carlösung zwar den Volksentscheid umsetzen will, aber er hat keinen Platz dafür. Der einzige Carparkplatz, der zur Verfügung steht – und das ist in den Augen des Sprechenden glaubhaft dargestellt im Bericht und Antrag –, will er nicht. Mit diesen Zauberlehrlingen ist Silvio Bonzanigo nicht einig. Er findet die Vorlage gut. Er findet auch, dass die Bemerkungen von Jona Studhalter bezüglich des Tourismus, bezüglich den in der Mehrheit fremden Leuten, einen xenophoben Unterton haben. Das erstaunt ihn sehr. In der Frage muss man weiterkommen. Es dient denjenigen, die das Inseli carfrei haben wollen, aber auch denjenigen, die dem Tourismus, auch dem Car- und Massentourismus – der Sprechende zählt sich dazu –, in Zukunft wieder eine Chance geben wollen. Diese Vorlage ist im jetzigen Moment das Beste, das man haben kann.

Fabian Reinhard kann die Kritik des SP-Sprechers an den Unternehmungen und Unternehmern in dieser Stadt nicht ohne Replik lassen. Er hat das bereits einmal gemacht, als genau die gleiche Kritik im Sommer 2020 kam. Damals steckte man noch etwas mehr in der Pandemie. Dass nun mitten in solch einer grossen Krise ein SP-Sprecher kommt und meint, er könne das Geschäftsmodell von Unternehmungen kritisieren und beurteilen, ist absurd. Er müsste zuerst einmal selber unternehmerische Verantwortung übernehmen. Es ist einfach, andere zu kritisieren und Geschäftsmodelle zu beurteilen. Der Sprechende ist selber Unternehmer und deshalb nimmt er solche Aussagen auch persönlich. Wenn man als Unternehmer persönlich im Risiko ist und Arbeitsplätze schafft, dann ist man auch im Risiko, dass man vielleicht einmal in solch einer Krise, die wirklich eine aussergewöhnliche ist, Arbeitsplätze abbauen muss. Alles andere macht man sich sehr einfach, wenn man jetzt jemanden kritisiert, der in solch einer schwierigen Situation steckt. Der Sprechende ist froh, dass der SP-Sprecher es heute nicht mehr persönlich machte. Auch schon griff er die Unternehmerpersönlichkeit Jörg Bucherer direkt an und meinte, dieser solle alles aus dem eigenen Sack bezahlen. Aber auch dort hat der SP-Sprecher es nicht ganz verstanden: Die Unternehmer haben das Geld nicht im eigenen Sack oder auf dem Konto. Das Kapital, das der Unternehmer investiert hat, ist das Unternehmen und das muss er langfristig schützen und sichern. Um das geht es dem Unternehmer.

Christian Hochstrasser hat eine kurze Bemerkung an Patrick Zibung. Er hat vorhin gesagt, dass die Stadt massgeblich vom Tourismus lebt und dass man sich dessen bewusst sein müsse. Zum Glück ist es nicht so. Die letzten eineinhalb Jahre zeigten, dass die Wirtschaft in der Region Luzern auch praktisch ohne Tourismus funktioniert. Dass Unternehmungen in diesem Segment tätig sind, will der Sprechende nicht kritisieren. Aber man muss sich bewusst sein, dass der Tourismus kein krisenresistentes Segment ist. Rund 10 Prozent, gemäss Berechnungen, ist die Wertschöpfung in

der Stadt Luzern touristisch. Die anderen 90 Prozent zum Glück nicht. Das Parlament wird bald wieder über die Vision Tourismus diskutieren. Man muss sich bewusst sein, dass das nicht heisst, dass diejenigen, die betroffen sind von dieser Krise, dem Sprechenden egal wären, das ist überhaupt nicht der Fall, aber man muss sich bewusst sein, wie man die Wirtschaft in dieser Region gestalten will und vielleicht auch, wie man sie wahrnehmen will. Wenn man das Gefühl hat, die Stadt besteht nur aus Tourismus, dann wurde man zum Glück belehrt, dass es nicht so ist, dass die Wirtschaft in dieser Region nicht so schlecht dasteht, trotz der touristisch katastrophalen Situation.

Mario Stübi macht eine Replik auf das Votum des FDP-Sprechers. Er ist teilweise selbstständig erwerbend und weiss, wie man das Geld hereinholen muss, damit es bis Ende Monat ausreicht. Der Sprechende möchte dem Hochmut nicht zu nahe treten, aber zu wissen, wie das Unternehmertum funktioniert und zu wissen, wie es ist, Leute zu entlassen, ist das eine. Das andere würde allenfalls auch guttun zu wissen, nämlich, wie es ist, eine der über vierhundert Personen zu sein, der die Arbeit gekündigt wurde, die bei einem dieser Unternehmen zum Beispiel im Verkauf gearbeitet hat und nun nicht mehr gebraucht wird, weil keine Touristinnen und keine Touristen mehr kommen, weil das Geschäft sich vorher ausschliesslich auf dieses Segment spezialisiert hat. Wenn die Touristinnen und Touristen kommen und das Geschäft gut läuft, stellt man Leute ein. Aber wenn es nicht mehr gut läuft, sind die Leute nicht wichtig, sie sind hinfällig und man kann sie wieder auf die Strasse stellen, nachdem man sie nota bene mehrere Monate lang in der Kurzarbeit hatte. Das kann man gut oder schlecht finden. Aber das Gefühl für diese Leute zu haben, die dort ihre Arbeit verloren haben – und das recht schnell –, würde in dieser Situation guttun.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Die Kernaufgabe dieses Berichts und Antrags sind die Ersatzparkplätze für die Aufhebung der Carparkierung auf dem Inseli. 26 Parkplätze auf dem Inseli, die zur Zwischenparkierung dienen, müssen ersetzt werden. Gerade eben erlebte man hier im Saal eine Vordebatte auf die Diskussionen zur Vision Tourismus und zur Strategiediskussion Carregime. Der Stadtrat möchte sich heute bewusst nicht auf Grundsatzdiskussionen einlassen, obwohl man selbstverständlich diese Thematik immer grundsätzlich im Auge behalten muss und obwohl – das wurde richtig gesagt – Prognosen, wie sich der Car-tourismus weiterentwickeln wird, schwierig sind. Das Parlament hat das Carparkierungskonzept im Jahr 2018 diskutiert und in diesem Zusammenhang festgestellt, dass man langfristig den Bedarf von etwa 118 Carparkplätzen decken können müsste. An diesem Punkt ist man selbst mit der Rösslimatt noch lange nicht. Es geht in erster Linie um den Ersatz der Parkplätze auf dem Inseli. Das ist das Thema des heutigen Berichts und Antrags. Cars sind, wie mehrfach betont wurde, flächeneffiziente Verkehrsmittel. Der Sprechende ist froh, dass man nicht die gleichen Kapazitäten quasi allenfalls dem motorisierten Individualverkehr zur Verfügung stellen muss. Andererseits gäbe es auch die Möglichkeit, einen höheren Tourismusanteil über den öffentlichen Verkehr sicherzustellen. Es wurde kritisiert, dass es ein sonderbarer Zeitpunkt ist, um dieses Thema zu behandeln. Einerseits könnte man sagen, da man ohnehin keinen Einfluss auf die Pandemie hat, andererseits ist es so, dass die Verwaltung wirklich Arbeit geleistet hat. Ursprünglich sah man Brüelmoos als Ersatz für die Inselicarparkplätze vor. Doch das wollten weder das Parlament noch die Anwohnenden. Nach wie vor findet der Sprechende, dass das keine allzu schlechte Lösung gewesen wäre. Doch man hat diesen Entscheid

akzeptiert und sich auf die Suche nach einer neuen Lösung gemacht, die man vermeintlich im Hinterschlund fand. Dort wurden Vorarbeiten gemacht und Vorprojekte erarbeitet, bis die Stadt vom Krienser Parlament gebremst wurde. Vier Jahre nach der Abstimmung bringt der Stadtrat nun mit dem Rösslimattareal eine Lösung, die er möglichst zügig umsetzen will und die, so findet der Sprechende, eine gute Lösung ist. Richtig ist, dass die Wege, wie das der Sprechende der SVP-Fraktion sagte, länger sind. Das ist nicht zu bestreiten. Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula freut sich grundsätzlich, dass die SVP-Fraktion ökologische Gesichtspunkte in die Beurteilung von Vorlagen einbringt. Die Wege vom Schwanenplatz zum Inseli sind kürzer als die Wege vom Schwanenplatz in die Rösslimatt, Kriens. Man darf aber in der Gesamtbilanz nicht vergessen, dass die Begrünung des Inselis einen positiven Effekt erzielen – man kann dort zum Beispiel Mittagspausen verbringen – und das Inseli für Erholungsnutzungen zur Verfügung stehen wird. Damit ist eine Steigerung der Lebensqualität in der Stadt möglich und wird vermutlich insgesamt auch in der Energiebilanz einen sehr positiven Effekt erzielen. Viele sagten, dass es ein guter Bericht und Antrag ist. Die Kritikpunkte bewegen sich eher auf Nebenthemen. In der Kommission wurde intensiv diskutiert, beispielweise auch über Waschmöglichkeiten für die Cars. Die Fragen konnten beantwortet werden. Das Thema Gebühren erachtet der Sprechende als einen wichtigen Punkt. Aufgrund des aktuellen Gebührensystems geht der Stadtrat davon aus, dass die Stadt von den 4,6 Mio. Franken, von denen nur 2,5 Mio. Franken Erstellungskosten sind, den Betrieb finanzieren kann. Wenn das Gebührensystem in Zukunft angepasst würde – was durchaus denkbar ist im Kontext der Strategie Carparkierung, und was auch durchaus im vergleichbaren Rahmen mit anderen Städten ist –, kann es sogar sein, dass man auch den Rest der Kosten finanziert erhalten könnte. Aber man kann die Gebührenfrage nicht aus der Gesamtdiskussion loslösen. Man kann nicht die Rösslimatt teuer machen und dann quasi dort deshalb keine Parkierung ernten. Man muss das Gesamtsystem, wie es heute bereits besteht – je zentraler, desto teurer – als Gesamtes anschauen und allenfalls gesamthaft anpassen. Der Stadtrat ist dazu offen. Das Gebührensystem soll eine Lenkungswirkung erzielen und eine Mitfinanzierung der Infrastrukturanlagen ermöglichen. Als letzten Punkt möchte der Sprechende erwähnen, dass der Stadtrat nicht davon ausgeht, dass der Carverkehr sich den Weg über die Voltastrasse suchen wird, weil die direkteste Verbindung über die Hauptstrassen funktioniert (Pilatus-, Obergrundstrasse, dann bei der Autobahn über die Eichwilstrasse zur Rösslimatt). Wenn das anders sein sollte, müsste man allenfalls reagieren. Im Bereich Voltastrasse gilt die Tempo-30-Zone und die Strassen sind relativ schmal. Ein Carchauffeur wird diese Verhältnisse eher meiden. Aber selbstverständlich wird man wachsam sein und muss allenfalls entsprechende Massnahmen treffen, damit die Verkehrssicherheit in den Quartieren nicht beeinträchtigt wird. In dem Sinn hofft der Sprechende auf eine gute Unterstützung für das Projekt, damit es schnell realisiert werden kann und somit die Hauptaufgabe, nämlich einen Ersatz für die Carparkplätze auf dem Inseli zu finden, gelöst ist, und das Inseli für die weitere Nutzung freigespielt werden kann.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub: Heute führt das Parlament eine Diskussion um die Carparkierung und trotzdem verwischt sich die Diskussion mit einer allgemeinen Diskussion über den Tourismus in der Stadt Luzern. Wie wir alle wissen, liegt ein längerer partizipativer Prozess hinter uns. Der Bericht und Antrag dazu ist in Erarbeitung, und wir werden Anfang nächsten Jahres in

diesem Rat über die Vision und die Strategie des Tourismus in der Stadt Luzern diskutieren. Konkreter als die Vision Tourismus sind Themen wie die Carparkierung oder Airbnb. Es wird schwierig sein, beim Planungsbericht die Diskussion über die allgemeine Ausrichtung von konkreten Fragen wie der Carparkierung zu trennen. Es wird sich immer etwas vermischen. Es ist der Sprechenden wichtig, ein paar Sachen zum Tourismus klarzustellen. Stadtrat Adrian Borgula sprach zum vorliegenden Geschäft, aber es wurde auch viel zum Tourismus gesagt, was sie nicht einfach so stehen lassen will. Die Bedeutung des Tourismus in der Stadt Luzern ist sehr gross. Sie ist gross für den ganzen Kanton Luzern, sie ist noch einmal grösser für die Stadt Luzern als Hub für die ganze Erlebnisregion Vierwaldstättersee. Es gibt aktuelle Wertschöpfungsstudien, nicht nur diejenige aus dem Jahr 2018, von der man heute konkret hörte. Im Frühling dieses Jahres stellten Regierungsrat Fabian Peter und die Sprechende die neuste Wertschöpfungsstudie vor, die zusammen vom Kanton und von der Stadt bei BAK Economics in Auftrag gegeben worden ist. Darin sind nicht nur Zahlen von vor der Pandemie abgebildet, sondern es sind auch Auswirkungen der Einbrüche im Jahr 2020 bereits ein Stück weit ersichtlich. Vielleicht wäre es gut, einen Blick in die aktuelle Wertschöpfungsstudie zu werfen, bevor man dann in die allgemeine Tourismuskonversation einsteigt. Konkret waren vor der Pandemie 7,4 Prozent des volkswirtschaftlichen Aufkommens in der Stadt Luzern dem Tourismus zu verdanken. Eine noch viel massgeblichere Zahl ist – und das müsste allen hier im Raum zu denken geben –, dass 12,2 Prozent der Arbeitsplätze in der Stadt Luzern mehr oder weniger direkt vom Tourismus abhängen. Die sind letztes Jahr nicht alle weggefallen. Ganz viele dieser Leute sind in den letzten Jahren dank den Härtefallprogrammen/den Unterstützungsmassnahmen z. B. in der Kurzarbeitsentschädigung gewesen und haben ihre Arbeit noch nicht definitiv verloren. Konkret sagt BAK Economics, es seien in der Stadt Luzern letztes Jahr 7 Prozent der Stellen weggefallen. Die Bedeutung des Tourismus kleinzureden, findet die Sprechende schwierig. Die Stadt Luzern hat keine Chemie wie Basel, keine Industrie wie andere Städte. Die Stadt Luzern hat eine einmalige Lage am See und der Tourismus gehört zu dieser Stadt seit 200 Jahren – und nicht erst seit Queen Victoria. Den Tourismus schlechtzureden, schmerzt die Finanzdirektorin. In ihren Augen ist der Tourismus ein sehr schöner Aspekt der Stadt Luzern. Die Weltoffenheit, die Internationalität, Leute, die hierhinkommen und zuhause von dieser schönen Stadt berichten, in der wir auch alle sehr gerne leben. Die Sprechende macht eine letzte, ihr wichtige Korrektur: Wieder wurde ein grosses Unternehmen thematisiert, das vor der Krise sehr gut mit dem Gruppentourismus arbeitete. Wieder wurden die Entlassungen angeprangert. Wenn man eine Verkäuferin hat, die Chinesisch spricht, aber die Chinesen aufgrund internationaler Reiserestriktionen nicht mehr reisen können, nützt es nichts, sie nicht zu entlassen. Sie kann nicht einfach zuhause sitzen und dort in eine Depression verfallen. Wie stellt man sich die Lösung vor? Wenn ein Arbeitsplatz wegfällt, weil die entsprechende Arbeit nicht mehr existiert, kann die Sprechende im Gesamten nicht nachvollziehen, dass man dem Unternehmer vorwerfen kann, er habe die Stelle abgebaut. Im Übrigen entwarf die Firma Bucherer einen Sozialplan, der schweizweit gelobt worden ist. Andere Unternehmen erkundigten sich im weiteren Verlauf der Pandemie, wie sie das gemacht haben, weil es ein vorbildlicher Sozialplan war. Entlassungen gehören leider zu den Schattenseiten des Unternehmertums, aber zu einem verantwortungsvollen Unternehmertum. Diese Ergänzungen waren der Sprechenden wichtig zu machen, nachdem sie das vorherige Votum gehört hat.

Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki: Christian Hochstrasser sagte, dass die Wirtschaft zeigte, dass sie krisenresistent ist. Das stimmt. Auch die Wertschöpfung des Tourismus liege nur bei 10 Prozent. Das stimmt auch. Zum Glück ist es so. Das ist aber eine volkswirtschaftliche Betrachtung, man betrachtet die Systemebene. Der Sprechende findet es wichtig, dass man auch die soziale Ebene anschaut. Tatsächlich ist jeder sechste Arbeitsplatz in der Stadt Luzern direkt mit dem Tourismus verbunden. Letztes Jahr merkte man das am Anstieg der Sozialfälle. Die Sozialhilfequote stieg in der Stadt Luzern von 4 Prozent auf 4,2 Prozent. Das hat wesentlich mit dem Tourismus zu tun, natürlich nicht nur, sondern auch mit Gastronomiebetrieben, mit Clubs, mit Bergbahnen, mit Zulieferern etc. Wenn der Sprechende der Diskussion zuhört, versteht er sehr gut, dass man eine Transformation des Tourismus will, dass man ihn in eine andere Richtung lenken will. Aber er fragt sich, was Eltern oder Kinder oder Verwandte denken, die im Tourismus arbeiten und ihre Stelle verloren haben und jetzt einfach wieder froh sind, wenn sie wieder arbeiten können. Deshalb bittet der Sprechende, die Sozialebene in dieser Diskussion nicht auszublenden.

Simon Roth: Es ist schön, dass sich gleich zwei Stadträte und eine Stadträtin zu diesem Bericht und Antrag äussern. Finanzdirektorin Franziska Bitzi forderte auf, die neuste Wertschöpfungsstudie anzuschauen. Auf der Webseite der Stadt ist leider nur ein Summary und eine Medienmitteilung aufgeschaltet. Man müsste die Studie also auch öffentlich zugänglich machen. Es wäre gut, wenn darin eine Definition enthalten wäre, was man unter Tourismus versteht, denn wenn jemand aus Kriens in der Freizeit in die Stadt kommt, gilt er schon bald einmal als Tourist. Das sollte man im Hinterkopf behalten, wenn man all die Wertschöpfungsstudien zitiert, gegen die der Sprechende sowieso eher gewisse Vorbehalte hat. Etwas erstaunt ist der Sprechende über die Aussage, dass wenn jemand Chinesisch spricht und die Chinesen nicht mehr kommen, man nichts anders machen könne, als die Person zu entlassen, weil sie sonst sowieso nur zuhause herumsitzen würde. Was macht diese Person denn, wenn sie entlassen wird? Geht sie dann joggen? Das ist keine Aussage, die man da im Parlament so machen kann und es schockiert ihn. Es liegt in der Verantwortung des Unternehmens, Leute nicht wie eine heisse Kartoffel fallen zu lassen.

Martin Abele ist selber Tourist, er fährt gerne in die Ferien und freut sich, andere Orte besuchen zu können. Von da her ist er dem Thema Tourismus gegenüber ganz entspannt. Er findet es eine gute Sache, dass Touristinnen und Touristen in die Stadt Luzern kommen und er hat keine Probleme damit. Im Gegenteil, er freut sich, wenn er zum Beispiel mit ihnen in Kontakt kommen kann. Aber wenn die Wertschöpfungsstudie zitiert wird, hat er schon seine Fragezeichen. Er findet es sehr pauschal, wie Finanzdirektorin Franziska Bitzi es vorgetragen hat, weil man schon etwas anschauen muss, welcher Tourismus bewertet wird bzw. wo es welche Wertschöpfung gibt. Beim Cartourismus hat der Sprechende durchaus seine Fragezeichen, welcher Teil der Wertschöpfung auf den Cartourismus fällt, weil die meisten, die aus dem Ausland kommen – nicht diejenigen, die innerschweizerisch unterwegs sind –, einen sehr kurzen Teil ihrer Reise in der Stadt Luzern verbringen. Meistens essen sie nicht einmal hier, oder wenn, dann in einem Restaurant, das zu Pauschalpreisen angeregt wurde. Es gibt nur wenige Hotels, die vom Cartourismus profitieren. Das muss man alles einmal wirklich gründlich und detailliert darlegen. Der Sprechende findet es etwas ungenau, wenn man jetzt in diesem Zusammenhang mit Gesamtzahlen hantiert. Beim Tourismus ist man in einem Mitwirkungsprozess, wie man den Tourismus zukünftig haben will. Der

Sprechende ist sehr gespannt, was dabei herauskommt. Auch beim Carregime ist man in einem Mitwirkungsprozess. Dort ist der Sprechende recht enttäuscht, wie es gelaufen ist. Wenn er die Bewertungen anschaut, läuft es mehr oder weniger darauf hinaus, dass man sich wieder auf den Status quo konzentriert, den man bisher hatte: Dass man eben das gut bewertet, was möglichst nah an den Schwanenplatz und den Löwenplatz führt. Das ist keine Zukunftsvision.

Stefan Sägesser bemerkt, dass es schlussendlich ein Asiaten-Bashing ist, das man nicht beim Namen nennt, wenn man vom Gruppentourismus spricht. Der Sprechende findet es weiterhin unangebracht; sein Statement bleibt. Man spricht von 700'000 Asiatinnen und Asiaten, die mit Cars in die Stadt Luzern reisen. Und man spricht von zirka 11 Mio. anderer Touristen, die in die Stadt Luzern kommen. Die Verhältnismässigkeit stimmt hinten und vorne nicht. Wenn das Parlament vom Tourismus oder von der Tourismusvision spricht, geht es nicht um die 700'000, sondern um die 11 Millionen, die man sonst hat. Darauf muss man das Augenmerk richten.

Der Grosse Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion im Sinne der Nichtbehandlung ab.

Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 25/2021: «Carparkplatz Rösslimatt Kriens. Ausführungskredit provisorischer Carparkplatz als temporärer Ersatz für den Carparkplatz Inseli» eingetreten.

PAUSE

DETAIL

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann fährt nach der Pause pünktlich mit der Behandlung des Berichts und Antrags 25/2021 fort. Der Rat ist beschlussfähig, sobald mehr als die Hälfte der Ratsmitglieder anwesend ist.

Zu den Kapiteln 1 bis 6 gibt es aus dem Grossen Stadtrat keine Wortmeldung.

Jona Studhalter stellt, da er erst jetzt zurück im Saal ist, einen Rückkommensantrag.

Der Grosse Stadtrat stimmt dem Rückkommensantrag zu.

Seite 12 f. 2.5 Bewirtschaftung

Jona Studhalter stellt im Namen der G/JG-Fraktion folgende **Protokollbemerkung**:

Der Stadtrat prüft eine Erhöhung der Carparkgebühren, sodass die Investitionskosten innert zehn Jahren erwirtschaftet werden.
--

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Diese Protokollbemerkung wurde in der Baukommission ebenfalls gestellt und mit Stichentscheid des Kommissionspräsidenten abgelehnt.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine weitere Wortmeldung.

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung

Der Stadtrat prüft eine Erhöhung der Carparkgebühren, sodass die Investitionskosten innert zehn Jahren erwirtschaftet werden.

Seite 19 f. 7 Antrag

I. Der Grosse Stadtrat stimmt Ziffer I mit 34 : 10 : 0 Stimmen zu.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 25 vom 18. August 2021 betreffend

Carparkplatz Rösslimatt Kriens

Ausführungskredit provisorischer Carparkplatz als temporärer Ersatz für den Carparkplatz Inseli,

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 58 Abs. 1 und 2 Ziff. 4, Art. 68 lit. b Ziff. 2 und Art. 69 lit. b Ziff. 3 und lit. d Ziff. 10 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. 1. Dem Abschluss eines Personaldienstbarkeitsvertrages mit der Gebr. Amberg Bauunternehmung AG betreffend die Nutzungsrechte am Grundstück 46, GB Stadt Kriens, und der dafür vorgesehenen jährlichen Vergütung von Fr. 132'000.– wird zugestimmt.
 2. Für die Realisierung des Carparkplatzes Rösslimatt, als temporärer Ersatz für die wegfallenden Carparkplätze am Inseli, wird ein Sonderkredit von 4,64 Mio. Franken bewilligt.
- II. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

**7 Postulat 60, Roger Sonderegger und Peter Gmür namens der CVP-Fraktion vom 4. Februar 2021:
Biozide in der Gebäudehülle vermeiden**

Der Stadtrat nimmt das Postulat teilweise entgegen.

Roger Sonderegger ist mit der teilweisen Überweisung einverstanden.

Aus dem Grossen Stadtrat hält niemand an der vollständigen Überweisung fest.

Das Postulat 60 ist somit teilweise überwiesen.

**8 Interpellation 65, Sandra Felder-Estermann, Mike Hauser und Marc Lustenberger namens der FDP-Fraktion vom 15. Februar 2021:
Wie erfolgreich sind Pop-up-Parks in der Stadt Luzern?**

Mike Hauser bedankt sich im Namen der FDP-Fraktion für die Antworten des Stadtrates. Er stellt fest, dass sich im Zwischenbericht zu den Pop-up-Parks 57 Personen zum Pilotprojekt geäussert haben. Das erscheint der Fraktion definitiv nicht ein wesentlicher Teil der Luzerner Bevölkerung zu sein. Sie hofft, dass für den Schlussbericht ein breiterer Teil der Anwohner der Stadt Luzern befragt wird, damit ein aussagekräftigerer Schlussbericht verfasst werden kann. Vor allem ist die Fraktion gespannt, welche Schlüsse der Stadtrat aus dem Schlussbericht ziehen wird.

Die Interpellation 65 ist somit erledigt.

**9 Interpellation 98, Patrick Zibung und Thomas Gfeller namens der SVP-Fraktion vom 10. Mai 2021:
Weiteres Vorgehen und die Kosten betreffend Eichwäldlibesetzer**

Patrick Zibung: Die SVP-Fraktion ist froh, dass die Causa Eichwäldli endlich abgeschlossen ist. Die Kosten sind unerfreulich, auch dass man nicht komplett alle Kosten, die auch indirekt entstanden sind, in die Antwort eingerechnet hat. Aus Sicht der SVP-Fraktion hätte man das noch machen können. Aber die Antwort ist grundsätzlich gut und die Fraktion hofft, dass man jetzt bei der erneuten Besetzung im Schlund mit der Wagenburg aus den Fehlern gelernt hat. Die Signale sind sehr positiv.

Die Interpellation 98 ist somit erledigt.

**10 Interpellation 55, Martin Abele namens der G/JG-Fraktion
vom 25. Januar 2021:
Velofahrende Kinder auf Trottoir: Sensibilisierung**

Martin Abele beantragt Diskussion.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Diskussion zu.

Martin Abele: Diese Interpellation nimmt die aktuelle Situation auf, dass seit dem 1. Januar 2021 das Trottoir mit einer weiteren Nutzergruppe, nämlich mit velofahrenden Kindern, geteilt werden muss. Sie spricht damit ein Thema an, das im Bericht «Altersfreundliche Stadt Luzern» stark thematisiert worden ist: Die Mischzonen, also Zonen, die Fussgängerinnen und Fussgänger mit anderen teilen müssen. Es sind nicht nur Velos, sondern – wie es der Stadtrat in seiner Antwort auch erwähnt: «... immer zahlreicher auftretende 'fahrzeugähnliche Geräte' wie Kickboards, Trottinets, Inline-Skates oder Rollbretter». Es macht es nicht besser, dass diese Situation, wie der Stadtrat lapidar bemerkt, «nicht komplett neu ist».

Dem Sprechenden scheint, dass es sich der Stadtrat mit seiner eher uninspiriert erscheinenden Antwort etwas einfach macht. Angesichts der Tatsache, dass im Bericht «Altersfreundliche Stadt Luzern» klar zum Ausdruck kommt, dass gemischt genutzte Flächen bei den älteren Personen zu viel Verunsicherung und Ärger führen, wäre es wünschenswert, dass etwas mehr Engagement spürbar würde als was hier in der Antwort auf die Interpellation herauskommt. Es ist auch so, dass das nicht nur bei den Seniorinnen und Senioren ein grosses Thema ist. Auch Menschen mit Beeinträchtigung fühlen sich durch diese Zusatznutzungen des eigentlich ihnen vorbehaltenen Verkehrsraums stark verunsichert. Der Sprechende war kürzlich mit dem Präsidenten der Neuenburger Sektion des Blinden- und Sehbehindertenverbands bei der Dienststelle Prävention der Kantonspolizei, um über mögliche Sensibilisierungsmassnahmen zu diskutieren. Dieser schilderte anschaulich, mit welch grossen Problemen seine Mitglieder zunehmend zu kämpfen haben, wenn sie sich im öffentlichen Raum fortbewegen. Dabei sind unaufmerksame andere zu Fuss Gehende, die mehr auf ihr Handy als auf anderes schauen, nur der Anfang; immer mehr kommt es auch zu Zusammenstössen mit Trottinets und anderen rollenden Geräten, von all den Plakatständern und was sonst noch alles im Raum steht ganz zu schweigen.

Es stimmt zwar formell, dass die Kompetenz für Kommunikations- und Sensibilisierungsmassnahmen in Bezug auf die neuen Regeln beim Bund liegt. Die Stadt hat aber durchaus auch eine besondere Verantwortung für die Umsetzung auf ihrem Gebiet. Einerseits liest der Sprechende im erwähnten Bericht «Altersfreundliche Stadt Luzern», dass eine Sensibilisierung und Klärung der korrekten Nutzung sowie der Verhaltensregeln, die innerhalb einer Mischzone gelten, sehr erwünscht sind. Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort auch, dass mit besagtem Bericht Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit in sogenannten «gemischten Verkehrsflächen» erarbeitet worden seien. Leider konnte der Sprechende die konkreten Massnahmen nirgends finden, und er bittet den Stadtrat, diese im Rahmen von dieser Debatte noch zu erläutern.

Andererseits ist es auch so, dass es nicht trivial ist, die neuen Verkehrsregeln auf dem städtischen Gebiet korrekt umzusetzen. Die Kinder dürfen das Trottoir nur dort nutzen, wo kein Veloweg oder Radstreifen vorhanden ist. Das ist in Luzern mit seinem Flickenteppich an Velostreifen doch eine

nicht unerhebliche Herausforderung. Wie soll sich ein Kind verhalten, wenn immer wieder Radstreifen anfangen und aufhören? Und was ist mit Trottoirs, die – wie beispielsweise bei ihm an der Adligenswilerstrasse – nicht einmal die Normbreite aufweisen?

Auf all diese Fragen muss der Stadtrat Antworten haben. Antworten, die der Sprechende hier, im Rahmen der Interpellation, noch nicht findet. Er bittet den Stadtrat, sich mit Ernsthaftigkeit dem Problem von den Mischzonen anzunehmen und Massnahmen vorzusehen, die das Sicherheitsgefühl der Fussgängerinnen und Fussgänger, insbesondere der vulnerablen Personen, erhöhen. Das muss mehr sein, als grosse blaue Signete, die für mehr Rücksicht zwischen Velofahrenden und Fussgängerinnen und Fussgängern werben.

Thomas Gfeller hat sich über die einleitenden Worte des Stadtrates in der Antwort auf die Interpellation sehr gefreut. Der Stadtrat macht darin vorab klar, wie die Faktenlage ist. Er sagt klar, dass die neue Verkehrsordnung – so ganz neu ist sie doch nicht mehr – eine national gültige Verordnung ist, die der Bund nach einer entsprechenden Vernehmlassung in Kraft gesetzt hat. Der Stadtrat fügte weiter an, dass es nicht sein kann, dass jeder Kanton oder jede Gemeinde eigene Massnahmen oder Verhaltensweisen davon ableitet. Das sieht die SVP-Fraktion auch so. Die Fragen, die der Interpellant gestellt hat, irritierten den Sprechenden ein wenig. Er fragte sich – zwar gab sein Vorredner gerade vorhin eine Antwort darauf –, ob sich Martin Abele wirklich um die älteren Menschen sorgt oder ob es darum geht, die Übergangsregelung, wie er sie beurteilt, zum Anlass zu nehmen, damit die Radwege neu ausgebaut werden müssen. Das war dem Sprechenden beim Lesen der Interpellation nicht klar. Als er sich auf die Ratssitzung vorbereitete, traf er deshalb die Annahme, dass der Interpellant sich daran stört, dass Kinder auf dem Trottoir fahren und entsprechend fällt nun auch sein Votum dafür aus. Dass ausgerechnet ein Grüner sich daran stört, dass Kinder bis 12 Jahre auf dem Gehweg velofahren, erstaunt und verärgert den Sprechenden. Offensichtlich ist der Interpellant der Meinung, dass wenn ein durchgehendes Radwegnetz installiert ist, die Trottoirfahrten der Kinder ein Ende hätten. Dem muss der Sprechende widersprechen. Das eine hat mit dem anderen nicht so viel zu tun und muss aus Sicht der SVP-Fraktion differenziert betrachtet werden. Auch die SVP-Fraktion begrüsst die Radwegnetze. Heute sind es gut ausgebaute Verbindungsachsen, auf denen mit grosser Geschwindigkeit (bis 45 km/h) gefahren werden kann. Ein Kind auf einem «Velöli» oder auf einem Kindervelo kann dabei schnell buchstäblich unter die Räder kommen. Der Sprechende erachtet die Verdammung der Kindervelos auf das Radwegnetz als kritisch und zudem ist sie gar nicht durchwegs überall möglich. In den Augen des Sprechenden sieht es ganz danach aus, dass einmal mehr der gesunde Menschenverstand sowie das intakte Elternhaus dafür gefordert sind. Respekt, das wird von Martin Abele gefordert, und Rücksicht gegenüber den Mitmenschen, gegenüber älteren Menschen, muss vorgelebt werden und fällt einem nicht einfach so in den Schoss. Wenn der Vater oder die Mutter die Zigarettenskippe einfach auf den Boden wirft, muss man sich nicht wundern, wenn die Kinder das nachahmen. Kinder beginnen nicht erst mit 10 Jahren oder mit 12 Jahren mit dem Velofahren, sondern werden von klein auf herangeführt. Am Anfang übt man auf dem Vorplatz, wenn es besser geht, wagt man sich auf Nebenstrassen, wo keine Gefahr vorhanden ist, dann beginnen die ersten begleiteten Distanzen auf dem Trottoir und später in der Schule folgt die Veloprüfung. So wie man das Velofahren lernen kann, so kann man auch Respekt und Anstand im Verkehr erlernen. Die SVP-Fraktion ist nicht der Meinung, dass noch mehr Sensibilisierungsmassnahmen erforderlich sind. Die heutigen laufenden

Kampagnen reichen durchaus aus. Man muss sie nur verstehen und den Willen haben, sie umzusetzen.

Roger Sonderegger: Vielleicht im Unterschied zur grünen Partei oder zum Tonfall in dieser Interpellation, sieht die CVP-Fraktion die Hauptverantwortung nicht beim Stadtrat oder beim Bundesrat, sondern bei denen, die die Anlagen benutzen, also konkret zwischen diesen Kindern (6–12 Jahre) und den Kindern und Erwachsenen, die zu Fuss auf dem Trottoir unterwegs sind. Es ist heute schon so: An vielen Orten begegnen sich Fussgängerinnen und Velofahrer: Am Grendel, auf der Bahnhofstrasse, in der Hertensteinstrasse oder auf der Geissmattbrücke, auf welcher es immer zu wenig Platz hat. Das Stadtparlament war bis jetzt fast immer offen für solch gemischte Nutzungen. Einzig beim Nationalquai reichte es knapp nicht für diejenigen, die dort eine Velonutzung zulassen wollten – es wird manchmal trotzdem gemacht. Auch im ländlichen Raum begegnen sich Fussgänger und Velofahrerinnen. An diese denkt man manchmal nicht so. Der Sprechende hat sie aber durch seine berufliche Tätigkeit immer auf dem Schirm. Es ist auf den Wanderwegen ein Thema, Mountainbiker und Wanderer kommen sich manchmal in die Quere. Aber eigentlich relativ selten. Es wird etwas emotional diskutiert, aber wirklich passieren tut wenig. Weshalb? Es funktioniert eben, wenn man es tolerant angeht. Der Sprechende plädiert für Toleranz an den Orten, wo es wenig Platz hat, für ein Miteinander und in dem Sinn auch für das Gleiche, was der Stadtrat seit Jahren plädiert. Seit vielen Jahren führt die Stadt Luzern die Kampagne «Rücksicht» durch. Eigentlich ist das das Schlüsselwort, denn wenn man alle voneinander trennen will, hat man zu wenig Platz. Das ist altbekannt und ist eigentlich seit vielen Jahrzehnten in der Verkehrspolitik nicht mehr das grosse Paradigma. In der Diskussion wurde auch die Luzerner Polizei mit ihrer Sensibilisierungskampagne ins Feld geführt. Sie macht das auf einzelne Jahrgänge bezogen und nicht flächendeckend für 3- bis 12-Jährige. Die Hauptverantwortung ist aus Sicht der Fraktion nicht bei der Öffentlichkeit, sondern bei denen, die das nutzen. Die CVP-Fraktion sieht einen grossen Vorteil für die 6- bis 12-Jährigen. Diese sind nicht überall sicher unterwegs auf den Strassen. Die Platzverhältnisse auf der Strasse lassen es manchmal nicht zu, dass man einen Velostreifen vorsehen kann. Für diese ist es ein Vorteil, wenn sie auf das Trottoir ausweichen können. Eigentlich wäre das alles kein Thema, wenn das Veloroutennetz gut wäre, das heisst, tauglich für Personen zwischen 8 und 80 Jahren und überall dort, wo man durchfahren will, mit genügend Platz. Das ist bei Weitem noch nicht der Fall. Die Schliessung der Netzlücken für Velofahrende in der Stadt Luzern ist seit Jahrzehnten ein Dauertraktandum in der Stadtluzerner Politik; man sprach in den letzten Jahren bereits Dutzende Male darüber. Gegen Schluss der Antwort des Stadtrates findet man eine Auflistung der heiklen Stellen, bei denen Handlungsbedarf besteht. Es liest sich wie eine Auflistung der Kantonsstrassen auf Stadtgebiet. Von dem her ist sicher nicht nur der Stadtrat, sondern auch der Kanton in einer Rolle gefordert, dass man dort einen Schritt weiterkommt. In diesem Sinn erwartet die CVP-Fraktion mit Spannung die angekündigte Netzplanung, die vom Stadtrat im Zusammenhang mit der Stellungnahme zur Initiative «Velonetz jetzt» in Aussicht gestellt wird. Sie hofft, dass es dann einen Schritt weitergeht in der Infrastruktur, auch neben dem Trottoir.

Silvio Bonzanigo dankt Martin Abele für den wertvollen und sachkundigen Vorstoss bzw. die Interpellation. Wenn man auf die Geschichte dieser Neuregelung zurückschaut, dann weiss man, wenn man es weiss, dass das vom ASTRA angeregt wurde. Direktor Jürg Röhliberger ist bekannt als sehr MIV-affin. Das heisst er bzw. das ASTRA schlug diese Neuregelung vor, um gewisse störende Momente für den MIV von der Strasse weg zu haben. In der Vernehmlassung hat sich Fussverkehr Schweiz und der Vorstand vehement gegen diese Regelung gewehrt. Es wurde Sukkurs gesucht bei Pro Velo, aber leider hat Nationalrat Matthias Aebischer als Präsident kategorisch abgewunken, was zeigt, dass die Solidarität bezüglich Langsamverkehr von der Pro-Velo-Seite relativ schnell aufgebraucht ist. Bei der Kantonspolizei gibt es jährlich einen runden Tisch zum Thema Verkehrssicherheit, an der der Sprechende auch teilnimmt. Er hat dort die Fragen auch gestellt, doch die Kantonspolizei winkte sofort ab. Das war noch, bevor die Regelung in Kraft trat. Die Polizei habe null Kapazität, um eine Alterskontrolle derer, die auf dem Velo unterwegs sind, durchzuführen. Von dieser Seite kann man sich nichts erhoffen, was die Sicherheit der Fussgänger betrifft. Befürchtungen, die mit der neuen Regelung zusammenhängen, sind, dass Gemeinden ihren Schulbusverkehr einstellen oder ausdünnen, mit dem Hinweis darauf, die Schülerinnen und Schüler können nun mit dem Velo auf den Trottoirs fahren. Eine zweite Befürchtung, welche belegt ist aus Rückmeldungen aus den Regionen, ist, dass Erwachsene auf dem Velo auf den Trottoirs unterwegs sind, mit dem irrigen Hinweis, dass das neu erlaubt sei. Sie meinen, sie befänden sich im Recht. Das ist sehr unglücklich. Letztlich aber auch, wird mit dieser Neuregelung angeregt, dass man mit dem Velo in die Schule fährt und nicht zu Fuss geht, was erwiesenermassen die gesündeste Fortbewegungsart ist. Was kann die Stadt Luzern machen? Die Ausführungen zu dieser Interpellation sind, wie Martin Abele erwähnte, auch in den Augen des Sprechenden korrekt. Die Antwort ist sehr formal, es wird verwiesen auf das, was im Bundesrecht steht und auf das, was über die Hoheit der Kantonsstrassen gilt. Die Stadt kann aber etwas machen. Sie hat eine SIP [Sicherheit. Intervention. Prävention der Stadt Luzern]. Das Parlament sprach in diesem Saal bereits mehrere Male über die SIP. Diese hat die Aufgabe, für Sicherheit und Prävention zu sorgen. Der Sprechende meint, es müsste ein Pflichtenheft der SIP geschrieben werden, dass sie sich dem Veloverkehr auf den Trottoirs – der nur erlaubt ist, wenn kein Radweg oder -streifen vorhanden ist – und dem zusätzlichen Veloverkehr, der möglicherweise um die Schulhäuser herum dicht entstehen könnte, annimmt.

Christina Lütolf-Aecherli dankt Martin Abele für die Interpellation. Auch ihr fiel im Gespräch mit der Stadtbevölkerung auf, dass es vermehrt Stimmen gibt, die sich um ihre eigene Sicherheit auf den Trottoirs, den Fussgängerstreifen oder auch in der städtischen Flanierzone sorgen. Die Sprechende ist seit zehn Jahren konsequente Fussgängerin, d.h. sie nimmt kein Velo, sie fährt Bus. Durch das konnte sie sehr viel beobachten und sie wurde selbst mehrfach fast überfahren auf dem Trottoir oder vor der Jesuitenkirche. Dabei fallen weniger die U12, die unter 12-Jährigen auf – von denen in dieser Interpellation die Rede ist –, als mehr die Ü12, die über 12-Jährigen. Sie verhalten sich manchmal wie Fussgänger auf zwei Rädern, muss die Sprechende konstatieren, und sie halten sich bei Weitem nicht an die von den Kindern geforderten Benimmregeln; sie scheinen sie nicht einmal zu kennen. Die GLP-Fraktion begrüsst jede Form von Sensibilisierung der Kinder für diese Problematik, sei es in der Schule oder vor allem im eigenen familiären Umfeld, was auch schon

mehrmals genannt wurde. Die Fraktion begrüsst es, wenn in Zukunft weiterhin am Ausbau des Velonetzes gearbeitet wird, damit die unterschiedlichen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer sich auf unseren Strassen und Trottoirs nicht nur sicher fühlen, sondern auch sicher sind.

Rieska Dommann: Die Verkehrssicherheit im Strassenverkehr ist auch für die FDP-Fraktion ein ganz wichtiges Anliegen. Es ist eine Daueraufgabe der Stadt Luzern. Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der gestellten Fragen und ist froh, dass der Stadtrat die Situation vielleicht etwas entspannter beurteilt als das aus Sicht der Fraktion beim Interpellanten der Fall ist. Die Antwort des Stadtrates und die Massnahmen, die er vorschlägt und vorsieht, scheinen der FDP-Fraktion angemessen zu sein. Es gibt keinen Grund, einen übertriebenen Aktionismus loszutreten. Im Übrigen wäre die Stadt auch nicht die richtige Adressatin.

Mario Stübi dankt der G/JG-Fraktion fürs Aufbringen dieser Fragen. Aus Sicht der SP-Fraktion werden dabei velofahrende Kinder auf dem Trottoir etwas gar dramatisiert. Mit ihren Kickboards müssen sie heute schon Rücksicht auf die Fussgängerinnen und Fussgänger nehmen. Die SP-Fraktion findet es sinnvoll, dass der Stadtrat die nationalen Kampagnen stützt, selber aber keine zusätzlichen plant. Lieber soll er dafür sorgen, dass es mehr Velowege gibt, damit nicht aufs Trottoir ausgewichen werden muss. Darum freut sich die SP-Fraktion auf den Bericht und Antrag zur Initiative von Pro Velo.

Barbara Irniger macht eine Anmerkung zum Votum von Silvio Bonzanigo: Sie findet es extrem wichtig, dass man den Fussverkehr und den Veloverkehr möglichst nicht gegeneinander ausspielt. Silvio Bonzanigo sagte, dass der Fussverkehr das gesündeste Fortbewegungsmittel ist. Die Sprechende ist mit ihm einig, dass es ein sehr gesundes ist. Sie fände es wichtig, zu sagen, dass beide Fortbewegungsmittel in Ordnung sind, zu Fuss zur Schule gehend oder velofahrend. Der zweite Punkt, den die Sprechende erwähnen möchte, betrifft die Aussage, dass man die Diskussion nicht dazu benützen solle, wieder das lückenlose Velonetz zu fordern. Die Sprechende denkt aber, dass das ein ganz wichtiger Punkt ist. Wenn es ein lückenloses Velonetz gibt, würden sich die Konflikte entschärfen. Weiter unterstreicht die Sprechende die Aussage der CVP-Fraktion, dass Rücksichtnehmen etwas vom Wichtigsten bei dieser Thematik ist.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Die Frage richtet sich in den Augen des Sprechenden nicht nach der Grundabsicht von Jürg Röthlisberger, wie es Silvio Bonzanigo ins Feld geführt hat. Jürg Röthlisberger hat jetzt eine neue Chefin, welche etwas auf seine Grundpositionierung Einfluss nimmt. Aber wichtig ist, was der Sinn der Massnahme ist. Der Sinn der Massnahme ist eine Verkehrssicherheitsmassnahme. Es ist eine Behelfsmassnahme, eine Übergangsmassnahme, weil der Bund die Verkehrssicherheit junger, velofahrender Kinder bis zwölfjährig sehr hoch gewichtet. Das ist primär der Grund. Diese Übergangsmassnahme macht durchaus einen gewissen Sinn. Ziel muss es aber sein, ein gutes, lückenloses, attraktives und sicheres Velonetz etablieren zu können. Die Kommission des Nationalrates war diese Woche in Luzern und sprach über das Veloweggesetz. Das Veloweggesetz kommt nun in die nationale Debatte. In dieser Diskussion geht es nicht nur um die Fragen in der Interpellation. Sie ist etwas ausgeweitet worden.

Martin Abele sagte, der Stadtrat solle sich mit Ernsthaftigkeit mit der Frage der Mischzonen auseinandersetzen. Wenn Kinder unter 12 Jahren auf dem Trottoir velofahren, ist das keine Mischzone. Kinder, die unter 12 Jahre alt sind, dürfen, wenn es keinen Velostreifen gibt, auf dem Trottoir fahren. Mit dem ist keine neue Mischzone eröffnet, aber es hat eine gewisse Wirkung. Weniger freute es den Sprechenden, dass man den Eindruck hat, es sei eine uninspirierte Antwort. Man täte sich quasi nicht mit genügender Ernsthaftigkeit mit der Frage auseinandersetzen. Sicher ist es so, dass der Stadtrat versucht, möglichst breit bei den Verkehrssicherheitsplanungen, Infrastrukturplanungen abzutiefen. Man hat bei der Gestaltung des Neustadtquartiers explizit mit den Sehbehindertenorganisationen physische Versuche auf dem Werkhof durchgeführt, um herauszufinden, was das beste System für die Leitung von Sehbehinderten bei der Umsetzung des Neustadtquartiers ist. Das Thema ist beim Stadtrat angekommen – vielleicht nicht in jedem Punkt immer mit der genügenden Rücksichtnahme.

Die Frage ist, wer für die Sensibilisierung zuständig ist. Da gibt es auf der einen Seite die nationale Kampagne, auf der anderen Seite auch die Verkehrssicherheitsausbildung der Luzerner Polizei. Die Stadt unternimmt Massnahmen, um den öffentlichen Raum möglichst von Behinderungen, im Sinn von Geschäftsauslagen, von Plakatständern oder schrägen Werbefahnen (z. B. Beachflags), die teilweise ins Trottoir hängen, freizuhalten. Solche will der Stadtrat nicht, denn Leute mit einer Sehbehinderung würden sich sonst, wenn sie durch die Stadt laufen, immer wieder den Kopf daran anstossen. Der Stadtrat versucht, möglichst gut Rücksicht zu nehmen. Die Kampagne «Rücksicht» ist sicher eine Massnahme. Die Trottoirbreite an der Adligenswilerstrasse ist ein Problem, das ist klar. Aber auch dort: An der unteren Adligenswilerstrasse, beim Zugang zur Schule, ist man jetzt im Rahmen eines Projekts daran, Verkehrssicherheitsmassnahmen umzusetzen. Es ist ein Dauerauftrag, wie richtig gesagt wurde. Der Stadtrat ist daran, das Behindertengleichstellungsgesetz BehiG umzusetzen. In diesem Zusammenhang wird jede Bushaltestelle angeschaut, ob man sie besser organisieren kann (Standort des Billettautomaten, des Abfalleimers etc.), ob vulnerable Personen bei dieser Haltestelle autonom in den Bus ein- und aussteigen können oder ob es sonstige Anpassungen braucht. Weiter gibt es Massnahmen auf dem Velowegnetz, mit denen der Stadtrat schon sehr bald ins Parlament kommen wird. Die Stadt übergab dem Kanton sechs Machbarkeitsstudien zur Veloförderung auf Kantonsstrassen, die auf Stadtboden liegen. Diese liegen im Moment beim Kanton in der Vernehmlassung. Der Stadtrat will auch das Thema Verkehrssicherheit durch zusätzliches Personal stärken, das steht so im Aufgaben- und Finanzplan. Der Fokus für die Jahre 2022 bis 2025 liegt auf der Schulwegsicherheit. Der Stadtrat nimmt das Thema ernst, Mischzonen sind nicht optimal und sind nicht das, was sich der Stadtrat wünscht, aber es geht auf gewissen Flächen nicht anders. Aber das ist bei dieser Interpellation nicht das Thema. Es geht hier primär um die nationale Regelung, dass Kinder bis 12 Jahre mit ihrem Velo auf dem Trottoir fahren dürfen, wenn es keinen Radweg oder keinen Radstreifen hat.

Die Interpellation 55 ist somit erledigt.

**11 Interpellation 99, Patrick Zibung und Thomas Gfeller namens der SVP-Fraktion vom 10. Mai 2021:
Die grüne Oase beim Löwenplatz**

Patrick Zibung: Die SVP-Fraktion ist dem Projekt gegenüber weiterhin nicht positiv eingestellt. Die Fraktion hofft deshalb, dass Corona bald vorbei ist. Dann muss die Pop-up-Diskussion am Löwenplatz nicht mehr weitergeführt werden. Der Sprechende fuhr vor Kurzem am Löwenplatz vorbei, als gerade die Pflanzen abgeräumt wurden. Für den Abtransport wurden zwei oder drei Lastwagen aufgeboden. – Das als ökologischer Hinweis und als Randbemerkung platziert.

Die Interpellation 99 ist somit erledigt.

**12 Postulat 84, Claudio Soldati und Tamara Celato namens der SP-Fraktion vom 12. April 2021:
Reduktion der Fallbelastung in der Sozialhilfe**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Die Diskussion zu Postulat 84 findet zusammen mit Postulat 85 (Traktandum 13) statt.

Jörg Krähenbühl von der SVP-Fraktion spricht zu Postulat 84 und Postulat 85, da sie dasselbe beinhalten. Nach Meinung des Stadtrates beinhaltet die Entgegennahme der beiden Postulate unter anderem die Prüfung, ob die personellen Mehrkosten, die als Folge einer Fallreduktion entstehen würden, tatsächlich zu geringeren Ausgaben für die wirtschaftliche Sozialhilfe führen und ob die Fallreduktion zu Kosteneinsparungen oder zu Mehrkosten im Kindes- und Erwachsenenschutz führen. Die SVP-Fraktion erwartet als Resultat der internen Überprüfung Mehrkosten in beiden Bereichen. Die Reduktion der Falllast – im Bereich Existenzsicherung von 15 Prozent und im Bereich Erwachsenenschutz sowie Kindes- und Jugendschutz ebenfalls von 15 Prozent – löst Kosten für den zusätzlichen Personalaufwand von einer Million Franken aus. Die SVP-Fraktion kann auf keinen Fall einer Erhöhung der Stellenprozente zustimmen und lehnt deshalb die Überweisung beider Postulate, insbesondere aus Kostengründen, ab. **Die SVP-Fraktion stellt daher für beide Postulate einen Ablehnungsantrag.**

Claudio Soldati ist einerseits über die Ablehnungsanträge überrascht, andererseits auch nicht. Es bringt etwas das Weltbild der SVP durcheinander, dass offenbar durch mehr Personal bessere Arbeit gemacht bzw. sogar Geld eingespart werden kann. Im Bereich der Sozialhilfe hat man deutliche Hinweise darauf, dass es sehr wohl möglich ist, das so zu machen. Es macht sehr Sinn, dass der Stadtrat neben den bereits detaillierten Abklärungen, die er unternommen hat, noch mehr in die Tiefe geht und das Thema weiter abklärt. Aus Sicht der SP-Fraktion macht es Sinn, das Personal auszubauen, damit eine Win-win-win-Situation erreicht werden kann. Es ist einerseits eine Win-Situation für Klientinnen und Klienten, denn ihre Beraterinnen und Berater werden mehr Zeit für sie

und ihre Anliegen haben. Dann auch eine Win-Situation für das städtische Personal, denn die Fluktuation bei den Sozialen Diensten ist erschreckend hoch. Mehr als 50 Prozent der Mitarbeitenden oder der Sozialberatenden verliessen dort die Stelle, was einen sehr grossen Know-how-Verlust bedeutet und für das Funktionieren der Abteilung nicht ideal ist. Es ist andererseits auch eine Win-Situation für die Gesellschaft, nämlich, dass man am Schluss – mit zwar etwas mehr Steuergeldern – Gelder einsparen kann. Es spricht überhaupt nichts dagegen, die Postulate zu überweisen. Der Sprechende macht einen Ausblick auf den B+A 34/2021, der in der übernächsten Ratssitzung behandelt werden wird: «Umsetzung gesetzlicher Vorgaben und Standards bei den Sozialen Diensten». In diesem Bericht und Antrag sieht man, dass die Sozialen Dienste ihre Probleme erkannt haben und wie sie neue Aufgaben sehr genau angehen wollen. Für das braucht es mehr Personal. Am Schluss hat man eine bessere Qualität in der Sozialhilfe und im Kindes- und Erwachsenenschutz. Es ist Aufgabe des Parlaments, der Stadtverwaltung die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit dort eine gute Arbeit geleistet werden kann.

Peter Krummenacher: Die stetige Zunahme der Komplexität der sozialen Problemlagen führt zu hohen Belastungen bei Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern und dadurch leider zu hohen Personalfluktuationen. Der Know-how-Verlust in den Organisationen führt zu Mehrbelastungen bei den verbleibenden Mitarbeitenden. Für das Einarbeiten von neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern muss viel Zeit aufgewendet werden und kostet auch sehr viel.

Aber der noch wichtigere Punkt ist die Qualität und damit auch der Erfolg der Sozialarbeit. Je schneller geeignete Massnahmen eingeleitet werden, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einer Ablösung und einer schnelleren Hinführung in die wirtschaftliche Selbstständigkeit kommt. Das ist das, was den Betroffenen hilft, und ist für die FDP-Fraktion das wichtigste Ziel. Wenn durch eine bessere Beratungsqualität, durch eine bessere Arbeitsmarktintegration, durch eine systematischere, effizientere Arbeitsweise, durch eine höhere Zufriedenheit der Mitarbeitenden und durch eine tiefere Personalfluktuationsrate eine schnellere soziale Integration erreicht wird, ist auch mit einer geringeren Ausgabe für die wirtschaftliche Sozialhilfe und für Personalrekrutierungskosten zu rechnen. Die FDP-Fraktion folgt dem Antrag des Stadtrates und ist für eine Entgegennahme der beiden Postulate.

Agnes Keller-Bucher: Die Fallbelastung in der Sozialhilfe ist hoch. Zudem nimmt die Komplexität der Fälle stetig zu und somit steigen auch die Anforderungen an die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. Die Beratungsqualität kann darunter sehr leiden und es ist davon auszugehen, dass die hohe Personalfluktuationsrate damit zusammenhängt.

Die Postulanten weisen auf eine Studie der Stadt Winterthur hin, die aufzeigt, dass bei einer deutlichen Fallreduktion für die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter positive Effekte entstehen. Zum einen können Netto-Sozialhilfekosten eingespart werden, zum anderen kommt es zu einer kürzeren Dauer des Sozialhilfebezugs und zu einer höheren Sozialhilfe-Ablösequote. Zudem gelingt sogar in allen Teilen eine bessere Integration.

In der Stadt Luzern geht man zwar nicht von einer so hohen Fallbelastung wie in Winterthur aus, aber eine Reduktion könnte auch bei uns eine positive Entwicklung zeigen. Auch deswegen, weil das Ressourcen- und Controllinginstrument erst nach 6 Monaten greift und in verschiedenen Situationen nicht funktioniert.

Die CVP-Fraktion sieht deshalb Handlungsbedarf. Sie ist für eine sorgfältige Prüfung, die aufzeigen soll, ob eine personelle Aufstockung und eine Verminderung der Fallzahlen für die einzelnen Sozialarbeiterinnen im Endeffekt zu positiven Ergebnissen und zu geringeren Ausgaben in der Sozialhilfe führen können. Die CVP-Fraktion ist gespannt auf die Resultate dieser Überprüfung und stimmt deshalb den beiden Postulaten zu.

Daniel Lütolf: Claudio Soldati brachte es in seinem Votum auf den Punkt: Das Postulat kann für einen Win-win-win-Moment sorgen. Da gibt es nicht viel mehr dazu zu sagen. Alles wurde bereits gesagt. Selbstverständlich überweist die GLP-Fraktion die beiden Postulate gerne.

Da **Selina Frey** Soziale Arbeit studiert hat und auf einem Sozialdienst arbeitet, weiß sie genau, was es bedeutet, zu wenig Zeit für einzelne Klienten und Klientinnen zu haben. Beruflich wie auch privat kennt sie viele Beistandspersonen, die ihr das gleiche Bild aus ihrem Alltag erzählen. Wie man lesen kann, wird in der Sozialhilfe von «Fällen» gesprochen. Ein Fall kann eine Einzelperson sein, aber auch eine Familie. Das bedeutet, dass eine einzelne Sozialarbeiterin nicht für 92 Personen zuständig ist, sondern eher für 250–300 Personen.

In der Beistandschaft wird von «Mandaten» gesprochen. Dabei gilt es jedoch zu beachten, dass ein einzelnes Mandat oft von einem mehrköpfigen Helfersystem unterstützt wird.

Die Komplexität der Fälle in der Sozialhilfe wie auch in der Beistandschaft steigt. Durch die hohe Arbeitsbelastung kann es schnell passieren, dass etwas Wichtiges vergessen geht. Sei dies, dass eine Anmeldung bei einer IV-Stelle nicht gemacht wird, sei es, dass in einer dringenden, akuten Situation zu spät reagiert wird. Mit der Senkung der Fallbelastung in der Sozialhilfe wie auch in der Beistandschaft können enorme Kosten eingespart werden. Nimmt die Fallbelastung ab, nimmt auch die Fluktuation ab. Dadurch werden zeitliche und finanzielle Ressourcen geschont. Nimmt die Fallbelastung ab, können mehr Personen in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden und die Fehlerquote bei den sozialarbeitenden Personen wird abnehmen. Im Namen der G/JG-Fraktion bittet die Sprechende, die Postulate zu überweisen.

Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki dankt dem Interpellanten und der Interpellantin für das Aufgreifen dieses wichtigen Themas. Der Sprechende hat den Schlussbericht der Stadt Winterthur vor sich, den er im Sommer, nachdem die Antwort auf die Interpellation schon geschrieben war, zugeschickt erhielt. Der Schlussbericht enthält interessante Resultate. Über die Unterschiede zwischen Luzern und Winterthur könnte man lange diskutieren. Die Stadt Luzern ist an einem anderen Punkt als die Stadt Winterthur, die mit sehr tiefen Zahlen startete. Aber der Stadtrat ist bereit, das Anliegen entgegenzunehmen und vertieft zu prüfen. Es gibt eine breite Diskussion, nicht nur anhand des Winterthurer-Projekts. Es gibt Empfehlungen der KOKES (Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz) für eine tiefere Fallbelastung. Notabene schloss sich auch der Kanton Luzern diesen Empfehlungen an und die SKOS (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe) äusserte sich auch zu diesem Thema. Der Stadtrat wird schauen, wie die Agglomerationsgemeinden dieses Thema angehen. Die Gemeinde Emmen kündigte an, dass sie das Verhältnis zwischen Falllast und denen, die für die Fälle zuständig sind, verbessern will. In den vorherigen Voten wurden zu Recht auch andere Themen angesprochen. Die hohe Fluktuation bei den Sozialen Diensten muss dazu führen, dass wir stärker hinschauen. Aus diesem Grund hat man vor rund einem Monat

mit einer Organisationsentwicklung gestartet. Welche Themen neben den Fragen, wie die Sozialen Dienste organisiert sind, welche Herausforderungen in Zukunft zu bewältigen sind, wie die Lohnentwicklung sich gestaltet etc. dabei behandelt werden, darüber wird die Sozialdirektion nächstens in der Sozialkommission berichten.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 84.

**13 Postulat 85, Claudio Soldati und Tamara Celato namens der SP-Fraktion vom 12. April 2021:
Reduktion der Fallbelastung im Kindes- und Erwachsenenschutz**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Die Diskussion zum Postulat 85 fand zusammen mit dem Traktandum 12 (Postulat 84) statt.

Der Grosse Stadtrat überweist auch das Postulat 85.

**14 Postulat 70, Nico van der Heiden und Regula Müller namens der SP-Fraktion, Jules Gut namens der GLP-Fraktion sowie Heidi Rast namens der G/JG-Fraktion vom 8. März 2021:
Kreativ- und Sportwochen der Stadt Luzern auf die heutigen Bedürfnisse der Familien ausrichten**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Jörg Krähenbühl: Mit den Kreativ- und Sportwochen soll Kindern und Jugendlichen ein Einblick in die unterschiedlichsten Aktivitäten ermöglicht werden. Dabei steht gemäss der Antwort des Stadtrates immer das Angebot und nicht die Betreuung der Kinder im Vordergrund. Dafür gibt es die familienergänzende Kinderbetreuung sowie die neue zeitgerechte Kinderbetreuung, das heisst, der Ausbau der Betreuung während den Schulferien, der gemäss Stellungnahme des Stadtrates zur Motion 14 angestrebt wird. Es macht nach Meinung der SVP-Fraktion keinen Sinn, Kinder elf Stunden lang auszupowern. Die Vielseitigkeit der Vereine steht im Vordergrund. Es soll eine Abgrenzung zum Alltag sein. Für die SVP-Fraktion ist das Kindeswohl wichtiger als partielle Eigeninteressen der Eltern. Aufgrund des geschilderten Sachverhalts stellt die SVP-Fraktion einen **Ablehnungsantrag**.

Nico van der Heiden: Es ist schwierig, auf dieses Votum eine Replik zu geben, da er einer derjenigen ist, der sich tatsächlich erlaubt, das Eigenwohl gleich zu gewichten wie das Wohl des Kindes

und das Kindeswohl nicht über alles stellt. Das ist wahrscheinlich eine ganz grundsätzliche, individuelle Entscheidung, die man trifft für das eine oder andere Familienmodell. Doch um das geht es bei diesem Postulat gar nicht. Es geht darum, dass man darauf schaut, dass das, was heute immer mehr passiert, nämlich dass Kinder – ob man das gut oder schlecht findet – immer mehr fremdbetreut werden und dass diese das tolle Angebot der Kreativ- und Sportwochen trotzdem nützen können. Der Sprechende dankt dem Stadtrat, dass er den Ball aufnimmt und schaut, was man machen kann. Er ist sich bewusst, dass das nicht so einfach ist. Manchmal gibt es Postulate, die in der Umsetzung einfach sind. Hier ist sich der Sprechende sehr bewusst, dass es nicht die einfachste Aufgabe ist, alles unter einen Hut zu bringen. Auch mit den Sportvereinen – der Sprechende engagiert sich dort auch – ist es nicht ganz einfach; dort sind viele ehrenamtlich im Einsatz. Und trotzdem wäre der einzige Wunsch, den der Sprechende noch hätte, der, dass das vielleicht nicht eine ganze Generation braucht, bis es umgesetzt ist. Ansonsten freut er sich darauf, sich am Wochenende wieder mindestens vierzehn Stunden mit seinen Kindern auspowern zu können, denn elf Stunden reichen nicht aus.

Jules Gut: «Schritt für Schritt dem Ziel entgegen». In etwa so kann man die Stimmung der GLP-Fraktion zum Thema Kreativ- und Sportwochen bzw. zu den Betreuungsangeboten der Stadt zusammenfassen. Was die Fraktion vermisst, ist ein grösserer Schritt nach vorne – einen eigentlichen Befreiungsschlag. Mit den Betreuungsgutscheinen war die Stadt Luzern eine nationale Vorreiterin, seither hat sich aus Sicht der GLP-Fraktion in der Stadt nicht mehr allzu viel bewegt, es ist aktuell ein langsames Treten an Ort und Stelle oder eben ein Schritt für Schritt dem Ziel entgegen. Es wurde im Parlament bereits mehrere Male diskutiert und es sind auch diverse Vorstösse dazu hängig. In Finnland gibt es unterdessen die 24-Stunden-Krippen. Warum gibt es das nicht schon lange in der Stadt Luzern? Wir sind in der Stadt Luzern seit fünf Jahren im «Im-Januar-mein-Kind-für-den-Mittagstisch-im-Herbst-anmelden»-Modus gefangen. Der Sprechende diskutiert das seit den elf Jahren, in denen er im Stadtparlament dabei ist, regelmässig. Aktuell wird das Modell SchulePlus diskutiert, das wahrscheinlich in zwei oder drei Jahren zur Umsetzung kommt. Die Fraktion begrüsst jede – auch noch so kleine – Weiterentwicklung der Kreativ- und Sportwochen, solange es in die richtige Richtung geht. Aus Sicht der Fraktion geht es klar in die richtige Richtung. Aber sind wir ehrlich: Zwei, drei Stunden einen Kurs zu besuchen, welcher für die Eltern oft verbunden ist mit Bringen und Abholen, quer durch die Stadt, spricht nur einen exklusiven, man kann auch sagen, privilegierten Teil der Bevölkerung an, der sich das leisten kann oder will. Es ist der GLP-Fraktion trotz aller inhaltlichen Kritik wichtig zu betonen, dass die Angebote von hoher Qualität sind und die engagierten Personen einen tollen Job machen. Dafür bedankt sich der Sprechende. Aus Sicht der GLP-Fraktion passt das Grundgerüst des aktuellen Angebots schlicht und einfach nicht mehr in den Rahmen einer modernen Schule oder einer SchulePlus. Die Fraktion wünscht sich, dass die Abteilung Kind Jugend Familie (KJF) und die Schule nicht nur fachlich parallel zusammenarbeiten, wie sie es heute machen, sondern konkrete Projekte gemeinsam anreissen und umsetzen, mit der zwingenden Voraussetzung, dass sich diese am fixen Rahmen des Blockunterrichts orientieren.

Heidi Rast: Das Postulat wünscht, dass die Kreativ- und Sportwochen der Stadt Luzern auf die heutigen Bedürfnisse der Familien ausgerichtet werden.

Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort, dass ihm die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein zentrales Anliegen ist. Und er will vor allem die Kinderbetreuung während den Schulferien verbessern. Was könnte man jetzt aus der Antwort zum weiteren Vorgehen des Stadtrates herauslesen? Leider ist das, was aufgezeigt wird, in den Augen der G/JG-Fraktion ein bisschen zu wenig. Der Fraktion fehlt so einiges – und vor allem hat die Sprechende dazu mehr Fragen als Antworten erhalten. Die Fraktion hätte gerne eine Vorgehensweise gesehen, die zeitnah umgesetzt werden kann. Vor allem diese Vorgehensweisen fehlen in der Antwort des Stadtrates. Der Sprechenden stellen sich folgende Fragen, die sie gerne beantwortet hätte:

1. Die Blockzeiten sollen besser zwischen Kreativ- und Sportwochen und Ferienbetreuung abgestimmt werden. Bis wann soll dies erfolgen und umgesetzt werden?
2. Es sollten neue Angebote eingekauft werden. Bis wann werden diese ermöglicht und wie viele sollen es sein?
3. Es sollen die dezentralen Ferienbetreuungsangebote ausgebaut werden. Bis wann werden diese erstellt und wie viele werden es sein?
4. Es soll ein Projekt zur besseren Durchlässigkeit von Betreuungs- und Freizeitangeboten lanciert werden. Wann wird das Projekt lanciert und wann können erste Resultate erwartet werden?

Die Sprechende nimmt gerne auf, was auch Nico van der Heiden sagte. Die G/JG-Fraktion möchte nicht wieder so lange warten, bis es wirklich vorwärtsgeht und erste Schritte wirklich umgesetzt werden. Auch das, was Jules Gut sagte, kann die Sprechende unterstützen. Sie fände es gut, wenn der Stadtrat noch mehr innovative und zukunftsweisende Vorschläge gemacht hätte. Zum Beispiel könnte man auch Kooperationen finden mit dem Jugendhaus Treibhaus. Wieso könnte das Treibhaus während den Kreativ- und Sportwochen nicht zum Dreh- und Angelpunkt werden? Es ist sicher gut, was der Stadtrat anpackt und verbessern will. Doch die G/JG-Fraktion wünscht sich vor allem, dass die geplanten Massnahmen bald umgesetzt werden und dass es nicht noch Jahre dauert, bis man etwas davon merkt. Die G/JG-Fraktion wird das Postulat überweisen.

Agnes Keller-Bucher: Das Anliegen der Postulanten ist für die CVP-Fraktion nachvollziehbar. Eine Optimierung im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist aus Sicht der Fraktion wichtig und richtig. Die Kreativ- und Sportwochen sind aber in erster Linie da, um Einblick in die verschiedensten Aktivitäten und Sportarten zu bekommen und sie werden von privaten Personen und Vereinen durchgeführt. Deshalb steht auch die Betreuung nicht im Vordergrund. Die CVP-Fraktion unterstützt die Bestrebung des Stadtrates, die Ferienbetreuung der Volksschule auszubauen und die Schnittstellen zu den Angeboten der Kreativ- und Sportwochen zu prüfen und auszubauen. Vielleicht könnte man die Punkte, die Heidi Rast soeben aufgezählt hat, auch noch in die Überprüfung aufnehmen. In diesem Sinne unterstützt die CVP-Fraktion die Überweisung des Postulats.

Mike Hauser dankt den Postulanten für das Postulat 70. Das geschilderte Bedürfnis ist absolut nachvollziehbar. Vor allem die Ferienzeit kann für Eltern, die beide berufstätig sind, eine Herausforderung sein. Wenn der Sprechende es richtig interpretiert hat und richtig interpretiert, geht es bei diesem Postulat vor allem oder gar ausschliesslich um die Ausgestaltung der Sportwoche. Es ist aber trotzdem auch festzuhalten, dass Kinderbetreuung nicht ausschliesslich Sache des Staates

sein kann. Jules Gut fragte, weshalb es in der Stadt Luzern noch keine 24-Stunden-Kindertagesstätten gibt. Dazu stellt der Sprechende die Gegenfrage: Weshalb hat noch keine Kita-Unternehmung eine eröffnet? Er vermutet, dass die Nachfrage nicht ganz so gross ist, dass sich das rentabel betreiben lassen würde. Vereine sollten und haben auch ein Interesse, sich anlässlich der Sportwochen vorzustellen, um so neue Interessierte für den eigenen Verein bzw. für die angebotene Sportart zu finden. Der Sprechende könnte sich vorstellen, dass der Verein Sportstadt Luzern vermehrt unterstützend mitwirken könnte. Es darf allerdings nicht sein, dass freiwillig teilnehmende Vereine, die von ehrenamtlichen Mitarbeitern und Betreuern geleitet werden, zur «Kinderbetreuung» missbraucht werden. Ihre Aufgabe ist es, Kindern ein sportliches und kreatives Angebot zur Verfügung zu stellen. Mike Hauser ist überzeugt, dass das Anliegen nur in der Kombination Sportwoche und der angebotenen ausserschulischen Ferienbetreuung gelöst werden kann. Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat, dass er für die Überweisung stimmte und unterstützt das Postulat.

Silvio Bonzanigo: Die CVP-Fraktion als Familienpartei unterstützt das Postulat und auch die FDP-Fraktion, die als individuumsorientiert und eigenverantwortlich firmiert, unterstützt das Postulat. So falsch kann das Postulat also nicht sein. Wenn Nico van der Heiden davon spricht, dass er seine eigenen Bedürfnisse denen der Kinder vis-à-vis stellt, meint der Sprechende, dass es noch einen dritten Player gibt, nämlich den Arbeitsmarkt. Man muss im Moment alles vermeiden, was die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes, auch die vermehrte Integration von Frauen, von Müttern, verhindert. Das soll man möglichst unterlassen. Beim Arbeitsmarkt herrscht Nachfrage. Diese wird teilweise vom Ausland befriedigt. In den Augen des Sprechenden muss das nicht so bleiben. Die Stadt Luzern ist in dieser Frage gegenüber anderen Kantonen, Städten und schon gar nicht gegenüber dem Ausland eine Vorreiterin. Da mag es ein wenig Schub ertragen. Silvio Bonzanigo wird das Postulat unterstützen.

Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki: Die in den Oster- und Herbstferien angebotenen Kreativ- und Sportwochen in der Stadt Luzern sind ein Mengengeschäft. Es nehmen jeweils 1'000 bis 1'500 Kinder daran teil und sie können von etwa 90 Aktivitäten auswählen. Mike Hauser wies darauf hin, dass man Sorge tragen muss, dass einzelne Kursanbieter – es sind immer Organisationen und Vereine, die Kochkurse, Judo etc. anbieten – nicht noch Kinderbetreuungsaufgaben übernehmen müssen. Auch der Sprechende erlebte als Begleitperson eines seiner Kinder, wie das läuft: Auf die andere Stadtseite zum Kursort gehen, der Junior nimmt am Kurs teil, man verbringt die Zeit, bis der Kurs zu Ende ist mit Lesen vor Ort (damals gab es noch keine Natels) und begleitet das Kind nach dem Kurs wieder nach Hause. Ein Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist das nicht; das ist völlig klar. Die Abteilung Kinder Jugend Familie (KJF) fing in den letzten Jahren an, das Angebot auszubauen. Aber das kann nicht die Lösung sein, weil es anders aufgebaut ist. Es sind Angebote, die mit Privaten zusammen gemacht werden. Der Sprechende gibt auch Jörg Krähenbühl recht. Man kann einem Kind nicht sagen, es solle vier oder fünf Sportangebote und zusätzlich vielleicht noch einen Koch- oder Malkurs pro Tag belegen, damit der Tag gefüllt und das Kind versorgt ist. Das Kind wäre danach völlig erschöpft. In der Antwort des Stadtrates wird ein Weg skizziert, der zu einer brauchbaren Lösung führt. Die Lösung ist, dass einerseits die Ferienbetreuung der Volksschulen in den nächsten Jahren stärker dezentral werden soll, und dass

andererseits die Abteilung KJF ergänzend dazu interessante Angebote liefern kann, die die Tagesstruktur für Kinder attraktiviert. Gleichzeitig soll es für Eltern weiterhin möglich sein, ihre Kinder zu den bestehenden, attraktiven Angeboten zu schicken, damit sie eine interessante oder neue Sportart kennenlernen und vielleicht nachher sagen können, dass sie bei dieser oder jener Sportart weitermachen möchten. Die Idee ist, dass die Ferienbetreuung der Volksschule mit der Tagesbetreuung einen Teppich legt, und die Abteilung KJF Angebote ergänzt. Aus Sicht der Eltern ist damit das Kind den ganzen Tag betreut, aus Sicht des Kindes ist es ein interessantes Angebot, weil es zwischendurch auch einfach mal nichts machen darf, d.h. es läuft nichts, an dem es teilnehmen muss, es kann mit anderen spielen. Dass die Angebote für alle passen, ist eine grosse Herausforderung. Unter Umständen sind bestimmte Angebote, die ein Kind unbedingt besuchen möchte, nicht darunter. Das lässt sich, wie es sich der Sprechende durch die Abteilung KJF erklären liess, nicht verhindern. Der Stadtrat ist sich der Thematik sehr bewusst. Vor ein paar Jahren wurde ein Postulat zu diesem Thema ganz knapp abgelehnt. Das führte dazu, dass die Verwaltung von sich aus an diesem wichtigen Thema weiterarbeitete und gewisse Halbtages- oder Tagesangebote ausarbeitete, doch das reicht bei Weitem noch nicht aus. Man muss es auf eine andere Grundlage stellen, es braucht eine Zusammenarbeit zwischen Bildungs- und Sozialdirektion. Der Sprechende möchte in dem Sinn eine Entwarnung geben. Dem Stadtrat ist es ein Anliegen, dass die beliebten, bestehenden Angebote, die von Freiwilligen getragen werden, weiterbestehen. Gleichzeitig soll aber für berufstätige Eltern ein Angebot entwickelt werden, das ihnen ermöglicht, die Kinder tagsüber abzugeben und bei dem die Kinder ein Angebot vorfinden, das ihnen gefällt und über das sie sich am Abend mit den Eltern austauschen können.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 70.

**15 Postulat 80, Maria Pilotto und Regula Müller namens der SP-Fraktion vom 6. April 2021:
Bessere Arbeitsbedingungen und Entlohnung für die Luzerner Pflegefachkräfte**

Der Stadtrat nimmt das Postulat teilweise entgegen bei gleichzeitiger Abschreibung.

Maria Pilotto hält an der vollständigen Überweisung fest. Sie sind da, wenn wir im Spital mitten in der Nacht Schmerzmittel benötigen, sie sind da, wenn unsere Eltern oder Grosseltern im Altersheim kaum mehr ein Wort sprechen und unklar ist, wie lange sie noch bei uns sind, oder sie sind da, wenn wir dereinst noch in unserem Zuhause leben wollen, aber täglich vielleicht Pflege einer grossen Wunde am Bein benötigen, die nicht mehr heilen will. Oder sie sind frühmorgens vor dem Parlamentsgebäude, um für ihre Anliegen auf politischer Ebene zu kämpfen. – Sie sind da und sie sind nicht da. Wir wissen alle, dass uns heute schon, und erst recht in Zukunft, die benötigten Pflegefachpersonen fehlen. Deswegen, aber auch für diejenigen Menschen, die heute bereits in dem Beruf arbeiten, tun wir gut daran, auf allen Ebenen für die besten Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Damit künftig nicht nur Menschen diesen Beruf wählen und sich ausbilden lassen, sondern auch

über längere Zeit darin arbeiten. Die Sprechende freut sich sehr, dass der Stadtrat das Anliegen des Postulats grundsätzlich teilt und sich auch bereits auf zahlreichen Ebenen dafür engagiert. Dafür dankt Maria Pilotto und sie dankt auch für die ausführliche Antwort. Sie liest in der Antwort u.a. ein verhaltenes Ja zur Pflegeinitiative vom 28. November 2021, das sie hier nochmals laut betonen möchte: Ja zur Pflegeinitiative.

Sie liest in der Antwort auch, dass die Umsetzung der Umkleidezeit als Arbeitszeit durch höhere Pflegerestkosten gedeckt wird. Das ist sehr erfreulich und ein wichtiges Thema für die Leute, die in der Pflege arbeiten. Jedoch geht es hier auch um die Umsetzung des Arbeitsgesetzes und sollte eigentlich verpflichtend sein für alle Heime, und von der Stadt auch so eingefordert werden. Bessere Arbeitsbedingungen fürs Personal gehen aber über die reine Umsetzung von Gesetzen hinaus. Gefreut hat die Sprechende, dass private Spitexorganisationen auf die Wichtigkeit von Aus- und Weiterbildungen hingewiesen werden, dass diese ein Teil der Tariffberechnung sind und über die Pflegerestkosten abgegolten werden. Das findet die Sprechende ein wichtiges Beispiel der städtischen Einflussnahme und sie hofft, dass diesem Beispiel, spätestens nach der heutigen Diskussion, auch andere Gemeinden folgen werden. Es ist ihrer Meinung nach die logische Umsetzung des Grundsatzes, der bereits im Postulat zitiert ist: «...Mit der Finanzierung werden Vorgaben zur Personalpolitik verbunden.» (Art. 3d lit. d des städtischen Reglements über die Gestaltung und Steuerung der Versorgung in den Bereichen Pflege und Wohnen). Der Stadtrat sagt zwar, dass Leistungsvereinbarungen kein Instrument seien, um Kriterien von den Betrieben einzufordern. Nach Ansicht der Sprechenden ist das ein Widerspruch gegenüber dem gerade genannten Reglements Ausschnitt «...Mit der Finanzierung werden Vorgaben zur Personalpolitik verbunden.» Deshalb lohnt es sich, nochmals etwas genauer hinzuschauen. Mit einer vollständigen Überweisung möchten die Postulantinnen der SP-Fraktion, dass der Stadtrat sich mit weiteren Möglichkeiten auseinandersetzt, um die Arbeitsbedingungen in verschiedenen Pflegeberufen in der Stadt Luzern zu verbessern:

- Z.B. könnte er die Initiative ergreifen für einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) in der Langzeitpflege in der Stadt oder im Kanton. Nach dem überragenden Ergebnis der GAV-Abstimmung im Luzerner Kantonsspital und der Luzerner Psychiatrie, das seit letzter Woche bekannt ist, liegt es nahe, das Bedürfnis der sozialpartnerschaftlichen Regelung der Arbeitsbedingungen auch für andere Teile der Pflegebranche zu realisieren.
- Es könnte auch in die Richtung gehen, dass der Stadtrat die Auswirkungen der Postulatsantworten punkto Aus- und Weiterbildung oder Umkleidezeit für die nächsten Leistungsvereinbarungen beobachtet und schaut, wie damit umgegangen wird seitens der Leistungsnehmendenorganisationen, oder wie in den künftigen Leistungsvereinbarungen auch mit weiteren Belastungen im Pflegeberuf umgegangen wird (Stichwort Schicht, Nachtarbeit, Bürokratisierung des Pflegeberufs etc.).
- Oder es könnte in die Richtung gehen, im Netzwerk Alter, im Austausch der Organisationen untereinander, für bessere Arbeitsbedingungen zu sorgen.
- Last but not least könnte der Stadtrat schauen, dass bei der Viva Luzern die Anforderung nach attraktiven Arbeitsbedingungen für alle Personalklassen der Pflege nicht nur heute, sondern auch in Zukunft erfüllt werden und es soll aufgezeigt werden, wie das realisiert werden kann.

Auf die Stadt sind finanzielle Ausgaben zugekommen oder werden noch kommen, insbesondere durch die Erhöhung der Pflegerestkosten. Jedoch ist die Erhöhung der Ausgaben auch Teil der älter werdenden Bevölkerung und ein Zeichen dafür, dass uns gute Pflege und gute Arbeitsbedingungen in der Pflege tatsächlich ein Anliegen sind. Diese Arbeitsbedingungen sind nicht zum Nulltarif zu haben. Die beiden Postulantinnen der SP-Fraktion halten deshalb an der vollständigen Überweisung fest.

Jörg Krähenbühl von der SVP-Fraktion unterstützt die teilweise Überweisung des Postulats und dessen gleichzeitige Abschreibung. Eine vollständige Überweisung des Postulats lehnt die Fraktion ab. Die SVP-Fraktion stellt deshalb einen **Ablehnungsantrag**. Die Fraktion dankt dem Stadtrat für die gute und ausführliche Antwort. Die Probleme der Pflegeberufe lassen sich nicht nur mit Lohnanpassungen lösen. Die Umsetzung der vielfältigen Forderungen der Postulantinnen für darüber hinausgehende Massnahmen, beispielsweise in Form von Realloohnerhöhungen, würden sich mit den bereits bestehenden, sehr hohen Pflegerestkosten von etwa 37 Mio. Franken jährlich, zusätzlich um mehrere Millionen Franken erhöhen. Die SVP-Fraktion kann die Kostenerhöhung auf keinen Fall unterstützen. Sie versteht die abschliessende Würdigung des Stadtrates und kann nachvollziehen, wieso das Postulat nur teilweise entgegengenommen werden kann. In den Bereichen, in denen der Stadtrat Einfluss nehmen kann, besteht für die Anstellungsbedingungen vom Pflegepersonal kein besonderer Handlungsbedarf, der über den bisher bereits sorgfältigen und umsichtigen Umgang der zuständigen Stellen mit dieser Thematik hinausreicht. Deshalb kann das Postulat nach Meinung der SVP-Fraktion auch abgeschrieben werden.

MITTAGSPAUSE 11.55–13.30 Uhr

Peter Krummenacher: Die FDP-Fraktion dankt der Stadtverwaltung für die Stellungnahme auf dieses Postulat. Es ist unumstritten, dass gute Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte nicht nur aus Dankbarkeit für die Bewältigung der Coronapandemie erwünscht sind, sondern schon seit mehreren Jahren zur Bekämpfung des Fachkräftemangels erforderlich sind. In der Stellungnahme wird aufgezeigt, dass die Stadt Luzern einzig bei Viva Luzern direkten Einfluss auf die Arbeitsbedingungen von Pflegefachkräften nehmen kann und diesen auch wahrnimmt. Viva Luzern weist im Quervergleich eine hohe Personalzufriedenheit und ein gutes Lohnniveau auf. So hat eine Pflegefachperson mittleren Alters (40–45 Jahre) ein durchschnittliches Jahreseinkommen von Fr. 80'000–Fr. 85'000.–, ohne Sonderfunktionen wie fachliche Verantwortung, Leitung usw. Trotzdem ist unbestritten, dass Löhne von gewissen Pflegenden zu tief sind. Vor allem weniger gut ausgebildete und die in schlecht geregelten Arbeitsverhältnissen tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind von schlechteren Arbeitsbedingungen betroffen. Höher qualifiziertes und fest angestelltes Personal kann in der Regel auf einen angemessenen Lohn zählen. Leider hat die Stadt nur eingeschränkte Einflussmöglichkeiten für Löhne in anderen Institutionen. So hat unter anderem die Dienstabteilung Alter und Gesundheit (AGES) im Rahmen der Tariffestsetzung bei privaten Spitex-Organisationen darauf hingewirkt, dass bei auffällig niedriger Lohn-

struktur oder bei unattraktiven Arbeitsbedingungen (Pausenkürzungen, unrealistische Leistungsvorgaben usw.) die Institutionen Nachbesserungen vornahmen, welche durch die Restkosten im Rahmen der Gesetzgebung mitfinanziert wurden.

Allfällige Verbesserungsmassnahmen in einzelnen Teilbereichen oder die generelle Aufwertung der Pflegeberufe sollten aber nicht auf der Ebene einer einzelnen Gemeinde, sondern im Rahmen von Gesamtarbeitsverträgen (GAV) oder von bundesweiten Vorgaben angegangen werden. Eine Gelegenheit bildet die Volksinitiative «Für eine starke Pflege», über die am 28. November 2021 abgestimmt wird.

Da die Stadt Luzern in ihrer Rolle als Eigentümerin der Viva Luzern AG für attraktive Anstellungsbedingungen sorgt und im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch bei privaten Leistungserbringern im Pflegebereich für angemessene Löhne einsteht, hätte die FDP-Fraktion die teilweise Entgegennahme des Postulats als sinnvoll erachtet.

Eine vollständige Entgegennahme des Postulats dient der Sache nicht. Es würde für die Stadt mehr Aufwand bedeuten und denen, die die Löhne beziehen, direkt wenig bringen. Die FDP-Fraktion lehnt eine vollständige Überweisung des Postulats ab.

Marco Müller dankt den beiden Vorstösserinnen, die mit ihrem Postulat auf ein wichtiges und derzeit hoch akutes Thema aufmerksam machen. Wenn er die Antwort des Stadtrates kurz und bündig zusammenfasst, dann sagt dieser:

Wir haben kaum Einflussmöglichkeiten auf die Löhne und Arbeitsbedingungen in der Pflege, wir sind dafür nicht zuständig und allfällige dafür nötige finanzielle Mittel fehlen. Weil wir heute schon sämtliche Register ziehen, die möglich sind, betrachten wir das Thema als erledigt, halten es nicht weiter auf dem Radar und der Vorstoss soll abgeschrieben werden.

So einfach kann man es sich nicht machen, schon gar nicht in der aktuellen Situation mit dem akuten Mangel an Mitarbeitenden in der Pflege. Natürlich liegt die Hauptverantwortung für die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung bei den einzelnen Betrieben, und nicht bei der Stadt. Es ist jedoch ein komplexes Thema mit vielen Wechselwirkungen, die direkt oder indirekt einen Einfluss auf die Anstellungs- und Lohnbedingungen haben.

- Das Festlegen des Pflegetarifs durch die Stadt hat einen kausalen Zusammenhang mit den Arbeitsbedingungen. Zwar müssen die Kosten, die die Pflegebetriebe ausweisen, plausibel sein und der Betrieb auch wirtschaftlich, das sind Vorgaben des Krankenversicherungsgesetzes (KVG), die die Stadt überprüfen muss. Aber es gibt in der Stadt Luzern einen Handlungsspielraum, der genutzt werden kann und soll. So sind dem Sprechenden verschiedene Betriebe bekannt (Spitex-Organisationen und Pflegeheime), wo das Kompetenzzentrum, die Stadt, sagte, dass sie zu wenig wirtschaftlich arbeiten und die Stadt deshalb nicht alle Vollkosten im Bereich von der Pflege akzeptieren würde. Auch wenn es ein Stück weit Aufgabe ist, die Wirtschaftlichkeit zu überprüfen, wünscht sich der Sprechende, dass die Stadt Luzern Betriebe hat, die nicht nur eine sichere Pflege gewährleisten, sondern auch eine gute Pflege. Und diese kostet nun mal etwas.
- Die Stadt Zug zahlte aus ihrem Gewinn aus dem Jahr 2020 Fr. 150'000.– Corona-Bonus aus. Sie schüttete das Geld Arbeitgebern aus, bei denen sie Pflegerestkosten übernehmen. Die Stadt Zug teilte den Betrieben mit, dass sie dieses Geld für das Personal einsetzen sollten und

dass die Betriebe ihnen im Gegenzug einen Bericht abgeben sollten, für was sie das Geld einsetzen. Das Beispiel zeigt, dass auch eine Kommune, wenn sie will, etwas machen kann. Sie hat den Spielraum. Es gibt andere, die das tatsächlich machen. HRM2 und andere Vorgaben werden mitberücksichtigt. Es ist etwas möglich.

- Dem Sprechenden sind diverse ambulante und stationäre Pflegeorganisationen bekannt, die aufgrund des von der Stadt ausgehandelten, knappen Pflorgetarifs ihren Mitarbeitenden im Folgejahr keine Lohnanpassungen gewähren konnten. Das ist in der jetzigen Situation bedenklich. Man muss auch wissen, dass aus der Pflege kein Gewinn erwirtschaftet werden darf. Das ist an und für sich nicht schlecht. Aber wenn ein Betrieb sagt, er erhalte nicht mehr Geld aus der Pflegefinanzierung, er wolle aber irgendwie die Löhne etwas anheben oder eine Einmalzahlung machen, ist das schwierig zu bewerkstelligen. Gewisse Organisationen, darunter auch die Spitex Stadt Luzern, verfügen kaum über Eigenkapital, um von sich aus, aus Eigenantrieb, gewisse Verbesserungen herbeizuführen.

An den Stadtrat gewandt, sagt der Sprechende, dass auf jeden Fall Spielraum da ist, um einen grösseren Beitrag als heute schon zu leisten, damit sich die Arbeitsbedingungen der Pflegefachkräfte nachhaltig verbessern. Mit der vollständigen Überweisung des Postulats würde dem Stadtrat der Auftrag erteilt, genau das, also etwas mehr als heute, zu tun.

Der Sprechende möchte zwei Themen seiner Vorredner aufgreifen. Das Erste ist das Thema der Kostenerhöhung. Man könne dem Postulat nicht zustimmen, weil sich die Kosten erhöhten. Es ist eine Tatsache, dass die Stadt Luzern in nächster Zeit viel mehr Geld für Pflegerestkosten ausgeben muss. Die Stadt Luzern ist eine der Städte in der Schweiz, die die älteste Bevölkerung hat. Je älter man wird, umso mehr Pflegeleistungen braucht man. Der Sprechende möchte auf etwas Zweites hinweisen: Ein Pflegeheim, das einen Tarif von Fr. 1.32 hat, sagt, dass bei ihnen eine Stunde Pflege Fr. 80.– kostet. Wenn der Sprechende heute eine Fahrstunde nehmen würde, bezahlte er für eine Stunde plus/minus Fr. 95.–. Für eine Handwerkerin oder einen Handwerker im Haus, bezahlte er etwa Fr. 130.– pro Stunde, exkl. Wegpauschale etc. Weitere Berufe wie Informatik etc. möchte der Sprechende gar nicht erst nennen. Wenn man sagt, dass eine Stunde Pflege mit Fr. 80.– nicht teurer werden darf – und Marco Müller stellt das in Bezug zu anderen Berufen –, dann ist das ein Hohn für alle Leute, die in dieser Branche tätig sind und zeigt, dass gewisse Sachen in unserem System nicht ganz stimmen. Auch die Aussage, dass man eigentlich schon heute alles und genug macht und dass man deshalb so weiterfahren soll wie bisher, versteht der Sprechende nicht. Es ist richtig, es wird heute bereits einiges gemacht. Aber wenn man das Problem, das wir haben, wirklich lösen will, kann man nicht sagen, man mache es wie bisher. Dann braucht es wirklich mehr. Es braucht mehr Anstrengungen von allen Seiten: vonseiten der Betriebe, vonseiten der Berufsverbände, aber auch vonseiten der öffentlichen Hand und von den Restfinanzierern. Abschliessend möchte der Sprechende noch einen Hinweis machen:

In der Stadt Luzern haben wir zahlreiche Organisationen, die hervorragende Arbeitsbedingungen haben, es wurde erwähnt. Aber auch diese Organisationen haben Mühe, Leute zu finden. Wenn man auf die Webseite der Viva Luzern geht, sieht man, wie viele Mitarbeitende sie suchen. Die Spitex Stadt Luzern sucht krampfhaft Leute, die zum Beispiel Abenddienste übernehmen, die in der Nacht arbeiten. Man findet sie schlicht fast nicht. Deshalb braucht es mehr Anstrengungen von allen Bereichen. Es ist sicher so, dass mit der vollständigen Überweisung dieses Postulats und mit

einem überzeugten JA zur Pflegeinitiative am 28. November 2021 alle einen Beitrag dazu leisten können, der wichtig und bitter nötig ist.

Agnes Keller-Bucher: Auch die CVP-Fraktion ist mit den Postulanten einig, dass es mit Anerkennung und Applaus für das Pflegepersonal nicht getan ist. Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort, dass er bereits heute viel unternommen hat und unternimmt, um die Rahmenbedingungen für das Pflegepersonal zu verbessern. Der Stadtrat zeigt auf, dass er nur eingeschränkte Einflussmöglichkeiten hat und oft auch die Zuständigkeit fehlt. Einzig bei Viva Luzern hat er einen direkten Einfluss und dort macht er diesen geltend. Als Viva Luzern in eine gemeinnützige AG umgewandelt wurde, wurde bei der Auslagerung ein attraktiver Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für die Arbeitnehmenden abgeschlossen, den selbst die Personalverbände rühmen mussten. Auch die Dienstabteilung Alter und Gesundheit (AGES) nimmt ihre Verantwortung wahr. Sie wirkt bei privaten Spitexorganisationen darauf hin, dass die Institutionen bei auffällig niedriger Lohnstruktur Nachbesserungen vornehmen sollen.

Fakt ist aber, dass in den meisten Bereichen der Kanton oder sogar der Bund zuständig ist und die einzelnen Gemeinden keine Kompetenzen haben. An dieser Stelle darf man sicher die Volkinitiative «Für eine starke Pflege» erwähnen, über die am 28. November abgestimmt wird. Dort kann jeder Einzelne von uns ein Zeichen setzen und sich für bessere Bedingungen einsetzen. Aus diesen Gründen hätte die CVP-Fraktion die teilweise Überweisung unterstützt. Eine vollständige Überweisung kann die CVP-Fraktion jedoch nicht unterstützen. Sie lehnt das Postulat ab.

Daniel Lütolf ist der Überzeugung – wie sicher alle Anwesenden in diesem Saal –, dass Klatschen und Danksagungen alleine nicht reichen. Das wurde bereits ein paar Mal erwähnt. Es müssen Massnahmen zur Attraktivierung getroffen werden, um dem Fachkräftemangel entgegenzutreten zu können. Der Lohn ist nur ein Bestandteil einer attraktiven Arbeitsstelle, genauso wichtig sind Sachen wie Weiterbildungen, Aufstiegschancen, Arbeitsplatzsicherheit, Betriebsklima, guter Standort, attraktive Unternehmenskultur, Selbstverwirklichung im Beruf, interne Kommunikation, Anzahl der Urlaubstage und Überstundenausgleich sowie Work-Life-Balance. Der Sprechende glaubt, dass sich darüber auch alle einig sind in diesem Saal. Aber sind die Arbeitsbedingungen tatsächlich so schlecht? Dort, wo die Stadt Einflussmöglichkeiten hat, hat sie diese auch entsprechend genutzt. So hat die Stadt als Eigentümerin der Viva Luzern AG für die Arbeitnehmenden einen attraktiven Gesamtarbeitsvertrag abgeschlossen, was vorhin auch gerade erwähnt wurde, der von den Personalverbänden sehr gerühmt wurde. Also die Stadt macht dort, wo Zuständigkeiten klar sind, eine gute bis sehr gute Arbeit. Aus dem Grund hätte die GLP-Fraktion die teilweise Überweisung auch unterstützt. In dem Fall findet die Fraktion den Prüfauftrag durchaus prüfenswert. Also spricht sich die GLP-Fraktion auch für die vollständige Überweisung des Postulats aus.

Silvio Bonzanigo: Marco Müller führte unter anderem, aber doch hauptsächlich, an, dass im Kanton Zug entsprechend seiner Vorstellungen Gelder ausgerichtet worden seien. Der Sprechende findet das keinen tauglichen Vergleich. Man weiss um die Finanzkraft des Kantons Zug. Silvio Bonzanigo kennt die Situation etwas aus dem Bildungsbereich. Eine Lehrperson im Kanton Zug mit Sekundarlehrerdiplom verdiente vor wenigen Jahren mehr als eine Lehrperson mit einem Gymnasiallehrerdiplom im Kanton Luzern. Man kann immer Zug beziehen. Es hilft nichts. Es verschiebt

die Relationen nicht, wenn man immer den finanziell leicht überausgestatteten Kanton als Vergleichsbeispiel wählt. Der Sprechende hält es mit seinen Vorrednern. Einer teilweisen Überweisung hätte er zugestimmt. Diese wurde vereitelt. Deshalb wird er das Postulat ablehnen.

Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki: Arbeitsbedingungen und Löhne von Pflegenden sind seit Langem ein Thema. Die Covid-Krise hat das Thema ins öffentliche Bewusstsein geholt. Der Stadtrat dankt den beiden Postulantinnen, dass sie das Thema aufgegriffen haben und fragen, wo und wie, mit welchen Instrumenten es möglich ist, die Löhne und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Beispiele und Möglichkeiten von strukturellen Verbesserungen, die im Rahmen der Leistungsvertragsverhandlungen verwirklicht worden sind, sind in der Antwort auf das Postulat teilweise erwähnt. In den stationären Institutionen wird auf das nächste Jahr die Umkleidezeit angerechnet, was in vielen Gemeinden des Kantons noch nicht der Fall ist. Nicht erwähnt ist, dass es bei der Viva Luzern AG auf Ende Jahr vermutlich höhere Einreihungen geben wird für Anfängerinnen und Anfänger. Das heisst, Berufseinsteigerinnen und -einsteiger erhalten dann einen passenden, marktgerechten Lohn. Verbesserungen wie Anpassungen bei freiberuflichen Pflegefachpersonen auf das Jahr 2020 sind erwähnt. All die Verbesserungen wurden im Rahmen der Verhandlungen über die Leistungsverträge gemeinsam ausgehandelt. Der Stadtrat kann und will Verbesserungen erreichen, aber Verbesserungen können nicht einfach eingefordert werden. Die übergeordneten kantonalen Gesetze und kantonalen Verordnungen sind da sehr strikt. Der Kanton gibt den Mindeststandard für den Betrieb vor. Er sagt, es braucht eine ausreichende Pflege. Die Stadt setzt das um, indem sie sagt, wie viele Mitarbeitende ein bestimmtes Level (A-, B-, C-Level) haben müssen. In dem Bereich hat die Stadt Einfluss. Es gibt viele Verbesserungen, die gemeinsam entwickelt werden, die gleichzeitig einen grossen Einfluss haben auf die Arbeitsbedingungen. Ein solches Beispiel, das in der Postulatsantwort nicht erwähnt wird, ist die Einführung von geriatrischen Pflegeexpertinnen und -experten bei der Viva Luzern AG. Dieses Angebot gibt es seit zwei Jahren. Es sind zwölf Frauen mit Bachelor-Abschluss. Die Kosten dafür betragen zwischen einer bis einhalb Millionen Franken. Dank den geriatrischen Pflegeexpertinnen und -experten ist die Viva Luzern AG gut durch die Krise gekommen. Die Teams konnten gestützt werden, sie halfen bei Isolationen aus. Das sind handfeste Verbesserungen für Pflegeteams, die für die Arbeitsbedingungen wichtig sind. Für den Stadtrat ist nicht ganz klar: Einerseits will man Vorschriften machen und beruft sich auf das städtische Reglement über die Gestaltung und Steuerung der Versorgung in den Bereichen Pflege und Wohnen. Dort heisst es unter Art. 3d, lit. c: «Mit der Finanzierung werden Vorgaben zur Qualitätssicherung verbunden. Diese richten sich nach den Vorgaben einer qualitativ guten Pflege». Im Postulat wird Art. 3d, lit. d erwähnt: «Eine Finanzierung der Leistungen geht auch von einer fairen Personalpolitik der Institutionen aus. Mit der Finanzierung werden Vorgaben zur Personalpolitik verbunden.» Im städtischen Reglement heisst es aber unter Art. 3d, lit. h auch, und das ist entscheidend: «Die Gestaltung und Steuerung der Pflegeversorgung beinhaltet einen partnerschaftlichen Entwicklungsprozess der Stadt mit den Leistungserbringenden.» Dort ist der Handlungsspielraum. Die Stadt kann nicht einfach sagen, sie komme und dekreditiere etwas oder sie verlange etwas. Die Stadt kann das nur gemeinsam mit den Institutionen entwickeln. Das bedeutet gleichzeitig, dass die Institutionen, alle ausser Viva Luzern AG, das dann auch übernehmen. Marco Müller sagte, es brauche ein wenig Anstrengung, es brauche etwas guten Willen. Den Sprechenden würde es interessieren, wo die Stadt die rechtlichen Mittel hat, um das zu machen. Zum

Beispiel Zug: Die Stadt Luzern geht einen eigenen Weg und ist an langfristigen Verbesserungen interessiert. Maria Pilotto sprach von Vorschriften, z. B. vom Gesamtarbeitsvertrag, den die Stadt macht. Den Sprechenden würde es interessieren, wo die Stadt rechtlichen Handlungsspielraum hat, um die Verbesserungen einzuverlangen. Wo der kantonale Handlungsspielraum ist, ist in der Antwort auf das Postulat aufgezeigt. Vor drei Jahren diskutierte man im Zusammenhang mit dem Postulat «Unabhängige Ombudsstellen im Pflegebereich im Rahmen von Leistungsvereinbarungen sicherstellen» dazu. Der kantonale Handlungsspielraum ist klein. Der Auftrag wurde nachher so umgesetzt, dass die Stadt mit der Institution sprach und mit dieser zusammen das aushandelte. Da ist eine gewisse Asymmetrie zwischen der Vorstellung, die Stadt könne das dekretieren oder sie könne Vorschriften erlassen oder sie könne das einfach einverlangen und den kantonalen Gesetzen und Vorgaben, die das nicht einfach so erlauben. Zudem gibt es das städtische Reglement, das sagt, dass man das partnerschaftlich, miteinander entwickeln soll.

Marco Müller geht gerne auf die Frage von Stadtrat Martin Merki ein und sagt, dass er bereits in seinem Votum versuchte, darauf einzugehen. Dort, wo die Stadt Leistungsvereinbarungen mit den Organisationen im Pflegebereich abschliesst – das ist der Grossteil der Leistungserbringer in der Stadt Luzern –, hat die Stadt sehr wohl im Rahmen der Leistungsvereinbarung einen Spielraum, Sachen in die Vereinbarung hineinzupacken, die es den Betrieben ermöglicht, einfacher attraktive Arbeitgeberinnen und -arbeitgeber zu sein. Das Erste ist beim Festlegen des Tarifs, auf den man sich einigt. Es ist so, der Tarif kann wirtschaftlich sein, aber er kann den Organisationen trotzdem einen gewissen Spielraum geben. Marco Müller stellt gewisse Tendenzen fest, dass man die Wirtschaftlichkeit extrem hoch gewichtet. Es ist für ihn schon ein wenig die Frage, ob die Stadt dann sagt: «Ja, die Zitrone kann man noch etwas mehr auspressen, weil es in Zukunft mehr Pflegerestkosten geben wird». Wenn eine Bewohnerin mit einer hohen Pflegestufe oder eine Klientin mit vielen Pflegestunden wegfällt, muss die Pflegemitarbeiterin bereits am nächsten Tag freinehmen, sie muss kompensieren usw. Für ihn ist weiter schon ein wenig die Frage, ob man schaut, wie viele der gut ausgebildeten Pflegeleute in einem Bereich tätig sind und ob man anhand derer den Tarif definiert, sodass Lohnentwicklungen möglich sind. Das ist ein konkreter Bereich, bei dem die Stadt sehr wohl Spielraum hat, den sie nutzen könnte. Der Sprechende kann sich auch vorstellen, dass man zusammen mit den Leistungserbringern, auch im Rahmen des Projekts «Integrierte Versorgung», darüber diskutieren kann. Wenn wir irgendeinmal zu wenig Pflegemitarbeitende in der Stadt Luzern haben, haben wir ein Problem. Wenn man zusammen an den Tisch sitzt, ist der Sprechende überzeugt, dass dann auch Sachen herauskommen, Projekte, die vielleicht längerfristig die Anstellungsbedingungen verbessern. In der Stadt gibt es zum Beispiel nach wie vor nicht viele Kindertagesstätten, die hochflexibel sind in den Tagen, an denen Eltern ihre Kinder bringen können oder bezüglich Öffnungszeiten usw. Auch dort könnte die Stadt eine Vermittlungsrolle einnehmen. Der Sprechende ist überzeugt, dass es so Sachen gibt. Er hat auch nicht gehört, dass die Stadt bis jetzt bei den Organisationen nachgefragt hätte, wie sie ihnen allenfalls auf dem Weg dazu noch bessere Bedingungen schaffen oder sie unterstützen könnte. Das wäre für den Sprechenden auch ein Element, dass man in den Dialog geht. Es ist Marco Müller klar, dass das nicht so einfach ist. Aber es gibt auf jeden Fall Möglichkeiten und dort wünscht er sich von der Stadt ein wenig mehr Engagement, was in Zukunft auch nötig sein wird.

Maria Pilotto möchte die Gelegenheit nutzen, um die Beispiele, die bereits erwähnt wurden, zu präzisieren. Das eine knüpft an das Beispiel der Umkleidezeit an. In der Antwort des Stadtrates steht: «Folgen private Heime, die diese Regelung noch nicht kennen, diesem Beispiel, werden auch diese Mehrkosten im gleichen Rahmen mitgetragen [...]». Hier würde die Sprechende beispielsweise von der Stadt erwarten, dass sie proaktiv auf die Heime zugeht. Es geht darum, dass die Stadt quasi ein Angebot unterstützt, das nicht den geltenden Arbeitsgesetzregelungen entspricht. Die Stadt hat die Möglichkeit, dies zu berichtigen. Wenn es um die Pflegenden und ihre Arbeitsbedingungen geht, dann wäre für Maria Pilotto ein proaktiver Zugang zu den Heimen auch Teil dieser partnerschaftlichen Zusammenarbeit, welche Stadtrat Martin Merki vorhin geschildert hat. Das andere Beispiel betrifft den Gesamtarbeitsvertrag (GAV). Es geht ihr nicht um den GAV von Viva Luzern AG. Den könnte man auch wieder einmal anschauen. Der Vertrag ist ein bisschen älter und das Zitat der Gewerkschaften auch. Das Feld hat sich stark gewandelt und Viva Luzern AG steht in einer grossen Konkurrenz mit anderen Arbeitgebenden. Aber es geht der Sprechenden um einen GAV Langzeitpflege, der auch die anderen Organisationseinheiten betrifft. Maria Pilotto ist nicht GAV-Fachfrau. Aber in der Stadt Zürich beispielsweise gibt es einen GAV für die Gipser. Es ist also möglich, Gesamtarbeitsverträge auf städtischer Ebene zu haben oder auf kantonaler Ebene solche anzuregen. Das sind zwei differenziertere Beispiele, die aufzeigen sollen, wie sie sich das vorstellt, wenn die Stadt nochmals genauer hinschaut.

Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki bemerkt, dass beachtet werden sollte, wer für was zuständig ist, beispielsweise, wer Besitzer einer Institution ist, wo die Einflussmöglichkeiten sind etc. Maria Pilotto brachte das Beispiel der Stadt Zürich. Zürich hat zwei eigene Stadtspitäler und dadurch ganz andere Möglichkeiten. Bezogen auf die Situation in Luzern, ist der Kanton für die Bewilligungen zuständig; der Kanton sagt, wo der Handlungsspielraum der Stadt ist, und die Stadt nützt den Handlungsspielraum im Dialog in den Leistungsverhandlungen. Es ist nicht so, dass die Stadt nicht proaktiv auf die einzelnen Institutionen zugeht. IG Private Heime Stadt Luzern ist sehr gut organisiert. Die Stadt steht mit dieser Interessengemeinschaft in einem regelmässigen Austausch. Der Sprechende bleibt in seinen Ausführungen nun bei den stationären Einrichtungen: Wenn man in einem Heim mit Verhandlungen startet, schauen die privaten Heime (exkl. Viva Luzern AG) sehr stark auf die Viva Luzern AG. Die Informationen verbreiten sich sehr schnell, und das ist auch gut so. Deshalb findet der Dialog statt. Der Stadtrat findet den Gesamtarbeitsvertrag auch eine gute Sache. Bei der Institution der Stadt Luzern wurde der GAV eingeführt. Die Weiterentwicklung des Gesamtarbeitsvertrags ist in erster Linie Sache der Sozialpartner, d.h. vom Heim selber und von den beteiligten Verbänden, in zweiter Linie kann es auch ein Thema der Stadt Luzern sein. Marco Müller sprach die Problematik des Eigenkapitals der Spitex Stadt Luzern an. Das Problem ist bekannt und beinhaltet Fragen der Weiterentwicklung. Die Stadt schaut partnerschaftlich, mit den Institutionen zusammen, wo eine Weiterentwicklung sinnvoll und möglich ist. In den letzten Jahren ermöglichte die Stadt auch der Spitex Stadt Luzern, bei der Marco Müller Vorstandsmitglied ist, sehr viele Weiterentwicklungen. Die Spitex Stadt Luzern eröffnete sehr viele neue Standorte, weil es eine Verlagerung von stationär zu ambulant gegeben hat und so der Bedarf gestiegen ist. Aber nicht nur. Die Stadt finanzierte die qualitativen Verbesserungen, die damit verbunden waren. Der Sprechende hat das Gefühl, dass man nun an einem Punkt in der Diskussion angelangt ist, der sehr ins Detail und sehr ins Operative hineingeht und wo man für jedes Einzelne

mit Beispielen argumentieren müsste. In Luzern müsste man schauen, für welche Institutionen die Stadt zuständig ist und für welche nicht. Bei der Spitex Stadt Luzern hat die Stadt sicher mehr Spielraum als bei den stationären Institutionen, weil sie dort die Betriebsbewilligungen ausstellt. Auch bei den Pflegefachfrauen hat die Stadt mehr Möglichkeiten. Bei den stationären Institutionen hingegen weniger, weil dort der Kanton für die Bewilligungen zuständig ist. In der Antwort wurde aufgezeigt, was rechtlich möglich ist.

Entgegen dem Antrag des Stadtrates überweist der Grosse Stadtrat das Postulat 80 vollständig und schreibt es noch nicht ab.

**16 Interpellation 95, Maria Pilotto namens der SP-Fraktion vom 4. Mai 2021:
Unterstützung für pflegende Angehörige – in der Corona-Krise und
darüber hinaus**

Maria Pilotto entnimmt den Antworten des Stadtrates erfreut, dass er die Herausforderungen pflegender Angehöriger erkannt hat. Es muss nun eines der drängendsten Ziele sein, die bestehenden Angebote bekanntzumachen, wobei die Medienbeiträge der letzten Tage bereits dazu helfen. Die Diskussion über die Entlohnung pflegender Angehöriger als eine Variante im Fächer der Unterstützungsangebote – interessanterweise gemäss Stadtrat ein Milliardengeschäft –, ist ein Thema, das hier in der Stadt Luzern noch weitergeführt werden muss.

Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki macht eine Bemerkung zum angesprochenen Entlohnungsmodell und sagt an dieser Stelle genau dasselbe, was er den Medien damals sagte: Wenn es anständig gemacht wird, wenn die Institution, die Firma, die das macht, nicht zu viel abknöpft für die Vermittlung, dann findet der Stadtrat das eine gute Sache. Aber es kann nicht sein, dass die Vermittlungsaufgabe zu hohe Kosten generiert. Der Stadtrat hat übernächste Woche einen Antrag auf dem Tisch. Caritas Schweiz will in der Stadt, in Zusammenarbeit mit der Spitex Stadt Luzern, ein Modell machen. Es ist vorgesehen, dass sie selber jemanden für die Begleitung der Leute anstellen. Allfällige Gewinne setzen sie für die Begleitung und Unterstützung der pflegenden Angehörigen ein. Es ist nicht abgesprochen mit den Stadtratskolleginnen und -kollegen. Aber die Sozialdirektion findet das ein gutes und unterstützenswertes Modell. Der Stadtrat ist nicht generell gegen eine Entlohnung von pflegenden Angehörigen. Aber eine solche sollte anständig gemacht werden.

Somit ist die Interpellation 95 erledigt.

17 Interpellation 97, Jörg Krähenbühl und Thomas Gfeller namens der SVP-Fraktion vom 10. Mai 2021: Drogenkonsum im Gebiet Utenberg

Jörg Krähenbühl verlangt Diskussion.

Der Grosse Stadtrat ist damit einverstanden.

Jörg Krähenbühl: Die SVP-Fraktion ist mit der Antwort des Stadtrates auf die Interpellation nicht zufrieden. Die ernste Problematik wird heruntergespielt, es scheint als existiere keine Drogen-szene. Die SIP habe alles im Griff, die Polizei brauche es nur in dringenden Fällen. Im Sicherheitsbericht der Stadt Luzern wird jeweils die Stadt Luzern als sichere Stadt gelobt. Dabei wird viel zu viel beschönigt. Wie unsicher die Stadt Luzern im Moment ist, musste man mit der tragischen Meldung über die Vergewaltigung einer jungen Frau bei der Langensandbrücke, morgens um 4 Uhr, erfahren. Auch die Ausschreitungen im Zusammenhang mit dem FCL-Match vom letzten Sonntag beweisen, dass die Stadt Luzern den von der SVP-Fraktion gewünschten Sicherheitsstandard noch nicht erreicht hat. Die Fraktion bittet den Stadtrat, vermehrt auf die Sicherheit in der schönen Stadt Luzern zu achten, damit man sich in Zukunft ohne Angst, auch wenn es dunkel wird, wieder sicher bewegen kann.

Jona Studhalter: Das Votum von seinem Vorredner war gleich ein steiler Einstieg in die Diskussion. Der Sprechende würde das eine nicht mit dem anderen gleichsetzen. Aus Sicht der G/JG-Fraktion sind bei dieser Interpellation und der Antwort des Stadtrates zwei Sachen relevant: Einerseits die Diskrepanz zwischen der Wahrnehmung der SVP-Fraktion und den – sagen wir – erhobenen Daten des Stadtrates. Und andererseits der generelle Umgang und die Beurteilung des Drogenkonsums in unserer Gesellschaft. Die Diskrepanz muss eher der Stadtrat erklären. Für die G/JG-Fraktion scheint es plausibel, dass Jugendliche, die zusammen chillen und ein lockeres Kommen und Gehen haben, von gewissen Teilen der Gesellschaft als Dealer interpretiert werden können und das reflexartig den Polizeistaat fordert. Ob das der Realität entspricht, stellt die Fraktion durchaus in Frage. Der Sprechende will nicht abstreiten, dass auch im Gebiet Utenberg ge-dealt und gekifft wird. Die Frage ist eher, ob es signifikant mehr als sonst irgendwo in der Stadt stattfindet. Gemäss der Antwort des Stadtrates ist das nicht der Fall.

Es muss der Frage nachgegangen werden, warum Jugendliche dealen und Drogen konsumieren. Die Erklärung, man rauche einmal einen Joint, werde abhängig und kiffe von da an den ganzen Tag, ist zu einfach. So funktioniert die menschliche Psyche leider nicht. Wenn es so wäre, hätte der Sprechende gar keine Arbeit. Also muss man sich die Warum-Frage stellen. Warum kiffst Simon schon mit 16 Jahren jeden Tag zwei Joints? Weil es ihm hilft, herunterzukommen. Warum muss er denn herunterkommen? Damit er einschlafen kann und nicht drei Stunden lang sich im Bett wälzen muss. Warum ist es wichtig, dass er gut einschlafen kann? Damit er am nächsten Tag in der Lehre oder in der Berufsschule beste Leistungen zeigen kann. Warum muss er denn so eine gute Leistung zeigen? Weil die Eltern ganz grosse Ansprüche an ihn haben, dass er gleichzeitig die Berufsmatura macht, um dann doch noch studieren zu können. Der Gedankengang zeigt, dass der Konsum von psychoaktiven Substanzen nicht einfach zu erklären ist und die polizeiliche Repression da

zu kurz greift. Das hat zum Glück auch das nationale Parlament begriffen und es will Cannabis gesetzlich neu regeln. Dort braucht es eine Prävention, denn unter 21 Jahren Cannabis zu konsumieren, ist für die Hirnentwicklung extrem schädlich. Aber eine richtige Prävention braucht eine Regulierung des Staates und keinen Schwarzmarkt. Solange man sich als Parlament zweimal jährlich, einmal auf Kosten des Steuerzahlers, rituell besäuft, sollten wir nicht auf andere zeigen, die gemütlich kiffen. Zum Abschluss meint der Sprechende: Die oben beschriebene 5-Warum-Methode lohnt sich bei ganz vielen politischen Geschäften. Es zeigt, dass man sich nicht mit einer einfachen Antwort zufriedengeben, sondern noch viermal weiterfragen sollte, warum etwas so ist. Das zeigt dann meistens die Komplexität des Themas auf. – Das Risiko ist einfach, dass man dann plötzlich links wird.

Tamara Celato fühlt sich etwas im falschen Film. Die beiden erwähnten Vorfälle, die Jörg Krähenbühl angesprochen hat, haben ihrer Meinung nach nicht viel mit der Interpellation zu tun. Die psychologische Sichtweise von Jona Studhalter ist sehr spannend, hat aber ihrer Ansicht nach auch nicht viel mit der Interpellation zu tun. Es ging darum, wie die Stadt in diesen Fällen reagiert. Auch der SP-Fraktion ist bekannt, dass Utenberg als Treffpunkt von Jugendlichen durchaus genutzt wird und dass dort auch möglicherweise mit Drogen gehandelt wird. Trotzdem macht der Stadtrat in seiner Antwort klar, dass wir dort nicht mehr dieses grosse Problem haben, wie das vielleicht vor ein paar Jahren noch der Fall war, als mit Medikamenten und Drogen gehandelt wurde und deswegen auch einige Todesfälle von Jugendlichen zu verzeichnen waren. An der Antwort des Stadtrates gefällt der SP-Fraktion, dass die Massnahmen abgestuft sind und verschiedene Player miteinbezogen werden, das heisst, die Zusammenarbeit mit der SIP, mit «Akzent Prävention und Suchttherapie», mit privaten Sicherheitsfirmen, mit der Luzerner Polizei, mit dem Beratungszentrum CONTACT. Alle diese unterschiedlichen Angebote werden genannt und in unterschiedlicher Intensität dann auch einbezogen. Der Fraktion fehlt hier vielleicht bei der Aufzählung der Einbezug der Drogeninformation Luzern. DILU ist ein dreijähriges Pilotprojekt des Vereins Kirchliche Gassenarbeit, der auch von der Stadt Luzern subventioniert wird. Diesen Einbezug fände die SP-Fraktion ebenfalls wichtig. Der Stadtrat macht deutlich, dass die Verfolgung von Verkauf und Konsum von illegalen Substanzen in der Verantwortung der Luzerner Polizei liegt, dass aber die Analyse der Situation laufend und in enger Zusammenarbeit mit der Stadt passiert. Die Sprechende weiss nicht, wie man da anders reagieren könnte, auch im Hinblick darauf, dass die Stadt Luzern keine eigene Polizei mehr hat. Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für das umsichtige Vorgehen im Zusammenhang mit Suchtprävention und Schadensminderung. Was in seinen Möglichkeiten liegt, hat er in dieser Antwort gezeigt. Sie dankt auch für die aktive Zusammenarbeit mit allen involvierten Stellen.

Jules Gut dankt für die Ausführungen des Stadtrates zur aktuellen Situation im Utenberg. Für die GLP-Fraktion haben sich die Fragen geklärt. Der Sprechende weist diesbezüglich gerne auf das Postulat 330: «Teilnahme am Pilotprojekt zum kontrollierten Verkauf von Cannabis» vom 17. März 2016 hin, welches überwiesen wurde. In Basel beginnt nächste Woche die kontrollierte Abgabe. Die Stadt Luzern hat sich der Berner Lösung angehängt. Kann der Stadtrat eine Aussage machen, wann die Stadt Luzern mit dem Projekt starten kann? Der Sprechende dankt für eine kurze Klärung.

Peter Krummenacher erschrak ein wenig über den Diskussionsverlauf. Er hat fast den Eindruck, eine andere Antwort vor sich zu haben. Es geht bei dieser Interpellation um den Drogenkonsum im Gebiet Utenberg. Die FDP-Fraktion findet die Antwort des Stadtrates dazu sehr gut. Interessant ist, dass für Schularealüberwachungen ein digitales Erfassungstool eingeführt wurde. Unterbinden kann man es nicht und soll man es wahrscheinlich auch nicht, weil es Verschiebungen gäbe. In der Antwort steht dementsprechend, dass Pausenplätze grundsätzlich auf dem ganzen Stadtgebiet als Aufenthaltsorte sehr beliebt sind und dass fast überall Cannabis konsumiert wird. Das wusste der Sprechende nicht. Dass die Stadt im Bereich Prävention und Schadensminderung aktiv ist und auf die Früherkennung setzt, findet die FDP-Fraktion sehr gut und das unterstützt sie.

Agnes Keller-Bucher schliesst sich dem Votum von Tamara Celato voll und ganz an. Ihre Antwort überzeugt sehr und sie dankt dafür.

Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki: Das Oberstufenschulhaus Utenberg hat einen bestimmten Ruf betreffend Drogenkonsum. Im Moment zeigen die Beobachtungen aber, dass kein akutes Drogenproblem festzustellen ist. Dieses Fazit beruht auf Beobachtungen der Luzerner Polizei, der SIP, der Schulleitung und der Quartierarbeit. Die subjektive Wahrnehmung von jemandem, der etwas feststellt, kann sich immer unterscheiden von der Wahrnehmung und den Beobachtungen der Sicherheitsorgane, die das regelmässig machen. Es ist immer möglich, dass jemand etwas sieht, aber die regelmässige Beobachtung aktuell ein anderes Bild ergab. Der Sprechende betont, dass das die aktuelle Beobachtung ist und es nicht ausgeschlossen ist, dass sich das wieder ändert, denn die Situation ist dynamisch. Jules Gut fragte, wann es in der Stadt Luzern mit der kontrollierten Abgabe von Cannabis losgeht. In der Stadt Zürich ist es gemäss den Studienverantwortlichen im Herbst 2022 vorgesehen. Die Berner Studie ist im zweiten Halbjahr 2022 vorgesehen. Diejenigen, die bei der Berner Studie mitmachen, das ist unter anderem die Stadt Luzern, folgen dann gestaffelt. Der Stadtrat rechnet aktuell damit, dass die Stadt Luzern im ersten Halbjahr 2023 dabei sein wird.

Somit ist die Interpellation 97 erledigt.

**18 Interpellation 82, Lukas Bäurle und Michael Zeier-Rast
vom 7. April 2021:
Hauskatzen**

Lukas Bäurle beantragt Diskussion.

Der Grosse Stadtrat ist damit einverstanden.

Lukas Bäurle findet BÜSIS sehr herzlich. Er ist mit drei bis vier Katzen in Folge aufgewachsen, die regelmässig dem einzigen natürlichen Feind, dem Auto, zum Opfer gefallen sind. Damals konnte man noch mit 50 km/h durch das Quartier fahren.

Nur, mittlerweile leben 82'000 Leute in der Stadt Luzern und nicht alle können ein BÜSI halten – auch nicht während Corona – und das BÜSI draussen herumlaufen lassen, weil sonst auch sehr herzige kleine Vögel, Eidechsen und Frösche aus den Ökosystemen verschwinden. Das ist eine Tatsache, wie man in der Antwort auf die Interpellation lesen kann.

Nirgends kann der Stadtrat in seinen Antworten Entwarnung geben: Der Einfluss der Katzen auf die Wildtierpopulation ist gross, es werden geschützte Arten erbeutet, im Schnitt 11 Vögel und 20 Kleinsäugetiere pro Jahr, bei verwilderten Katzen noch viel mehr; ganze Populationen verschwinden. Massnahmen gibt es, aber sie sind viel zu wenig bekannt: Kleine Glöckchen um den Hals der Katzen binden, im Frühling die Katzen wegen der Jungvögel nicht aus dem Haus lassen, kastrieren etc.

Die Frage ist in einer ersten Phase, wie man mit diesen Informationen an die Katzenhalterinnen und Katzenhalter gelangen kann. Der Sprechende möchte, dass alle, die sich eine Katze anschaffen möchten, sich den Auswirkungen bewusst sind und die Verhaltensmassnahmen kennen. Lukas Bäurle würde es gerne sehen, wenn der Stadtrat sich das überlegt (das hat er auch gemacht) und hätte gleich ein paar Vorschläge dazu: Informationsoffensive bei Tierärztinnen und Tierärzten; im Frühling, wenn es heikel ist wegen der Jungvögel, einen Artikel im Stadtmagazin publizieren, oder Informationsschreiben an die Haushalte verteilen. In der Stadt gibt es rund 48'000 Haushalte und 16'000 Katzen. Das heisst, fast jeder dritte Haushalt hält eine Katze. Ein Teil hält auch deutlich mehr als eine Katze. Der Sprechende würde erwarten, dass der Stadtrat sich – angesichts der doch erheblichen Tragweite – nach Möglichkeit bei Kanton und Bund für die als sinnvoll erachtete Registrationspflicht einsetzt.

Zusammenfassend meint der Sprechende, dass leider einmal mehr unsere derzeitige westliche (oder Luzerner) Lebensweise an ökologische Grenzen stösst, nicht nur bei der Zahl der herumfahrenden «Autöli», den herumfliegenden «Flugis», sondern auch bei den herumstreunenden BÜSIS. Als Alternative schlägt der Sprechende vor, dass die Leute sich doch wieder etwas mehr streicheln und kraulen – mit Zertifikat sieht er dazu kein Problem.

Michael Zeier-Rast: Es gibt wichtige und weniger wichtige Vorstösse im Parlament. Das ist einer der essenziellsten Vorstösse, wenn man die Reaktion der Medien und der verschiedenen Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus dem ganzen Kanton Luzern anschaut. Man könnte meinen, man hätte in ein Wespennest gestochen. Das zeigt, dass es sich um eine ungeheuer wichtige Sache handelt. Es ist aber nur eine Interpellation. Es gibt aus verschiedenen Richtungen Gründe,

eine Interpellation zu schreiben, um über etwas mehr Informationen zu erhalten, mit dem Vorteil, dass es öffentlich wird. Es gibt im politischen Schaffen Themen, bei denen es wichtig ist, dass sie ins öffentliche Bewusstsein, in einen Prozess gelangen, ohne dass zwingend eine gesetzliche Folge daraus entstehen muss. Das ist unter anderem die Idee einer Interpellation. Heute Vormittag, auf dem Weg zum Kantonsratssaal, erblickte er beim Velostand vor seinem Haus ein Plakat, angeheftet an einer Säule, mit folgendem Inhalt: «Wer kennt Mio? Unsere Katze Mio kommt seit Längerem nicht nach Hause. Wir können ihn aber im Quartier beobachten. Bitte füttern Sie Mio nicht und lassen Sie ihn nicht in die Wohnung. Mio hat ein Zuhause, wo es ihm gut geht und er umsorgt ist.» Das einfache Plakat mit Bild, zeigt die Problematik auf, in der wir uns bewegen. Wir müssen sie nicht grösser machen, als sie ist. Aber auf der einen Seite merkt man, dass jemand emotional darunter leidet, und auf der anderen Seite sieht man, dass man die Katzen schlicht und ergreifend nicht im Griff hat. Katzen sind Raubtiere. Man kann einer Katze nicht sagen: «Fuss». Das geht nicht. Eigentlich hätte man am heutigen Tag Gitter aufziehen müssen, wie früher im Zirkus, wenn die Raubtierkatzennummer angesagt war, damit man nicht angefallen wird, um die Sicherheit zu garantieren. Die lieben, herzigen Büsis haben Potenzial für mehr als man ihnen ansieht. Alle Katzenhalterinnen und -halter tragen eine Verantwortung. Das heisst nicht, dass sie keine Katzen halten dürfen. Wenn der Sprechende beispielsweise ein Krokodil zu Hause hält, sofern ihm das erlaubt wäre, weiss er, dass er damit eine Verantwortung trägt und er das Krokodil nicht frei herumlaufen lassen darf. Auch bei Schlangen übernimmt er eine gewisse Verantwortung, wenn er diese halten will. Wenn er Vogelspinnen oder was auch immer halten sollte, dann übernimmt er diese Verantwortung auch. Es ist einfach so: Herzig auszusehen heisst nicht, dass es einfach nur herzlich ist. In der Stadt gilt der Grundsatz, die Biodiversität pflegen zu wollen. Aber wenn es ein Wesen gibt, das die Biodiversität in Gefahr bringt, ist es doppelt lächerlich, zu sagen, das sei uns egal; dann zahlen wir nämlich mehr. Man muss sich bewusst sein, was das heissen könnte, ohne jetzt eine Katzenhalterin oder einen Katzenhalter verteufeln zu wollen. Als einer der Interpellanten bittet der Sprechende den Stadtrat, die Halterinnen und Halter von Katzen zu sensibilisieren, damit ihnen klar ist, dass Katzen letztendlich Raubtiere sind und dass sie als Besitzerin oder als Besitzer einer Katze eine Verantwortung tragen und es ihnen nicht einfach egal sein kann, was die Katze macht, wenn sie aus dem Haus geht. Beim Hund darf man das nicht – bei der Katze darf man das auch nicht.

Simon Roth hatte selber nie ein Haustier, ausser Wasserschnecken. Die sind für die meisten Säugetiere und Reptilien ungefährlich. Von da her hat er nicht so einen emotionalen Bezug dazu. Er möchte aber doch den beiden Interpellanten für ihren Mut danken. Der Sprechende wollte vor ein paar Jahren selber einmal eine Interpellation in diese Richtung machen, aber er liess sich nach gutem Zureden davon abbringen. Er ist froh, dass das Thema nun diskutiert wird. Simon Roth wollte das Geschäft heute nicht selber übernehmen; es landete schlussendlich trotzdem bei ihm. Die Antworten des Stadtrates sind sehr spannend und fielen in dem Rahmen aus, den man erwarten konnte. Eine Antwort fehlte ihm jedoch, und zwar ist es die Antwort auf die Frage der Tierhalterhaftung. Wenn er beispielsweise bei sich zu Hause Tauben vergiften würde, dann würde er sich strafbar machen. Gleichzeitig gibt es für eine Halterin oder einen Halter eines Haustiers die Tierhalterhaftung. Inwiefern ist man als Halter tatsächlich verantwortlich für das Verhalten der Haustiere «in ihrer Freizeit», wenn sie ausser Haus sind? Es kommen doch etliche Vögel und Reptilien zu Tode.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Der Stadtrat verfasste eine ausführliche Antwort auf die Interpellation. Es ist ein Thema und eine Fragestellung, die den Sprechenden als Naturschutzbiologen schon stark beschäftigten, bevor er Stadtrat wurde. Manchmal muss man einem Büsi auch Katze sagen. Das heisst, wenn man sich ein Tier anschafft, muss man sich bewusst sein, dass das Tier Bedürfnisse hat. Das Tier hat eine gewisse Funktion im Ökosystem, vor allem dann, wenn es Freigang hat, wenn es ausser Haus gehen kann. Aus Tierschutzsicht entspricht es dem Wesen einer Katze, sich draussen frei bewegen zu können. Das sind Widersprüche, denen man sich sehr bewusst sein muss, wenn man eine Katze anschafft. Katzen haben einen Einfluss auf das Ökosystem, nicht zuletzt, weil sie halt auch zugefüttert werden. Wenn sie sich selber ernähren müssten, gäbe es viel weniger Katzen, weil es gar nicht so viel Futter gibt. Aber für die Katzen ist das nur ein Zusatz. Sie fressen zum Teil die Tiere, die sie erbeuten, gar nicht. Es ist einfach eine Zusatzbeschäftigung und keine wesentliche Basis für die Ernährung. Aus städtischer Sicht ist es sicher das Wichtigste, den Lebensraum so zu gestalten, dass Wildtiere möglichst viel Rückzugsmöglichkeiten haben. Es deckt sich mit der Strategie der Stadt Luzern zur Biodiversität, dass man Lebensräume schaffen kann, auch mitten in der Stadt, wo es Rückzugsmöglichkeiten gibt. Ein Dornbusch beispielsweise ist sehr günstig für viele Tiere und natürlich für die Pflanzen auch. Die zweite Priorität betrifft sicher die Öffentlichkeitsarbeit. Diese Debatte gehört dazu. Wenn man sich eine Katze anschafft, muss man sich bewusst sein, dass das Büsi, das in den ersten paar Monaten herzig aussieht, eine Katze wird und gut 15 bis sogar 18 Jahre alt werden kann. Diese Verantwortung übernimmt man auch. In unserer schnelllebigen Zeit geht es manchmal etwas vergessen, dass das Tier, das man in einen Haushalt aufnimmt, ein lebendes Tier ist, das ziemlich lang leben kann und für das man die Verantwortung für die gesamte Lebenszeit übernehmen muss. Es gibt viele Katzen in der Stadt Luzern. Man kann nicht genau sagen, wie gross deren Einfluss auf die Biodiversität ist. Es wurde die Frage nach einer Tierhalterhaftung gestellt: Der Sprechende wüsste nicht, wer den Haftungsanspruch geltend machen sollte. Die öffentliche Hand? Oder die Natur? Diese ist selber keine Rechtsperson, die sagen würde, die Katzen dieser Halter beeinträchtigen meine Biodiversität. Es ist dem Sprechenden nicht bekannt, dass es so etwas gäbe. Aber bei der Tierhaltung gibt es möglicherweise solche Massnahmen. Wenn jemand einen Löwen zu Hause hält und er diesen ab der Leine lässt, könnte er wahrscheinlich schon behaftet werden. Aber der Sprechende vermutet, dass sich die Haftungsfrage dabei nicht um den Schaden an der Biodiversität dreht. Aber das wäre zu klären. Stadtrat Adrian Borgula macht nun ein Beispiel, das tatsächlich im Moment hin und her diskutiert wird: Wenn sich Frösche selber in einem Teich ansiedeln, Lärm verursachen und den Nachbarn stören, fragt es sich, ob der Werkeigentümer dafür haftet. Die rechtliche Antwort darauf ist noch nicht eindeutig gegeben. Der Sprechende meint, dass dieses Beispiel jetzt vielleicht ein inhaltlicher Sprung von den Katzen zu den Fröschen war. Das machen die Katzen aber auf die Frösche – wobei man wieder beim Thema wäre. Der Stadtrat dankt für die Diskussion. Die Antworten und die Fragestellungen sind umfangreich, sodass man einen guten Katalog hat. Der Stadtrat wird sicherlich schauen, in geeigneter Form etwas zur Öffentlichkeitsarbeit beizutragen.

Somit ist die Interpellation 82 erledigt.

**19 Postulat 73, Jona Studhalter namens der G/JG-Fraktion vom 19. März 2021:
Die Uhr auf dem Bahnhofsplatz muss ersetzt werden**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen bei gleichzeitiger Abschreibung.

Jona Studhalter dankt im Namen aller, die ihm ein E-Mail geschrieben und sich bedankt haben, dass die Uhr wieder an ihrem angestammten Platz ist. Er dankt dem Stadtrat auch, dass er so schnell, und ohne die Parlamentsdebatte abzuwarten, gehandelt hat. Der Sprechende freut sich jedes Mal, wenn er beim Bahnhof ist, diese zu sehen und ist mit der Abschreibung einverstanden.

Somit ist das Postulat 73 überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben.

**20 Interpellation 79, Martin Abele, Mirjam Landwehr und Lukas Bärle namens der G/JG-Fraktion vom 1. April 2021:
Negative Emissionen in Zentrumsanlagen**

Martin Abele beantragt Diskussion.

Der Grosse Stadtrat ist damit einverstanden.

Martin Abele: Diese Interpellation nimmt ein wichtiges Thema auf, das einen dringenden Handlungsbedarf aufzeigt. Die Hauptverkehrsachsen sind in Bezug auf Lärm- und Luftbelastung eine grosse Problemzone. Es ist kein Schleck, an diesen Strassen zu wohnen und entsprechend unattraktiv sind diese Strassenzüge in der Regel auch, was sich wiederum in der Zusammensetzung der Anwohnerschaft widerspiegelt. Der Grund ist bekannt und wird vom Stadtrat gleich im ersten Satz seiner Interpellationsantwort genannt: «Der Strassenverkehr ist in der Stadt Luzern die dominante Quelle für Lärm- und Luftschadstoff-Emissionen.» Damit verbunden sind auch erhebliche Gesundheitsschäden; der Stadtrat führt diese anschaulich aus.

Die G/JG-Fraktion freut sich, dass der Stadtrat sich der Problematik bewusst ist und aktiv daran arbeitet, die Verkehrsmenge und die Belastung für die Bevölkerung zu senken. Dass schon 82 Prozent der Gemeindestrassen als Fussgänger-, Begegnungs- oder Tempo-30-Zonen ausgestattet sind, ist erfreulich. Die Interpellantin und die Interpellanten nehmen auch mit Genugtuung zur Kenntnis, dass die Stadt auf den Gemeindestrassen einiges unternimmt, um insbesondere die Lärmbelastung zu verringern.

Es ist bekannt, und es wird hier noch einmal deutlich, dass der eigentliche Handlungsbedarf bei den Kantonsstrassen liegt. Nicht von ungefähr trägt die vorliegende Interpellation den Titel «Negative Emissionen in Zentrumsanlagen». Damit sind nicht die Altstadt und andere verkehrsberuhigte Zentren gemeint, sondern sie zielt auf die zentralen Verkehrsachsen. Im überwiegenden Teil sind das Kantonsstrassen. Wenn der Sprechende liest, dass der Lärm-Immissionsgrenzwert entlang

des Kantonsstrassennetzes fast flächendeckend, und oft auch über dem höheren Alarmwert, überschritten wird, läuten bei ihm die Alarmglocken. Dass der Kanton bisher keine Massnahmen an der Quelle ergreift, ist beschämend. Insbesondere wenn man bedenkt, dass diese Strassen auch mit Lärmschutzfenstern im rechtlichen Sinn sanierungspflichtig sind. Auch die Luftbelastung ist an den betroffenen verkehrsbelasteten Strassen deutlich zu hoch. Es ist ungesund, an diesen Strassen zu leben bzw. sich dort aufzuhalten.

Die G/JG-Fraktion findet, dass man die Menschen, die an diesen Strassen leben, nicht im Stich lassen darf. Man muss unbedingt dafür schauen, dass auch diese Zonen siedlungsverträglich gestaltet werden. Die Grünen haben deshalb die Volksinitiative «Attraktive Zentren» lanciert und werden diese im November 2021 einreichen. Die Initiative hat zum Ziel, die vom Verkehr dominierten Ortsdurchfahrten zu attraktivieren und dort für bessere Luftqualität, weniger Lärm und mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden zu sorgen.

Welche Massnahmen dafür geeignet sind, um diese Ziele zu erreichen, legt der Stadtrat in seiner Antwort auf die Frage 4 dar: Eine Raumplanung, wo kurze Wege gefördert werden; eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs und mehr Elektrofahrzeuge; mehr Tempo 30; der Einbau von lärmreduzierenden Strassenbelägen und mehr lärmarme Pneus sowie weitere Massnahmen, die genannt werden und möglich sind. Wie eingangs erwähnt, macht der Stadtrat schon viel, um die Entwicklung in die gewünschte Richtung zu lenken. Noch viel mehr Spielraum und auch Luft nach oben gibt es allerdings beim Kanton. Der Stadtrat ist, wie zu lesen ist, im stetigen Austausch mit dem Kanton, und wie der Sprechende vernahm, findet die Stadt bei der Umwelt- und Wirtschaftsdirektion unter Fabian Peter inzwischen auch mehr Gehör für ihre Anliegen und Bedürfnisse der Bevölkerung. Der Sprechende wünscht dem Stadtrat viel Durchhaltewillen und good vibes, um den Kanton von der Wichtigkeit dieser Massnahmen zum Wohl der Bevölkerung zu überzeugen.

Roger Sonderegger dankt der G/JG-Fraktion für die wichtigen Fragen und dem Stadtrat für die hervorragenden Antworten. Sie sind fachlich hervorragend; inhaltlich sind sie eher beunruhigend. Auf die Gefahr hin, dass er nochmals dasselbe erzählt wie Martin Abele, versucht Roger Sonderegger aus seiner Sicht zu sagen, weshalb es beunruhigende Antworten sind. Man weiss eigentlich seit Jahrzehnten alles über dieses Thema. Man muss es angehen: Tempo, Beläge, Pneus etc., wie Martin Abele es ausführte. Jetzt liegen die Zahlen auf dem Tisch. Ungefähr 24'000 Menschen in der Stadt Luzern, die an Hauptstrassen wohnen, sind davon betroffen, auch der Sprechende. Er wohnt an der Luzernerstrasse in Littau. Das ist eine der sehr lauten, mit Tempo 50 befahrenen Strassen. Von da her weiss er ungefähr, wie sich das anfühlt. Früher, wenn man mit dem Velo in die Stadt fuhr, stank es auf den Strassen. Das ist zum Glück vorbei. Beim Thema Luftschadstoff wurden grosse Fortschritte gemacht. Grund dafür ist vielleicht nicht die Stadt Luzern selber, sondern eher die Euro-Normen, die funktionieren. Man sieht, es funktioniert, wenn man im Umweltbereich steuert, und bei den Luftschadstoffen sieht man es besonders. Die 24'000 Leute, die an diesen Hauptstrassen wohnen, finden nicht einfach, dass es zu laut ist. Das Gesetz sagt, dass es zu laut ist. Die Lärmschutzverordnung ist nicht eingehalten, an vielen Orten ist sogar der Alarmwert überschritten, also nicht nur der Planwert, sondern der Alarmwert. Das nehmen wir seit Jahrzehnten einfach an. Das passiert einfach bzw. es passiert einfach nichts. Dabei ist der Zustand, um es mit einem Wort zu sagen, illegal. Das Recht ist nicht erfüllt und die öffentliche Hand, in dem Fall an vielen Orten der Kanton, ist aufgefordert, zu handeln und macht es nicht. Deshalb

ist es nicht so schlecht, wenn das Parlament heute, mit seinen 48 Mitgliedern, darüber spricht; es sind 24'000 Personen in der Stadt, die davon betroffen sind.

Es wurde im Rat schon ein paar Mal über Tempo 30 auf den Hauptachsen gesprochen. Die CVP-Fraktion hat sich nicht immer für ein flächendeckendes Regime ausgesprochen, sondern eher dafür, dass man an geeigneten Stellen eingreift. Der Sprechende mag sich an zwei Voten aus der Vergangenheit erinnern: Das eine Votum kam von Jules Gut, der sagte, man sollte eigentlich die Situation vor dem Europäischen Menschenrechtsgericht einklagen können, dass das nicht gemacht wird. Er erlebte an der Spitalstrasse selber, was das für einen grossen Effekt hat. Und Korintha Bärtsch sagte einmal in einem Votum, dass Tempo 30 eine lebensverlängernde Massnahme sei. Auch sie hat recht, weil Stress die Gesundheit der Menschen beeinträchtigt und Lärm gibt Stress. Als Konsequenz überträgt sich das auf die Lebenserwartung. Das sind zwei Beispiele aus der Vergangenheit, die bereits im Rat diskutiert wurden. Die Schallschutzfenster, die eingebaut werden entlang der Kantonsstrassen, sind ein Trostpflaster, sie sind nicht eine Lösung, die rechtlich «verhebt». Der Handlungsbedarf ist alt und er ist bekannt. Die Zuständigkeit ist klar, sie liegt beim Kanton. Zum Glück – der Sprechende erfuhr es durch die Medien – gibt es nun Licht am Ende des Tunnels: Tempo 30 wird zu einem Thema, es wird im Kanton Luzern zugelassen. Die Stadt Luzern steht mit ihrem Anliegen nicht alleine da. Es gibt viele Dörfer, die in der Mitte einer Kantonsstrasse haben. Das ist genau zwischen der Migros und der Schule, genau dort, im Herzen der Siedlung, wo alles durchgeht, wo es unbedingt möglich sein muss, aus Gründen der Aufenthaltsqualität, von der Sicherheit, von den Luftschadstoffen, aber vor allem auch vom Lärm, dass man mit Tempo 30 durchfährt und nicht mit Tempo 50. Es ist Zeit für mehr Aufenthaltsqualität, für mehr Sicherheit für Velofahrende, für mehr Sicherheit für Leute, die zu Fuss unterwegs sind. Im Namen aller Leute, die an einer Kantonsstrasse wohnen – so wie der Sprechende –, sagt er danke für jeden Kilometer, bei dem es möglich ist, auf einer Kantonsstrasse weniger als Tempo 50 zu signalisieren.

Jules Gut sagt, dass das von Roger Sonderegger zitierte Votum von ihm lange zurückliegen muss. Er kann sich nicht mehr wirklich daran erinnern. Aber es zeigt, wie lange man bereits über dieses Thema spricht. Und da passt der folgende Spruch gut: Steter Tropfen höhlt den Stein. Aufgrund der aktuellen Fokusänderung des Kantons ist die GLP-Fraktion zuversichtlich, dass auch in der Stadt Luzern Bewegung in die Tempo-30-Diskussion kommt. Die Fraktion dankt dem zuständigen Stadtrat und der Stadtverwaltung fürs Dranbleiben.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Da eine ausführliche Antwort zu dieser Interpellation vorliegt, die fachlich gut anerkannt wurde, kann er sich kurz halten. Die Lärmschutzfenster sind vielleicht ein rechtliches Trostpflaster, aber wenn sie eingebaut sind, sind sie tatsächlich auch ein physisches Trostpflaster. Das muss man schon festhalten. Lärmschutzfenster erhöhen die Lebensqualität. Der Sprechende erlebte das selbst, als er eine Zeit lang an einer Kantonsstrasse, an der Pilatusstrasse, wohnte. Dann weiss man, was man hat, wenn man Schallschutzfenster hätte – bei ihnen hatte es keine. Aber er erlebte es an anderen Orten. Klar ist aber, dass Schallschutzfenster nur helfen, wenn sie geschlossen sind. Man kann das Fenster nicht öffnen, und das schränkt die Lebensqualität ein. Das strebt der Stadtrat nicht an. Auch auf städtischen Strassen besteht

noch Bedarf. Die ganze Mobilitätsstrategie lenkt darauf hin, dass man ein ruhigeres System erreicht. Gleichzeitig wird die Klimaschutzstrategie dazu führen, dass man mehr Elektrofahrzeuge hat. Bei diesen sind zwar irgendwann, wenn sie langsam unterwegs sind, die Reifengeräusche lauter. Aber sie haben natürlich einige Pluspunkte. Wenn heutzutage irgendeine alte Vespa vorbeifährt oder ein Zweitakter, riecht man das. Als Jugendlicher roch er es nicht in diesem Ausmass, weil es überall so gerochen hat. Gewisse Fortschritte wurden erreicht. Aber gerade im Bereich des Feinstaubes und im Lärmbereich gibt es noch viel zu tun. Da müssen alle daran arbeiten: Der Kanton, mit dem die Stadt in einem guten Austausch ist, aber auch die einzelnen Leute, die sich bei einer Beschaffungsfrage überlegen müssen, ob sie wirklich ein grosses Auto brauchen, das halt lauter ist, oder ob es auch ein kleineres oder gar keines tun würde.

Somit ist die Interpellation 79 erledigt.

**21 Postulat 107, Benjamin Gross namens der SP-Fraktion vom 21. Mai 2021:
E-Bike-Ladestationen**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keinen Ablehnungsantrag.

Somit ist das Postulat 107 überwiesen.

**22 Motion 13, Patrick Zibung und Thomas Gfeller namens der SVP-Fraktion vom 18. September 2020:
Sicherung des Parkplatzangebots beim Bahnhof Luzern**

Der Stadtrat nimmt die Motion als Postulat entgegen.

Patrick Zibung von der SVP-Fraktion ist damit einverstanden.

Benjamin Gross von der SP-Fraktion stellt einen Ablehnungsantrag. Grundsätzlich gibt es nie etwas gegen Studien einzuwenden. Wenn man nach Studien schlauer ist und basierend auf Fakten besser entscheidet, ist das etwas Gutes. Beim Lesen der stadträtlichen Antwort auf die Motion war der Sprechende zuerst der Meinung, dass dies vernünftig sei, noch mehr als Postulat denn als Motion. Doch nachdem er alles gelesen hatte, kamen ihm Zweifel auf, welche sich in der Debatte mit seinen Fraktionskolleginnen und -kollegen zusätzlich verstärkten. So kamen sie zum Schluss, aus den folgenden Gründen einen Ablehnungsantrag zu stellen:

Der Bahnhof wird ausgebaut, er wird grösser und das braucht Platz. Die Fraktion ist nicht der Meinung, dass der Durchgangsbahnhof zu mehr Autoverkehr führen wird. Im Gegenteil: Der schnellere Transit durch Luzern wird ein Argument dafür sein, das Auto schon vor der Stadt abzustellen und von der schnellen Verbindung durch Luzern hindurch zu profitieren. Park and Ride verlagert sich nach Meinung der Fraktion eher in die Gemeinden rund um Luzern und nicht mitten in die Stadt hinein. Das ist eine willkommene Entlastung für das verkehrsgeplagte Zentrum der Zentralschweiz. Es ist auch vielen Mitgliedern der Fraktion völlig klar, dass es weiterhin Abstellmöglichkeiten für Autos braucht. Es gibt so «Hop-on Hop-off»-Parkplätze. Wenn man dringende Geschäft erledigen muss, werden weiterhin zwei Parkhäuser zur Verfügung stehen – so sieht es im Moment zumindest aus. Dass eines der Parkhäuser den Schienen Platz macht, ist aus Sicht der SP-Fraktion nichts als konsequent bei solch einem Vorhaben, bei einer Bahnhofsvergrößerung. Es geht darum, den Schienenverkehr zu stärken. Wenn man dann auf den Gleisanlagen Platz frei bekommt, kann sich die Fraktion wirklich Schöneres vorstellen, als dort ein Parkhaus daraufzustellen. Beispielsweise ist die Rede von Parks, ohne Haus. So besteht die Chance – eine der wenigen einmaligen Chancen –, den Bahnhof, und vor allem auch die Umgebung rund um den Bahnhof, aufzuwerten. Die Fraktion findet, dass es keine Studie braucht, um das entscheiden zu können. Deshalb lehnt die SP-Fraktion den Vorstoss ab, ob als Motion oder als Postulat. Sie findet es ein falsches Zeichen, wenn sich der Grossstadtrat in dem Zusammenhang Sorgen um ein drittes Parkhaus macht.

Patrick Zibung ist fast ein wenig erschrocken, dass der Stadtrat den SVP-Vorstoss angenommen hat, wenn auch nur als Postulat – aber immerhin. Mit dem Postulat kann die Fraktion gut leben. Sie ist mit der Antwort des Stadtrates zu grossen Teilen einverstanden und es ist nachvollziehbar, dass er es als Postulat entgegennehmen will. Dass in der Antwort zu lesen ist: «Es ist unbestritten, dass die Innenstadt auch weiterhin mit allen Verkehrsmitteln erreichbar bleiben soll.», freut den Sprechenden sehr. Aufgrund dieser Aussage findet es die Fraktion wichtig, dass man die Bedürfnisse berücksichtigt und diese in die Studie einfließen lässt. Entgegen dem, was sein Vorredner sagte, wird die Entwicklung im Gebiet, wo sich heute die Gleise befinden, möglicherweise zu mehr Verkehr führen. Das wird vielleicht neue Bedürfnisse schaffen und dazu führen, dass Leute mit dem Auto dorthin kommen müssen. Der Sprechende fände es schlau, das in der Studie bzw. im Bericht und Antrag, der im Jahr 2022 herauskommt, zu berücksichtigen. Patrick Zibung bittet, das Postulat zu überweisen, damit man im nächsten halben Jahr auch über das eine intensive Diskussion führen kann.

Roger Sonderegger: Die CVP-Fraktion macht sich nicht gerade Sorgen um die Parkplätze am Bahnhof, sie macht sich aber Gedanken dazu. Die Fraktion kann das vorgeschlagene Vorgehen des Stadtrates sehr gut nachvollziehen. Der Stadtrat sagt, man macht nicht einen eigenen Bericht, aber es gibt eine wichtige und grosse Aufgabe zu lösen. Die Parkierung ist ein kleines Thema oder eines mit einem grossen Thema darin. In dem historischen Moment muss man alles auf den Tisch legen und schauen, was wo hinkommt. Die Testplanung zeigte, dass um den Bahnhof ein grosses Potenzial vorhanden ist. Es besteht auch ein sehr grosser Handlungsbedarf. Es sind sehr viele Akteure dabei und es ist etwas schwierig, wenn man einen Park oder ein Parkhaus herausgreift und sagt, das ist es jetzt, das müssen wir unbedingt machen, und für den Rest rundherum solle man

sich arrangieren. Man muss eine Auslegeordnung machen können, mit allen wichtigen Fragestellungen, mit den Installationsflächen von der Baustelle, mit den Gleisen, von denen man heute noch nicht weiss, wie das in Zukunft ausschauen wird. Deshalb ist sowohl ein Parkhaus als auch einen Park zu fordern aus dem heutigen Blickwinkel schwierig. Zur Parkierung vielleicht noch zwei Sachen:

Wir haben am Bahnhof Luzern sehr viele Parkplätze. Es sind gegen 900. Die SGV, das KKL und andere brauchen unbedingt Parkplätze. Man darf nicht vergessen: 900 Parkplätze mitten im Herzen der Stadt, das entspricht dreimal einem mittelgrossen Parkhaus in der Stadt. Das ist riesig. Der zweite Punkt ist: Alle, die heute in das Parkhaus fahren, fahren vor dem Hauptportal durch, dort wo die Velos, die Taxis sind und wo die Busse durchfahren, wo sehr viele Fussgänger unterwegs sind, die man ein- und aussteigen lassen kann, wo noch zum Teil eine Anlieferung stattfindet. Es ist dort von den Platzverhältnissen her unglaublich knapp. Ein Parkhaus am Bahnhof neu zu denken, ist sicher eine gescheite Sache. Deshalb will die CVP-Fraktion dem Stadtrat auch nicht im Weg stehen, das zusammen mit anderen wichtigen Fragen anzuschauen. Aus dem Grund ist die Fraktion einverstanden mit der Überweisung als Postulat. Die Frage kann man nicht politisch wegdiskutieren. Irgendwie muss man mit den Parkplätzen geschickt umgehen. Da will die Fraktion dem Stadtrat die Rückendeckung geben, um das im richtigen Format zu machen. Der geplante Bericht vom nächsten Frühling ist aus Sicht der Fraktion das richtige Format und kommt zum richtigen Moment.

Damian Hunkeler: Für die FDP-Fraktion ist die Fragestellung bezüglich der Parkplätze rund um den Bahnhof wichtig, denn der neue Bahnhof als Hub für den öffentlichen Verkehr, mit all den weiteren Attraktionen, allenfalls auch neuen, die um das Areal entstehen, muss gut erreichbar sein. Dazu braucht es genügend Parkplätze. Die FDP-Fraktion kann dem Stadtrat mit der Entgegennahme als Postulat in dem Sinne folgen, als dass er eine Parkierungsstudie erstellt und seine Erkenntnisse, kombiniert mit der gesamten Arealentwicklung, in einem Bericht und Antrag präsentieren wird. Selbstverständlich wird die FDP-Fraktion dann die Schlüsse des Stadtrates in Bezug auf die Bedürfnisse des bis dahin weitestgehend elektrifizierten Individualverkehrs – bis dann wird es EIV heissen und nicht mehr MIV – sehr genau unter die Lupe nehmen und diese kommentieren.

Martin Abele: Die G/JG-Fraktion ist bereit, das Postulat, so wie die Antwort des Stadtrates den Weg weist, entgegenzunehmen. Im Gegensatz zur SP-Fraktion glaubt die G/JG-Fraktion, dass die Studie durchaus Sinn macht, weil sie nur aufzeigen kann, dass es deutlich weniger Parkplätze im Raum Bahnhof brauchen wird. Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort selbst: «Infolge der Veränderung der Mobilität ist absehbar, dass in Zukunft insgesamt weniger Parkplätze nötig sein werden als heute.» Der hoffentlich bald realisierte Durchgangsbahnhof wird die Erreichbarkeit mit dem öffentlichen Verkehr grundlegend und bei Weitem verbessern. Aus Sicht der G/JG-Fraktion ist es absolut unnötig, dass man überhaupt noch mit dem Auto so nah an den Bahnhof fährt. Dass es dort gewisse Nutzungen gibt, die einen Anspruch erheben, dass auch mit dem Auto herangefahren werden kann, muss man dann im Detail anschauen und klären, wie gross der Anspruch effektiv ist. Aber die G/JG-Fraktion ist der Meinung, dass es sicher kein neues Parkhaus geben wird. In der Antwort des Stadtrates ist auch nicht erwähnt, dass ein solches geplant wäre. Die Fraktion ist der Meinung, dass man eher noch weiter reduzieren sollte. In dem Sinn ist sie dafür, dass geprüft wer-

den soll, wie viele Parkplätze es erträgt, nachdem man dann so eine gute Anbindung an den öffentlichen Verkehr hat. Der Sprechende erinnert daran, dass der Stadtrat gerade in der vorderen Diskussion zu den Zentrumsanlagen sagte, dass es wichtig sei, dass der Ausbau von Park-and-Ride-Systemen auch in der Peripherie ausgebaut wird. Das sind die richtigen Massnahmen. In dem Sinn vertraut die G/JG-Fraktion, dass das so geschieht und sie den Vorstoss so als Postulat überweisen kann. Sollte es anders kommen, kann immer noch Gegensteuer gegeben werden.

Stefan Sägesser: Die GLP-Fraktion sieht es in etwa ähnlich. Wenn es einen Moment gibt, um eine Überprüfung zu machen, dann ist es jetzt. Es wird aber auch nicht die letzte sein, muss man ehrlicherweise sagen. Weil erstens schreibt der Stadtrat von einem allfälligen Ersatz des Parkhauses P1, zweitens gibt es den Klimabericht, zu der eine grosse Diskussion um Parkhausreduktionen ansteht, und zwar bei privaten wie bei öffentlichen Parkhäusern. Das muss man in die Waagschale werfen. Dazu weiss man noch gar nicht, ob der Durchgangsbahnhof kommt. Damit dieser realisiert werden kann, muss man sich noch sehr anstrengen. Und drittens ist im Zusammenhang mit dem Klimabericht zu sagen, dass das alle angeht. In der vorherigen Diskussion um Hauskatzen sprach man auf grossartige Weise von Eigeninitiative und Verantwortung. Auch der Stadtrat sagte, dass jeder und jede eine Verantwortung trägt. Doch leider ist es nicht nur bei den Hauskatzen so. Wir müssen in unserem ganzen Leben Verantwortung übernehmen. Das würde der Sprechende auch auf den Klimabericht beziehen und sagen: Ja, wenn es wirklich ein Anliegen ist, dass uns das etwas angeht, dann müssen wir a) die Leute befähigen, zu verstehen, was der Klimabericht beinhaltet und was die Aufgabe von jedem von uns selber ist, und b) muss geschaut werden, was das Gemeinwesen dafür machen kann. In dem Zusammenhang schliesst der Sprechende sein Votum symbiotisch und lässt das Parkhaus mit dem Klimabericht verschmelzen, an einem neuen Schmelzpunkt, dem neuen Durchgangsbahnhof – wenn er dann kommen sollte – und sagt: Schauen wir es an und entscheiden wir danach. Die Überweisung als Postulat ist für die GLP-Fraktion in Ordnung.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula teilt mit, dass die Studie schon läuft. Nicht zuletzt aufgrund der Ergebnisse der Testplanung sah man, dass es eine Fragestellung ist, bei der man für eine gute Entscheidungsfindung fachliche Unterlagen haben muss. Das sagte auch der Sprecher der SP-Fraktion einleitend. Fachliche Grundlagen, Fakten für Entscheidungen sind hilfreich. So ist es auch gedacht. Man will schauen, für welche Zwecke das Parkhaus heute genutzt wird. Dann gibt es eine zweite Studie, die gesamtverkehrliche Studie, die der Kanton macht. Der Kanton sagt, was er eigentlich auf dem Zulauf zum Durchgangsbahnhof und als Transitverkehr im Raum Bahnhof in Zukunft sieht. Diese Studie läuft, um in diesem Bereich eine Abstimmung zu finden. Der Stadtrat klärt, was es für einen Bedarf gibt, nach der Prognose, die man heute stellen kann. Das ist erst der erste Schritt eines Entscheids, nämlich mit den Fakten eine Auslegeordnung machen. Es gibt nachher immer noch eine politische Möglichkeit, bei der man sagen kann, fachlich sieht man es so, aber politisch will man noch etwas weiter oder etwas weniger weit gehen. Das ist dann der politische Prozess, der danach folgt. Dieser startet zu diesem Thema beim Bericht und Antrag II zum Durchgangsbahnhof. Der Sprechende plädiert dafür, dass man die Studie macht, dass man die Auslegeordnung macht, damit man faktenbasiert über Parkplätze diskutieren kann. Es scheint dem Sprechenden, dass es eine Diskussion ist, die manchmal etwas emotionsgeladen ist. Zu dem

Zeitpunkt wird auch der Klimabericht diskutiert sein. Dann kann man schauen, was die Stadt in dieser Beziehung für einen Standpunkt hat. Doch die Stadt ist nicht die einzige Entscheidungsträgerin. Aber man kann damit einen guten Entscheid vorbereiten. Deshalb macht der Sprechende beliebt, wie es der Stadtrat macht, die Motion als Postulat zu überweisen. In der Motion wird der Stadtrat gebeten aufzuzeigen, wie die Parkplätze ersetzt werden. Wenn man es genau liest, heisst es eigentlich: Die gleiche Zahl soll ersetzt werden. Der Stadtrat geht nicht davon aus, dass man die gleiche Anzahl Parkplätze ersetzen muss, was er in der Antwort auf die Motion auch festhielt.

Der Grosse Stadtrat überweist die Motion 13 als Postulat.

**23 Motion 20, Marco Müller namens der G/JG-Fraktion
vom 1. Oktober 2020:
Stadtpark beim Bahnhof Luzern**

Der Stadtrat nimmt die Motion als Postulat entgegen.

Marco Müller: Die G/JG-Fraktion ist damit einverstanden, dass die Motion als Postulat überwiesen wird. Das Thema Durchgangsbahnhof hat in den letzten Jahren an Aufmerksamkeit gewonnen. Es ist ein Generationenthema, die Realisierung liegt weit in der Zukunft. Es wird mindestens noch zwei Jahrzehnte dauern, bis der Durchgangsbahnhof realisiert werden kann. Oftmals gehen solche Vorhaben noch viel länger als gedacht. Deshalb ist es wichtig, bereits heute die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen. Das ist der Grund, weshalb der Sprechende die Motion eingereicht hat. Marco Müller dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die aufschlussreiche Antwort. Die Begründung, weshalb der Stadtrat die Motion als Postulat entgegennimmt, nämlich dass eine Anpassung in der Bau- und Zonenordnung (BZO) nicht das richtige Instrument ist wegen dem Horizont einer BZO von 10–15 Jahren, leuchtet der G/JG-Fraktion ein. Es ist für sie klar, dass die Gleisfelder in den nächsten ungefähr 20 Jahren noch gebraucht werden und deshalb kann man sie noch nicht in Grünzonen umteilen. Der Sprechende ist erfreut, dass der Stadtrat der Schaffung von genügend öffentlichem Frei- und Grünraum beim Bahnhofsareal einen grossen Stellenwert beimisst. Gerade vor dem Hintergrund, dass möglicherweise nicht so viele Flächen frei werden wie ursprünglich angedacht und auch weil die Flächen, die frei werden, sogenannte Filetstücke sind, womit man sehr viel Geld machen kann und sich sehr viele Leute darum reissen werden, ist es wichtig, dass man frühzeitig den Fuss in die Türe hält, damit es sich in die Richtung entwickelt, wie die G/JG-Fraktion es will. Auf den nächsten Schritt, auf das in Aussicht gestellte Freiraumkonzept, ist die Fraktion sehr gespannt. Der Sprechende hofft, dass alle hier im Saal zusammen einen Beitrag leisten, dass rund um den Bahnhof Luzern nicht ein zweiter Hauptbahnhof Zürich entsteht, wo auch jedes noch so kleine Stückchen Land entweder mit Beton überbaut oder der Boden versiegelt ist. Es ist unsäglich, dass es dort überhaupt keinen Frei- und Grünraum und null Aufenthaltsqualität hat. Beim geforderten Stadtpark wird sich noch zeigen, ob dies ein zusammenhängender Grünraum sein wird, oder ob es – in Anbetracht dessen, dass es zum Teil zerstückelte Grundstücke mit speziellen Grundrissen sind, weil sie zum Beispiel in die Länge gezogen sind – auch Sinn machen kann,

mehrere kleine Parks zu machen. Da ist die Fraktion relativ offen. Sie hat nicht verstanden, dass es einen grossen Stadtpark geben soll, dass es eine zusammenhängende Fläche sein soll, sondern das Anliegen ist, dass von der frei werdenden Fläche zirka ein Drittel für Grünraum zur Verfügung gestellt wird.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine weitere Wortmeldung.

Somit ist die Motion 20 als Postulat überwiesen.

Jules Gut stellt einen Rückkommensantrag. Wenn Marco Müller dermassen lange spricht, möchte er auch etwas dazu sagen.

Dem Rückkommensantrag wird stattgegeben.

Jules Gut ist nur teilweise mit dem Motionär einverstanden. Die GLP-Fraktion ist sehr einverstanden, dass sich die Stadt bei der Neugestaltung der freizuspielenden Flächen intensiv um das Thema Freiraum und auch Grünraum kümmern muss. Entgegen den Forderungen in der vorliegenden Motion ist die Fraktion aber klar der Ansicht, dass in der aktuellen Planung der Stadt das Thema sehr intensiv jetzt und unmittelbar bereits bearbeitet wird. Zurzeit steht konkret das Freiraumkonzept als nächster Schritt an. Wie beim vorangehenden Traktandum muss man klar sagen, dass das heute schon läuft. Die GLP-Fraktion hat aber dazu noch viel grundsätzlichere Gedanken. Wir sprechen hier vom absoluten Zentrum der Stadt Luzern. Top zentral, mitten im Herzen der Stadt. Ausgerechnet hier soll ein ausschliesslich grosser, grüner Stadtpark realisiert werden. Hand aufs Herz: Die Stadt Luzern ist eine sehr kleine Stadt. Das dicht bebaute Zentrum ist im nationalen und erst recht im internationalen Vergleich sehr bescheiden: Der Fussweg vom Bahnhof bis zum Bireggwald beträgt knappe zwei Kilometer. Der Fussweg vom Bahnhof bis zum Gütschwald beträgt knappe 1,7 Kilometer. Vom Bahnhof bis zum See sind es ein paar wenige Meter. Um nicht falsch verstanden zu werden: Selbstverständlich, die Themen Freiraum und Stadtklima sind auch der GLP-Fraktion sehr wichtig; im Hinblick auf die ganze Klimadiskussion noch viel mehr. Aber als Städteplaner sind sie überzeugt, dass in einer modernen Stadt- und Quartierplanung gute Qualitäten auch ohne einen zwei Hektar grossen Stadtpark geschaffen werden können. Wie am Anfang erwähnt, sind diese Themen in der aktuellen Planung fest verankert und bilden wichtige Eckpunkte für die weiteren Schritte. Zum Schluss wendet sich der Sprechende an Marco Müller und sagt: Er als Städter findet die Europaallee [Zürich] nicht nur schlimm. Im Gegenteil: Er findet es recht cool, international, dynamisch, was dort abgeht. Die GLP-Fraktion ist mit der Überweisung als Postulat einverstanden. – Das wurde ja schon geregelt.

**24 Motion 61, Marco Müller und Mirjam Landwehr namens der G/JG-Fraktion vom 5. Februar 2021:
Jetzt die Weichen stellen: Planungsbericht Areal Kleinmatt/Biregg**

Der Stadtrat nimmt die Motion teilweise entgegen.

Marco Müller von der G/JG-Fraktion hält an der vollständigen Überweisung fest.

Thomas Gfeller von der SVP-Fraktion stellt einen Ablehnungsantrag.

Marco Müller: Beim Lesen der Antwort auf die Motion wird klar, dass der Stadtrat die meisten Teile der Forderungen unterstützt. Der Ansatz des geplanten partizipativen Verfahrens auf dem Areal finden die Motionärin und der Motionär richtig und wichtig. Es nimmt sie wunder, von der Baudirektorin Manuela Jost zu erfahren, an welche Anspruchsgruppen sie bei diesem grossen, spannenden Areal denkt.

Beim Definieren der Forderungen in dieser Motion wird nicht zu viel vorgegeben. Auch unter Einhaltung dieser Forderungen ist ein ehrlicher, partizipativer Prozess möglich. Es ist nicht zwingend, dass es in einem partizipativen Prozess keine Vorgaben gibt, solange klar ist, was die Rahmenbedingungen sind, innerhalb welchen man sich dazu äussern kann. Wer, wenn nicht wir seitens der Politik, sollen als Besitzer des Areals Kleinmatt/Biregg legitimiert sein, um übergeordnete strategische Richtlinien zu definieren, in der Form von Themenfeldern, die aus gesamtstädtischer Sicht, aus sozialpolitischer oder aus ökologischer Perspektive zwingend berücksichtigt werden sollen. Sollte sich beim Mitwirkungsverfahren zeigen, dass es von verschiedenen Seiten in Bezug auf einzelne Forderungen massiven Widerstand gibt, hätte man immer noch die Möglichkeit, im Rahmen des Planungsberichts nachher seitens Parlament darauf einzugehen und zu sagen, weil es gegen gewisse Themen sehr grossen Widerstand gibt, kommt man allenfalls nochmals darauf zurück. Der Sprechende wird beim Lesen der Antwort den Eindruck nicht ganz los, dass der Stadtrat sich noch nicht festlegen will, was dort genau passieren soll. Er will möglichst viele Optionen offenhalten.

Doch aus der Erfahrung von verschiedenen partizipativen Prozessen, die die Stadt schon durchgeführt hat, weiss man, dass wenn recht viel offen und alles möglich ist, man die Leute in diesen Prozessen enttäuscht, weil sie das Gefühl haben, dass alles möglich ist, was aber am Schluss nicht der Fall ist. Deshalb ist die G/JG-Fraktion der Meinung, dass es durchaus Sinn macht, zu sagen, wie die Vorgaben in etwa sind. Der Punkt mit den 100 Kleinwohnungen und den ungefähren Angaben zu den Mietpreisen dürfte dabei am meisten zu diskutieren geben. Man kann der Ansicht sein, dass das zu wenig Spielraum offenlässt. Die Fraktion sieht das aber anders. Zum einen gibt es einen dringenden Bedarf an zahlbaren altersgerechten Wohnungen in der Stadt Luzern. Das ist hier im Parlament bereits x-fach ein Thema gewesen. Wo, wenn nicht auf einem Areal, das der Stadt Luzern gehört und sehr gross ist, das in einem Quartier liegt, das sehr gut durchmischt ist, macht es Sinn, so eine Vorgabe zu definieren? Man kann auch sagen, dass der Design-to-Cost-Ansatz vielleicht eine etwas kritische Sache ist, weil es zum Beispiel zulasten der Ökologie geht oder zulasten anderer Anliegen, die man hat. Der Sprechende ist aber der Meinung, dass es funktioniert. Es gibt verschiedene Gründe dazu: Der erste Grund ist, dass dieser Ansatz in der Privatwirtschaft oder auch von Privaten oft angewendet wird. Man hat eine bestimmte Menge Geld zur Verfügung

und schaut, was man damit machen kann. Auf dem Areal wird gemeinnütziger Wohnungsbau realisiert. Betrachtet man in der letzten Ausgabe des abl-Magazins den Wohnungsspiegel auf Seite 4, dann sieht man, dass abl als grösste Wohnbaugenossenschaft extrem wenige Klein- und Kleinstwohnungen hat. Das Areal Kleinmatt/Biregg ist für kleine Wohnungen und Kleinstwohnungen prädestiniert. Wenn man das vom Rahmen her anschaut: Man spricht davon, dass eine Eineinhalb-/Zweizimmerwohnung Fr. 1'300.– kosten darf, wenn die Fläche klein ist und man auch sonst gewisse Sachen reduziert. Man schaut beispielsweise, dass die Treppenhäuser oder die Zugänge draussen sind, damit sie nicht geheizt werden müssen etc. Da kann man vernünftige Wohnungen erstellen, die für einzelne Personen Fr. 1'300.– kosten und für ein Ehepaar oder einen Zwei-Personen-Haushalt Fr. 1'575.–. Es ist heutzutage möglich, solche Vorgaben zu machen, gerade wenn man in solch einen Wettbewerb steigt. Wohlgemerkt, man spricht von kleinen, einfachen Wohnungen, die auf dem Markt sehr gesucht sind oder bei denen der Markt nicht spielt. Von daher dankt der Sprechende allen Kolleginnen und Kollegen aus dem Rat, welche dieses Vorhaben unterstützen und einen Beitrag leisten, dass man das Problem lösen und das tolle Areal nutzen kann, um etwas Kreatives entstehen zu lassen, das dem Problem Herr und Meisterin wird.

Damian Hunkeler: Die Motionäre rennen offene Türen ein, denn das Areal Kleinmatt/Biregg ist ein prominentes Entwicklungsareal im Zentrum der Stadt. Das zeigt sich allein schon daran, wie viele Planungsarbeiten schon darin investiert wurden. Die FDP-Fraktion hätte das beschriebene Vorgehen des Stadtrates unterstützen können mit der teilweisen Entgegennahme. Keinesfalls aber kann die Fraktion eine vollständige Überweisung dieser Motion unterstützen, denn diese Vorgaben sind zu strikt. In dem Sinn lehnt die FDP-Fraktion die Motion ab.

Thomas Gfeller: Die SVP-Fraktion wäre mit einer teilweisen Entgegennahme der Motion einverstanden gewesen. Eine vollständige Überweisung lehnt die Fraktion aber ab. Warum lehnt die Fraktion sie ab? Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort ziemlich klar, dass es nicht angeht, dass man bereits im Vorfeld verbindliche Eckwerte und Zielsetzungen definiert, bevor überhaupt eine Studie oder ein vertiefter Planungsbericht vorliegt. Das Resultat aus den Studien mit den partizipativen Prozessen aus der Bevölkerung soll möglichst nüchtern und neutral aufzeigen, welche Bedürfnisse und Interessen vorhanden sind, und wie man diese zukünftig umsetzen kann. Wenn man den Raster bereits im Vorfeld so eng setzt, führt das aus Sicht der SVP-Fraktion zu einer Verzerrung und einer nicht gerechten Bedürfnisabklärung, aus der man eventuell falsche Schlüsse zieht. Gemäss Stadtrat soll der Planungsbericht Mitte Mai 2023 vorliegen. Diesen soll man nun zuerst abwarten und dann über das weitere Vorgehen diskutieren. Wie bereits eingangs erwähnt, lehnt die SVP-Fraktion die vollständige Überweisung der Motion ab.

Peter Gmür: Die Motionärin und der Motionär verlangen, dass auf einem sehr spezifischen Stück Land ein sehr spezieller Planungsbericht erstellt werden soll. Das ist für die CVP-Fraktion sehr unverständlich, denn es gibt bekanntlich bereits einen Bericht und Antrag aus dem Jahr 2017, der genau vorschreibt, wie die ganze Sache ablaufen soll, wenn die Stadt Land an Genossenschaften abgibt. Die Stadt spricht bekanntlich mit dem G-Net Luzern und den anderen Genossenschaften. Aufgrund von dem versteht die Fraktion nicht ganz, was die Motion will. Es wurde bereits erwähnt: Das

meiste findet sowieso statt, sei das die 2000-Watt-Siedlung, sei das eine einigermaßen publikumsorientierte Erdgeschossnutzung, sei das ein ökologisch wertvolles Umfeld, seien das Genossenschaftswohnungen. In diesem Punkt gibt der Sprechende Marco Müller teilweise recht: Die Genossenschaftssiedlung Himmelrich ist ein ungemein schlechtes Beispiel. Es ist ein Luxusgenossenschaftsbunker, der die Idee der Genossenschaften überhaupt nicht erfüllt. Trotzdem, die Kette ist so streng für die Eingabe, da fragt sich der Sprechende einfach, wer das nachher bezahlen soll. Wer soll die ertragsschwachen Kleingewerbler unterstützen, die kaum Miete zahlen sollen in den Grundstücken? Jemand muss es bezahlen. Ist es der Steuerzahler oder sind es die Genossenschafter, die in dieser Siedlung sind, die mehr Miete bezahlen? Sind Genossenschaften bereit, diesen Bau überhaupt zu machen, wenn sie wissen, sie werden nicht so viel daran verdienen? Zur Vorgabe mit den 100 Kleinwohnungen fragt der Sprechende, weshalb man nicht 80, 120 oder 130 Kleinwohnungen verlangt. Wie kommt man auf die Zahl 100? Wird das in zehn Jahren immer noch ein Bedürfnis sein? Mit dem Design-to-Cost-Ansatz kann der Sprechende gut leben. Aber wie gesagt, der Stadtrat sagt es selber: Eigentlich besteht ein Bericht und Antrag aus dem Jahr 2017 und so sollte man vorgehen. Die CVP-Fraktion lehnt die Motion ab.

Mario Stübi fragt Peter Gmür, ob er Mitglied einer Wohnbaugenossenschaft ist, denn es scheint ihm, dass dieser keine Ahnung von einem genossenschaftlichen Wohnungsbau hat. Die SP-Fraktion tat sich etwas schwer mit dieser Motion. Auch sie wäre mit der Überweisung als Postulat einverstanden gewesen. Aber die SP-Fraktion kann das Bedürfnis der G/JG-Fraktion nachvollziehen, hier eine gewisse Verbindlichkeit einzufordern, damit es gemacht wird. Gemacht wird es sowieso, aber wie ist die Frage. Und hier kann man etwas vorspüren. Gewisse sehr genaue Vorgaben wie Anzahl und Grösse der Wohnungen gehen der SP-Fraktion etwas weit und mit dem Prinzip Design to Cost hat die Fraktion grosse Sorgen, nicht nur in dem Bereich, sondern allgemein, ob das im Strassenbau oder irgendwo ist. Wenn nur die Kosten das Prinzip sind, ist es inhaltlich sofort zweit-rangig. Da hat die Fraktion grundsätzlich Vorbehalte. Die SP-Fraktion wird der vollständigen Überweisung aber grossmehrheitlich zustimmen und freut sich auf ein dereinst gutes, genossenschaftlich erstelltes Areal.

Stefan Sägesser: Die GLP-Fraktion hätte einer teilweisen Überweisung der Motion zustimmen können. Aber da sind nun spezifische Partikularinteressen, von denen der Sprechende sagen muss, dass ein kurliger Zusammenhang zwischen Leuten mit Migrationshintergrund und Einkommensschwachen hergestellt wird. Wo sind all die anderen, die auch Bedürfnisse hätten? Insofern ist es schwierig. Es werden auch Forderungen gestellt, die eigentlich schon erfüllt sind, die man nicht stellen muss, von denen die Grundlagen heute vorhanden sind. In der Alterspolitik sagt man, dass man in den Quartieren spezifische Angebote schaffen will, damit die Leute das Quartier nicht verlassen müssen und dortbleiben können. Das Bewusstsein für kleinere Wohnungen muss geschärft werden. Das sind alles Themen, die man in den Quartieren umsetzen will. Man will nicht einen Cluster machen für Randständige, dann einen für diejenigen mit wenig Geld, einen für alle Leute mit Migrationshintergrund oder einen für Altersheime für Leute mit Migrationshintergrund – das Angebot gibt es noch nicht und müsste man auch noch machen. In der Antwort des Stadtrates sieht man, dass er die Grundproblematik kennt, sie überprüfen will und dass er mit den entsprechenden Playern im Gespräch ist. An den Motionär Marco Müller gewandt, sagt Stefan Sägesser,

dass das in der Motion formulierte Anliegen bei der GLP-Fraktion auf offene Ohren stösst, aber dass man das nicht konsolidiert an einem Ort prüfen können sollte, sondern über die ganze Stadt. Nachher kann man die verschiedenen Interessen abwägen und sie im Rat diskutieren. Dann ist es nicht nur die Frage nach Einkommen oder nach Cluster, und nicht die Frage, zu welcher sozialen Schicht man sich zugehörig fühlt, das gilt beim Geschlecht genauso, sondern man kann es diskutieren, eine Güterabwägung machen und sagen, was man in welchem Moment höher gewichtet. In dem Zusammenhang möchte der Sprechende sein Votum mit dem Thema Eigenverantwortung schliessen. Diejenigen, die ablehnen wollen, sollen es bitte nicht über die Medien machen, sondern als Genossenschafter selber die Verantwortung übernehmen und dort an einer Veranstaltung sagen, dass man das gerne anders ausgerichtet hätte. Das gilt für andere Genossenschaften auch. Und zur Klärung merkt der Sprechende an, dass er selber lange Genossenschafter war. Die GLP-Fraktion lehnt die Überweisung als Motion ab.

Roger Sonderegger: Auf die Gefahr hin, dass er auch noch disqualifiziert wird, sagt Roger Sonderegger, dass er schon seit 15 Jahren im Vorstand einer Baugenossenschaft tätig ist. Er probiert, diesen auch eine Stimme zu geben. So viel er weiss, gibt es neben der ablehnenden noch zweiundzwanzig andere, die auch günstige Wohnungen bauen können und das auch seit vielen Jahrzehnten machen. Am Schluss muss jemand bauen, was der Rat hier zu planen versucht. Die Stadt hat eine strategische Partnerschaft mit dem G-Net, d.h. mit den Baugenossenschaften, die sich extra zu dem Zweck zusammengeschlossen haben. Diese sind bereit und sie wollen Wohnungen bauen. Sie wollen günstige Wohnungen bauen für alle Anspruchsgruppen. Es gibt verschiedene Anspruchsgruppen. Wenn man an eine grosse Aufgabe herangeht, ist es schon etwas schwierig, wenn am Anfang zuerst einmal gesagt wird, das und das müsst ihr unbedingt mitnehmen, denn in der Baudirektion arbeiten Profis, die den ganzen Tag nichts anderes machen als planen. Sie werfen alles in die Waagschale. Die Stadt hat eine Raumentwicklungsstrategie, eine Alterspolitik, eine Wohnraumstrategie, Peter Gmür erwähnte es, es gibt auch einen Bericht und Antrag, der genau die Mechanik festlegt, wie man ein Grundstück der Stadt Luzern vergibt. All das wurde in einem jahrelangen Prozess miteinander ausgehandelt. Nun kommt man und sagt, das gilt nicht. Wir machen alles so, wie wir es jetzt gerade gut finden, in unserem kleinen Grüppchen. Das findet der Sprechende etwas schwierig. Wieso lässt man die Profis nicht ihre Arbeit tun und wartet ab, was sie sagen, was an diesem Ort gut passt? Sie können das abklären und gut einschätzen. Die Politik kann nachher immer noch sagen, dass sie es anders sieht. Aber am Anfang schon, als Hobbyparlamentarier zu sagen, wir wissen es besser als die Profis, die notabene in einer Partnerschaft mit dem G-Net stehen, ist eine etwas schwierige Logik. Dann macht man einen Planungsbericht und dann noch einen Planungsbericht, wenn wir fertig sind für die Abgabe – oder wie sollte das funktionieren? Der Sprechende plädiert dafür, die Strategie, die aufgestellt wurde, zu fahren, die Profis ihre Arbeit machen zu lassen, die Motion abzulehnen und die Vergabe nach den Regeln der Kunst, die alle miteinander abgemacht haben, zu machen. Am Schluss muss das jemand bauen. Sie stehen in einer Partnerschaft, mit der auch die Baudirektion arbeiten können muss.

Marco Müller möchte auf zwei Sachen eingehen, die vorhin angesprochen wurden. Der erste Punkt betrifft die Frage, warum es gerade auf diesem Grundstück so eine grosse Anzahl an altersgerechten Kleinwohnungen geben muss. Der Sprechende fragt zurück: Wo, wenn nicht auf dem

riesengrossen, noch zu entwickelnden Areal, soll so etwas in nächster Zeit realisiert werden, wenn man weiss, wie viele altersgerechte Kleinwohnungen wir brauchen? Es ist dort richtig und wichtig, weil es ein grosses Areal mit einer Durchmischung ist. Es ist dort sinnvoll, weil es ein Areal ist, das gut erschlossen ist, zu Fuss und mit dem ÖV. Es hat gute Einkaufsmöglichkeiten, die Spitex ist gleich um die Ecke usw. Dem Sprechenden sind kaum andere Areale bekannt, die man in nächster Zeit an Wohnbaugenossenschaften abgeben wird und wo man in einem grösseren Stil Alterswohnungen realisieren kann.

Der zweite Punkt betrifft die Bemerkung, dass etwas viele Wünsche auf der Liste stehen, die man realisiert haben möchte. Der Sprechende gibt zu, dass das so ist, glaubt aber, gerade weil das Areal so gross ist, weil es allenfalls etappiert angegangen wird, weil es vonseiten Wohnbaugenossenschaft ein grosses Interesse gibt, dass das möglich ist. Die abl sagt ja, dass es ein Grundstück der Stadt ist und dass sie daran ein sehr grosses Interesse hat. Sie weiss, dass es in der öffentlichen Wahrnehmung ein Thema gibt, dass es Sinn machen kann, dass sie vielleicht einmal einen Ansatz wählen, kleinere Wohnungen zu erstellen, die zahlbar sind, um genau dem Vorwurf entgegen zu können, den sie von Zeit zu Zeit hören betreffend Himmelrich. Sie können zeigen, dass sie es schaffen, auch Wohnungen zu erstellen, die kleiner und zahlbar sind. Der Sprechende ist deshalb der Meinung, dass beste Ausgangslagen bestehen. Wie gesagt: Wenn sich im partizipativen Prozess und nachher im Planungsbericht zeigen sollte, dass es zu viel und nicht möglich ist, dann gibt es immer noch die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen. Marco Müller findet nicht, dass es eine Thematik ist, dass wir als Amateure, die von allem keine Ahnung haben, das Fuder überladen. Wir wissen aufgrund der demographischen Entwicklung der Bevölkerung, dass einiges auf uns zukommen wird. Also nutzen wir doch die Möglichkeit, die wir haben und versuchen wir es.

Baudirektorin Manuela Jost: Dass das Areal sehr wichtig ist und auch im Fokus der zukünftigen bebaubaren Areale liegt, ist klar. Alle Anliegen, die erwähnt wurden, sind für den Stadtrat ebenfalls wichtig. Der Vorwurf, man wolle sich nicht festlegen, ist richtig. Zum jetzigen Zeitpunkt kann und will der Stadtrat sich nicht festlegen, weil sehr viele Themen hier sehr konkret gefordert sind und trotzdem noch sehr vieles offen ist. Der Standort kann interessant sein. Die Frage ist, wie viel dort das richtige Mass ist. Man hat, gerade über den Gleisen, im Industrieareal, ein Gebiet, wo sehr viele Alterswohnungen entstehen werden. Die Stadt plant diese im Moment mit der Viva Luzern AG zusammen. Man muss versuchen, den ganzen Perimeter in der Stadt anzuschauen. Wo macht es Sinn, wie viele Alterswohnungen etc.? Das Thema Alterswohnungen ist in der Stadt angekommen. Da will man etwas machen. Die Frage der Finanzierbarkeit ist aber ein Thema, das man im Rahmen von «Alterswohnen integriert» anschauen wird. Dazu wurde ein Vorstoss eingereicht, über den heute noch im Rat diskutiert werden kann. Bezüglich partizipativer Ansatz findet die Sprechende es schwierig, jetzt alles so festzulegen. Man sollte relativ offen in einen partizipativen Prozess hineingehen können. Zu einem solchen Prozess wurden bereits Erfahrungen in der Industriestrasse, aber auch bei allen Schulhäusern gemacht. Man muss auch gewisse Erwartungen dämpfen. Es kann nicht alles erfüllt werden. Beim Areal Kleinmatt/Biregg will man den partizipativen Weg gehen. Es werden sehr viele Akteure sein, nicht nur aus dem Quartier. Es werden vielleicht Vertreter von 60plus, ältere Gruppierungen, aber auch Jugendliche von Jugendgruppierungen, G-Net-Vertretungen, Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer partizipieren. Die Stadt will das

gesamthaft planen. Es ist nicht nur ihr Grundstück. Auch die Wirtschaft ist vertreten, Stadtplanerinnen und Arealentwickler. Es ist eine heterogene Gruppe. Es ist wichtig, dort einen rechten Spielraum zu haben, der Diskussionsmöglichkeiten bietet und eine gewisse Offenheit zulässt. Wenn dann alles definiert ist und es zur Abgabe des Areals kommt, d.h. wenn man ausschreibt und sich Genossenschaften darauf bewerben können, dann müssen die Vorgaben relativ konkret sein. Das ist richtig und entspricht dem von Peter Gmür erwähnten Ablauf, wie die Stadt bei einer Abgabe eines Grundstücks vorgehen soll. Doch Vorgaben zu machen ist jeweils eine Gratwanderung. Das Feedback von G-Net, von den Wohnbaugenossenschaften an die Stadt lautet: Sagt genau, was ihr wollt, gebt uns Vorgaben, die umsetzbar sind, aber lasst uns auch einen Spielraum. Es braucht eine gewisse Offenheit, damit möglichst viele Bewerbungen, möglichst unterschiedliche Konzepte von verschiedenen Baugenossenschaften eingereicht werden. Es sind sehr viele, und nicht nur ab, an diesem Grundstück interessiert. Deshalb ist der Stadtrat der Meinung, dass die Vorgaben aus dem Vorstoss zu früh kommen. Der Stadtrat möchte zuerst mit den verschiedenen Nutzungsstudien viele Fragen klären und dann einen Planungsbericht erstellen, der dem Parlament vorgelegt wird. Die Mitglieder des Rats können den Planungsbericht dann diskutieren und sich dazu äussern, ob sie es gleich sehen wie der Stadtrat, ob in ihren Augen etwas Wichtiges fehlt oder ob sie strengere oder andere Vorgaben machen wollen. Erst danach würde man in den Prozess gehen und die Eckwerte definitiv formulieren. Aber zum jetzigen Zeitpunkt ist es aus der Optik des Stadtrates nicht sinnvoll, so konkret, wie die Punkte aufgeführt sind, alles schon festzulegen. Der Stadtrat wäre bereit gewesen, die Motion teilweise entgegenzunehmen. Ohne das vorgängig mit dem Stadtrat abgesprochen zu haben, ist es für die Sprechende schwierig, einer vollständigen Überweisung der Motion zuzustimmen.

Die Abstimmung über Motion 61 ergibt das Stimmenverhältnis 22 : 22 : 0.

Die zweite Abstimmung ergibt ein Stimmenverhältnis von 22 : 22 : 1.

Entgegen dem Antrag des Stadtrates wird die Motion 61 mit Stichentscheid der Ratspräsidentin abgelehnt.

**25 Postulat 74, Marco Baumann, Sonja Döbeli Stirnemann und Damian Hunke-
ler namens der FDP-Fraktion vom 25. März 2021 :
Bewusstsein für eine verantwortungsvolle Public Corporate Governance
schärfen**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen bei gleichzeitiger Abschreibung.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keinen Ablehnungsantrag.

Somit ist das Postulat 74 überwiesen.

Marco Baumann beantragt, das Postulat noch nicht abzuschreiben.

Die FDP-Fraktion begrüsst sehr, dass der Stadtrat ihr Postulat entgegennehmen will, jedoch will die Fraktion es noch nicht abschreiben. Die verschiedenen Rollen von der Stadt als Gesetzgeberin, Eignerin, Leistungsbestellerin und Leistungserbringerin können bei den Beteiligungen zu Spannungsverhältnissen und Interessenkonflikten führen. Nämlich dann, wenn Stadtvertretungen mehrere Interessenvertretungen gleichzeitig wahrnehmen, was zu einem Zielkonflikt führen kann. Wie im Postulat erwähnt, ist sich die FDP-Fraktion nicht sicher, ob aktuell wirklich eine verantwortungsvolle Public Corporate Governance in der Stadt Luzern gelebt wird. Vor allem bei tatsächlich vorliegenden Mehrfachrollen gewisser Stadtvertretungen besteht in ihren Augen noch Handlungsbedarf. Die Fraktion bat den Stadtrat deshalb um eine Prüfung bei allen Stadtvertretungen in Beteiligungen, ob solche Spannungsverhältnisse und Rollenkonflikte vorliegen. Mit der Stellungnahme zum Postulat hat der Stadtrat jetzt verschiedene Informationen zu den Beteiligungen zusammengestellt. Vielen Dank für diese Arbeit.

Die FDP-Fraktion sieht ihr Anliegen jedoch noch nicht als erfüllt an, weshalb sie die gleichzeitige Abschreibung nicht unterstützen kann. Mögliche Interessenkonflikte werden zwar in den einzelnen Beteiligungen aufgeführt, diese sagen jedoch nicht viel aus. Es wird nicht aufgezeigt, wie mit diesen Konflikten umgegangen wird. Und auch mögliche Interessenkonflikte bei den Beteiligungen im Bereich öffentlicher Verkehr und im Kulturbereich werden ihrer Meinung nach zu wenig kritisch beleuchtet. Die Postulantin und die Postulanten bitten darum den Stadtrat, diese Überprüfung genauer vorzunehmen. Sie bitten den Stadtrat auch, bei Stadtvertretungen weiterhin einen grossen Wert auf die fachlichen Kompetenzen sowie die Diversity zu legen. In diesem Sinne stimmt die FDP-Fraktion dem Postulat zu und lehnt die gleichzeitige Abschreibung ab.

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann: Das Postulat ist bereits überwiesen. In der Diskussion geht es nur noch um die Abschreibung.

Andreas Felder: Die CVP-Fraktion stimmt sowohl der Überweisung zu, was nicht mehr bestritten ist, als auch der Abschreibung. Die Fraktion stimmt der Überweisung grob zusammengefasst zu, weil ihrer Meinung nach die Anforderungen, die vonseiten der Postulanten gestellt werden, reglementarisch sichergestellt sind. Die Frage, ob die Prüfung vollzogen wurde, bejaht der Sprechende. Der Stadtrat zeigte in der Antwort auf das Postulat auf, was er bereits dazu unternommen hat. Und selbst wenn das bisher nicht der Fall gewesen wäre, so ist die gewünschte Prüfung spätestens im Rahmen der ausführlichen Beantwortung des vorliegenden Postulats erfolgt. Was soll der Stadtrat noch mehr prüfen? Er zeigte auf, wie er seine Reglemente auslegt und wie er die Besetzung vorgenommen hat. Man kann sich fragen, ob es den Fall geben kann, dass man vielleicht in einem Einzelfall nicht einverstanden ist bzw. dass die Richtlinien falsch ausgelegt wurden. Dazu will der Sprechende festhalten, dass bei den Wahlen der städtischen Vertretungen immer eine Interessenabwägung vorgenommen werden muss und dass es schlussendlich ein Ermessensentscheid ist, ob ein Interessenkonflikt vorliegt oder nicht. Zudem ist es für den Sprechenden, gestützt auf die vorliegenden Informationen, auch schwierig zu beurteilen, ob in einem Einzelfall, gestützt auf die Aufgaben, die in der Verwaltung wahrgenommen werden, tatsächlich eine Beeinflussung oder eine Doppelrolle vorliegen könnte. Zusammenfassend: Es gibt bei dieser Frage nicht nur schwarz und weiss. Insofern sieht der Sprechende nicht, weshalb das Parlament den Stadtrat bitten sollte, nochmals über die Bücher zu gehen und eine Neubesetzung zu fordern. Eher ist Andreas Felder der

Meinung, dass das Parlament zwar beaufsichtigen muss, dass es die Regeln gibt und dass man nach diesen arbeitet, dass aber das Parlament bei der Prüfung des Einzelfalls eher Zurückhaltung üben sollte. In dem Sinn stimmt die CVP-Fraktion der Abschreibung des Postulats zu.

Gianluca Pardini: Man kreist immer wieder um die gleiche Frage. Schlussendlich geht es darum, wie viel politische Einflussnahme das Parlament auf Unternehmen im städtischen Eigentum ausüben soll, darf oder muss und welchen politischen Anspruch ein politisches Parlament auf ein privatrechtliches Unternehmen überhaupt haben darf. Ohne jetzt eine Grundsatzdebatte lostreten zu wollen: Die SP-Fraktion ist klar der Meinung, dass solange ein Unternehmen eine Aufgabe von öffentlichem Interesse wahrnimmt oder es Gemeindeaufgaben erfüllt, die ausgelagert wurden, hat das Parlament die Pflicht und das Recht, die politischen Steuerungsinstrumente wahrzunehmen und den betroffenen Unternehmen politische Leitplanken zu setzen. Man denke nur schon an die Ewl; zusammen mit diesem Unternehmen müssen wir irgendwie den ökologischen Umbau schaffen. Ewl nimmt in der Bewältigung der Klimakrise eine wichtige Rolle ein. Viele Eckpunkte sind im städtischen Beteiligungsreglement geregelt und in den städtischen Richtlinien zum Beteiligungsmanagement. Der Sprechende erinnert, dass sie vor noch nicht langer Zeit überarbeitet und beschlossen wurden. Für die SP-Fraktion standen die Forderungen aus dem Postulat zum Teil quer in der Landschaft. Die Fraktion hätte eine Motion eleganter gefunden, wenn wirklich klar geworden wäre, was die FDP-Fraktion ändern will, was konkret für sie in dem Fall nicht stimmt. Es wurde bereits gesagt, der Stadtrat hat inzwischen aus der Causa vbl AG seine Lehren gezogen und folgerichtig umgesetzt, auch wenn es nach Meinung der SP-Fraktion sehr still um die vbl AG geworden ist. Letztendlich ist die wichtigste Frage für die SP-Fraktion diejenige der geeigneten Rechtsform. Das Parlament wird diese Frage im Zusammenhang mit Motion 103 heute noch behandeln. Abschliessend ist zu sagen, dass die SP-Fraktion den im Postulat geforderten Prüfauftrag als erfüllt sieht. Die problematischen Interessen- bzw. Rollenkonflikte bei städtischen Vertretungen und den Beteiligungen wurden untersucht und man kommt nachvollziehbar zum Schluss, dass es keine heiklen Zusammensetzungen gibt in den strategischen Leitungsorganen, an denen die Stadt beteiligt ist, auch wenn Punkte Diversity oder Gender Equality in den strategischen Organen nach Ansicht der SP-Fraktion Nachholbedarf besteht. Trotzdem – und da will die SP-Fraktion der FDP-Fraktion folgen – plädiert die Fraktion auf Nichtabschreibung. Es ist immer noch so, dass ihr nicht ganz klar wurde, nach welchen Kriterien der Stadtrat den Einsitz in den obersten strategischen Gremien der wichtigen Beteiligungen festlegt und nach welchen Kriterien oder Fachkompetenzen die Personen ausgewählt werden und wieso der Stadtrat bei ein paar wichtigen Beteiligungen immer noch vertreten ist – die SP-Fraktion begrüsst das zwar sehr – und in anderen nicht. Man hat dort über Mandatsverträge andere Personen aus der Verwaltung mandatiert, um die Aufgaben zu erfüllen. Für die SP-Fraktion gibt es in diesem Zusammenhang eine gewisse Unschärfe und offene Fragen, die der Stadtrat klären muss. Die Fraktion wünscht sich, dass der Stadtrat nochmals genau über die Bücher geht und sagen kann, nach welchen Kriterien jemand mandatiert wird, wann jemand nicht mandatiert wird und wieso nicht. Aus dieser Sicht stimmt die SP-Fraktion der Überweisung des Postulats zu und beantragt wie die FDP-Fraktion, das Postulat noch nicht abzuschreiben.

Wenn **Christian Hochstrasser** zum Kreis der Postulantin und der Postulanten gehörte, würde er sich von der Antwort des Stadtrates nicht ganz verstanden fühlen. Deshalb ist die G/JG-Fraktion

der Meinung, dass man das Postulat noch nicht abschreiben sollte. Aus ihrer Sicht, der Sprechende setzt an dem Punkt an, den Gianluca Pardini am Schluss erwähnte, war es keine ernsthafte Überprüfung, die in der Antwort steht, sondern eine Darstellung von bekannten Tatsachen. Zwischen den Zeilen geht es aus Sicht der Fraktion um die entscheidende Frage, weshalb man bei der vbl AG entschied, dass dort nicht mehr ein Stadtratsmitglied im Verwaltungsrat ist, sondern ein Mitarbeiter der Verwaltung, während bei Viva, ewl und der ewl areal ag weiterhin ein Stadtratsmitglied im Verwaltungsrat ist. Es ist in keinem Satz schlüssig erklärt, was der Unterschied ist, warum das nun einen Unterschied macht und wie man in Zukunft mit den Stadtratsmandatierungen in den Verwaltungsräten umgehen will. Der Sprechende ging davon aus – vielleicht las er es mit einer speziellen Brille, das mag sein, oder er las es zwischen den Zeilen –, dass es den Postulanten unter anderem genau um das ging. Christian Hochstrasser würde erwarten, dass man das, bis man das Postulat abschreiben kann, klärt und auch transparent offenlegt, wann ein Mitglied der Verwaltung in den Verwaltungsrat delegiert ist und wann es ein Mitglied des Stadtrates ist. Es wird ja immer dann delegiert, wenn ein besonders hohes öffentliches Interesse vorhanden ist. Aber das ist bei den erwähnten Organisationen bei allen ähnlich und auch in dieser Darstellung sehr ähnlich. Von da her ist es für die G/JG-Fraktion klar, dass man an diesem Punkt, der für sie sehr zentral ist, heute keine Abschreibung machen will.

Thomas Gfeller: Zugegeben, die SVP-Fraktion tut sich mit diesem Postulat etwas schwer. Sie hat Mühe, das Ganze einzuordnen. Für die Fraktion ist nicht so klar, was die Postulanten damit effektiv bezwecken wollen. Erachtet man die Personen, die momentan Einsitz haben in den städtischen Beteiligungen, als zu wenig kompetent, oder warum ist man der Meinung, dass man nach fachlicher Kompetenz und Erfahrungen ausgesucht werden soll? Es wird erwähnt, dass bei der kürzlich bekanntgegebenen Neubesetzung von Verwaltungsräten nach wie vor der Wurm drinsteckt. Das Recruiting der Kandidatinnen und Kandidaten wurde privatwirtschaftlich durch eine externe Firma vorgenommen. Es steckt kein Filz dahinter. Die erwähnten Spannungsverhältnisse und die Rollenkonflikte hören nicht einfach auf, indem man Stellen mit neuen Personen besetzt. Solange die Stadt die spezielle Rolle als Eignerin oder als Bestellerin hat, werden die Konflikte weiterbestehen. Es ist aus Sicht der SVP-Fraktion deshalb egal, ob jemand aus der Direktion einer Abteilung Einsitz in einem Verwaltungsrat hat oder deren oder dessen Stellvertretung. Der Stadtrat kommt zum Schluss, dass es nicht notwendig ist, eine zusätzliche personelle Prüfung vorzunehmen. Er teilt indes mit, dass die Rekrutierungsmassnahmen sowie die Kriterien und Anforderungen an Kandidaten ausreichend und in den Reglementen des Beteiligungsmanagements niedergeschrieben sind. Dieser Meinung ist die SVP-Fraktion ebenfalls. Aus Sicht der Fraktion haben das Postulat 74 sowie die Motion 103 gewisse Gemeinsamkeiten. Beide Vorstösse stören sich an den Interessenkonflikten und den begrenzten Handlungsmöglichkeiten. Aus Sicht der SVP-Fraktion ist es zielführender, wenn anstelle der Personenanzweiflung die Problematik ganzheitlich in einem Planungsbericht ausgearbeitet wird. Mit der Überweisung der Motion 103 ist sichergestellt – oder zumindest ist das die Erwartung des Sprechenden –, dass eine Auslegeordnung stattfindet und man dann über die Erkenntnisse gemeinsam diskutieren und einen Entscheid fällen kann. Die SVP-Fraktion folgt dem Antrag des Stadtrates, das Postulat 74 abzuschreiben, und ist für die Überweisung der Motion 103.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub dankt für die Voten. Sie möchte nicht wiederholen, was in der Antwort steht. Es wurde versucht, die Fragen so, wie sie sie auffassten, ausführlich zu beantworten. Vielleicht aber wurden die Fragen nicht richtig verstanden. Auch mit der Liste im Anhang, auf der alle möglichen Interessenkonflikte aufgelistet worden sind, hatte der Stadtrat das Gefühl, damit die Prüfung erledigt zu haben. In der Diskussion hört die Sprechende nun, dass das offenbar nicht der Fall ist. Ihr ist noch nicht ganz klar, wo der Handlungsbedarf ist oder ihr fehlt das konkrete Beispiel, wo der Wurm drin ist. Vielleicht kann das ausserhalb der Ratssitzung geklärt werden. Tatsache ist, dass Interessenkonflikte zum Leben und zu unserem Milizsystem gehören wie auch zur Parlamentsarbeit. Die Frage ist, wie man mit solchen Interessen- und Rollenkonflikten umgeht. Eine Möglichkeit ist, dass man gewisse Rollen für unvereinbar erklärt. Dazu hat es im Gesetz gewisse Bestimmungen. Man kann beispielsweise nicht gleichzeitig im Parlament und im Stadtrat sein. Es gibt aber auch Situationen, bei denen ein einzelnes Geschäft einen Interessenkonflikt produziert. Dann geht man bei dem einzelnen Geschäft in den Ausstand. Auch im Staatswesen gibt es Regeln, wie man mit Interessenkonflikten umgeht, wo sie tolerierbar sind und wo nicht. Der Stadtrat ist der Meinung, dass er bisher diesbezüglich relativ streng war. Das schreibt er auch in der Antwort. Im Stadtratsseminar vom Januar 2021 hat der Stadtrat mit einem externen Experten konkrete Verwaltungsratseinsätze thematisiert. Sein Fazit war, dass der Stadtrat von Luzern – und zwar nicht nur der amtierende aktuelle, sondern auch seine Vorgänger – das sehr streng und genau genommen haben. Zur konkreten Situation – dass wir Stadtratsmitglieder in Verwaltungsräten haben, die aufgrund des übergeordneten Aktienrechts und der Loyalitätspflicht den Gesamtstadtrat nicht über gewisse Vorgänge in der Unternehmung informieren – fand er, dass der Stadtrat das zu streng ausgelegt habe und sie durchaus hätten mehr informieren dürfen. Jetzt hört die Sprechende hier im Ratssaal, dass der Stadtrat immer noch zu lasch damit umgehe. Es ist schwierig, den richtigen Weg zu finden und zu sehen, wo der Handlungsbedarf ist. Die Finanzdirektorin ist der Meinung, dass es ein gewisses Ermessen braucht, auch von den Leuten, die man delegiert, denen man gewisse Grundkompetenzen mitgeben muss. Für jedes strategische Gremium gibt es ein Gesamtanforderungsprofil: Führungserfahrung, Personelles, Rechnungswesen, Strategie, rechtliches Know-how, je nach dem auch Branchen-Know-how. Wenn jemand aus dem Verwaltungsrat zurücktritt, schaut man, wie man die Stelle fürs Gesamtgremium wieder ergänzen kann. Das Anforderungsprofil für das Gremium kann in einer Start-up-Phase oder einer Reorganisationsphase etwas anderes sein als bei running business. Die Stadt hat nun mal eine Reihe von Beteiligungen, bei denen eine Vertretung der Stadt gewährleistet ist. Das ist nach Statuten geregelt oder steht im Gesetz. Der Bundesrat entschied vor etlichen Jahren bereits, dass Bundesratsmitglieder nicht mehr selber im Verwaltungsrat von Unternehmungen sein dürfen (Swisscom etc.), sondern dass sie zum Teil Externe dafür mandatieren und mit diesen Mandatsvereinbarungen machen. Aber auch der Bund hat noch Bereiche, in welche er Kadermitarbeitende schickt. Die Kantone und Gemeinden haben dieselben Probleme und Fragen. Die Stadt befindet sich in einem ganz normalen Umfeld, an dem nichts Illegales daran ist. Aber man muss mit diesen Interessenkonflikten im Alltag einen Umgang finden. Da ist es wichtig, dass die Leute auch ein gewisses Vertrauen haben und einen gewissen Handlungsspielraum innerhalb der Geschäfte, die sie zu beraten haben. Zum Thema vbl AG kann die Sprechende sagen, dass sich der Stadtrat im Januarseminar 2021 konkret mit seinen Verwaltungsratsmitgliedschaften und -einsätzen auseinandergesetzt hat. Dass sich Martin Merki aus dem Verwaltungsrat der vbl AG zurückzog, hatte damit zu tun, dass der Stadtrat fast nicht

mehr beschlussfähig war. Ein Mitglied war im Verbundrat Verkehrsverbund, in ihrer Finanzdirektion war das Beteiligungsmanagement und ein weiteres Stadtratsmitglied war Verwaltungsratsmitglied in der betroffenen Unternehmung. Der Stadtrat war als Gesamtgremium fast nicht mehr beschlussfähig und das wurde in dieser Krise zum Problem. Die Funktion als Stadtrat geht aber anderen Aufgaben wirklich vor. In dem Einzelfall sah der Stadtrat darum, dass es richtig ist, wenn Martin Merki seinen Rücktritt aus dem Verwaltungsrat der vbl AG anbietet, dass das wahrscheinlich für das Gesamtgremium das Beste ist. Der Stadtrat überlegte sich auch, ob Manuela Jost als Verwaltungsrätin bei Viva Luzern AG und der ewl AG zurücktreten müsste. Er kam zum Schluss, auch im Gespräch mit dem Experten, dass der Stadtrat bisher fast zu streng war, dass auf Gemeindeebene sehr häufig auch Regierungsmitglieder bei den Unternehmungen dabei sind, was übrigens auch auf kantonaler Ebene zutrifft: Gesundheitsdirektoren, die Spitalräte sind, auch die, die Bankräte sind etc. Das gibt es alles immer noch und ist an sich nichts Aussergewöhnliches. Der Stadtrat prüft jeden Einzelfall nach bestem Wissen und Gewissen und nach seinem Ermessen. Je nach Phase des Unternehmens, den Leuten, die gerade zur Verfügung stehen, ist das nicht immer gleich. Dass der Staat mehrere Rollen hat, ist eine wichtige Erkenntnis, das wurde gesagt. Aber das wird man nie auflösen. Man versucht das mit organisatorischen Vorkehrungen innerhalb der Verwaltung zu klären, damit die Rollen als Besteller oder Regulator getrennt sind. Heute wurde auch bereits über Leistungsvereinbarungen gesprochen, konkret für den Pflegebereich. Das probiert man zu klären, mindestens von den Personen her. Das wird immer eine Herausforderung sein. Falls das Postulat nicht abgeschrieben wird, wäre die Sprechende froh, den konkreten weiteren Handlungsbedarf zu kennen. Im Moment weiss sie nicht, was mehr zu tun wäre.

Christian Hochstrasser: Falls das Postulat nicht abgeschrieben würde, kann der Sprechende ganz konkret sagen, was er sich wünscht: Die Ausführungen sind aus seiner Sicht plausibel und nachvollziehbar. Aber eigentlich würde er sich nach dem Skandal wünschen, dass es irgendeine transparente Begründung gibt, weshalb der Stadtrat in gewissen wichtigen Unternehmungen selber im Verwaltungsrat vertreten ist und in gewissen anderen nicht. In der Auflistung erscheinen alle als gleichwertig. Mindestens diese Erklärung würde er sich wünschen, auch wenn er nicht Unterzeichner dieses Postulats ist. Die G/JG-Fraktion sagte sich, falls die FDP-Fraktion Nichtabschreibung beantragt, ist es für sie klar, dass auch sie die Nichtabschreibung beantragt. Gerade nach der Diskussion mit der vbl AG ist das ein entscheidender Punkt. Die Öffentlichkeit könnte Interesse daran haben, wie das der Stadtrat in Zukunft regelt.

Der Grosse Stadtrat schreibt entgegen dem Antrag des Stadtrates das Postulat 74 nicht ab.

**26 Motion 103, Simon Roth, Lena Hafen und Gianluca Pardini namens der SP-Fraktion sowie Thomas Gfeller namens der SVP-Fraktion vom 14. Mai 2021:
Überprüfung der Rechtsformen der Aktiengesellschaften im städtischen Alleinbesitz**

Der Stadtrat nimmt die Motion entgegen.

Marco Baumann stellt im Namen der FDP-Fraktion einen Ablehnungsantrag.

Die Fraktion dankt dem Stadtrat für die Stellungnahme zur Motion. Darin steht, dass er bereit ist, einen teuren Planungsbericht für die Überprüfung der Rechtsformen zu erarbeiten. Die FDP-Fraktion sieht aber im Gegensatz zum Stadtrat keinen Handlungsbedarf bei der Rechtsform-Frage, weshalb sie die Motion ablehnt. Die bisherigen Erfahrungen mit Auslagerungen zeigen, dass die früheren Entscheidungen für eine Auslagerung in eine AG die richtigen waren. Eine bessere Qualität, eine Professionalisierung, mehr Effizienz und tiefere Kosten – das konnte mit den Auslagerungen erreicht werden. Die Kritik der Motionärin und der Motionäre teilt die FDP-Fraktion nicht. Im Bereich der politischen Steuerung und der Oberaufsicht läuft vielleicht nicht alles richtig. Das hat die Fraktion vorher mit ihrem Postulat 74 auch angesprochen. Auch bei einer Aktiengesellschaft stehen diverse Steuerungs- und Controllinginstrumente zur Verfügung. Deshalb teilt die Fraktion die Kritik nicht. Um die auftragsgemässe Leistungserbringung und den wirtschaftlichen Einsatz öffentlicher Mittel zu gewährleisten, haben wir Leistungsvereinbarungen. Um auf die Unternehmensstrategien Einfluss zu nehmen, haben wir eine Beteiligungsstrategie und ein Beteiligungscontrolling und für die Aktiengesellschaften im Besitz der Stadt auch noch die Eignerstrategie. Damit geben wir den Unternehmen klare politische Ziele vor, welche sie umsetzen können und müssen. Wir haben zudem die Möglichkeit, die Zusammensetzung des strategischen Führungsorgans mitzubestimmen – man kann auch Stadtvertretungen in den Verwaltungsrat delegieren –, was uns wiederum Steuerungsmöglichkeiten gibt. Wie die Unternehmen aber nachher die politischen Ziele und die Leistungsvereinbarungen umsetzen, liegt bei den Unternehmen selbst. Wir müssen uns als Stadt Luzern nicht ins operative Tagesgeschäft einmischen. Wir müssen das Controlling und die Aufsicht mit diesen Steuerungsinstrumenten sicherstellen. Wichtig für eine gute Corporate Governance ist die klare Zuordnung der Verantwortung. Dort hat die Stadt Luzern die Verantwortung als Eignerin sowie als Bestellerin und Gewährleisterin und ist für die Aufsicht verantwortlich. Und dort sind die aktuellen Probleme zu verorten, die jetzt vielleicht auch die Motionäre sehen. Nämlich nicht bei der Rechtsform selber oder bei der Auslagerung, die man in dieser Motion so ausgelegt hat, sondern eben bei einer verantwortungsvollen Public Corporate Governance. Deshalb ist die FDP-Fraktion nicht dafür zu haben, einen Planungsbericht zu erstellen, bei dem man alle Rechtsformen wieder analysiert. Das hat man damals bei den Auslagerungen gemacht. Man hat sich für eine Rechtsform entschieden, die in den Augen der Fraktion gut funktioniert. Man muss nun den Weg eher über die Public Corporate Governance gehen, wie es vorher auch diskutiert wurde. Deshalb lehnt die FDP-Fraktion die Motion ab.

Simon Roth ist etwas überrascht über diesen Ablehnungsantrag, vor allem, wenn man mit der Begründung kommt, es sei ein teurer Planungsbericht. Man bedenke, was die vbl AG der Stadt gekostet hat. Das Geld ist längst wieder eingenommen, wenn man nur ein klein wenig etwas verhindern kann. In dieser Sache das Geld ins Spiel bringen zu wollen, findet der Sprechende etwas schwierig. Es wurde auch gesagt, dass die bisherigen Erfahrungen gezeigt haben, dass es die richtige Rechtsform ist. Das kann man auch anders sehen, würde der Sprechende behaupten. Wenn man die alten Berichte und Anträge über die Auslagerungen anschaut, hat Simon Roth nicht den Eindruck, dass das damals derart ergebnisoffen geprüft wurde. Es ist in den Augen des Sprechenden relativ offensichtlich, dass man primär Argumente nannte, die für eine Aktiengesellschaft sprachen und Argumente, die gegen zum Beispiel eine öffentlich-rechtliche Anstalt sprachen. Es ist einfach so: Bei einer Aktiengesellschaft, gerade auf kommunaler Ebene, hat man nicht die gleichen Möglichkeiten wie das beispielsweise ein Kanton oder der Bund mit spezialrechtlichen Aktiengesellschaften hat. Die Stadt ist dem Obligationenrecht unterstellt und muss die Vorgaben beachten. Sie kann sich keine Sonderrechte herausnehmen. Man probierte das und in den vergangenen Jahren wurde es auch immer wieder gemacht. Die Stadt steht in diesem Bereich immer wieder an. Von daher ist es jetzt an der Zeit, zehn, zwanzig Jahre nach diesen Auslagerungen zu überprüfen, ob sich die Erwartungen erfüllen, die man damals mit dieser Rechtsform hatte, oder ob es Möglichkeiten gibt, die Probleme, die man in der Zwischenzeit erkannt hat, mit anderen Rechtsformen zu mildern. Genau das fordert die Motion. Für das nochmals Fr. 30'000.– einzusetzen, ist bestimmt nicht übertrieben. Dass die Stadt Führungsgremien ernennen kann, stimmt so nicht. Das kann der Stadtrat, aber sicher nicht das Parlament. Aber um das geht es in dieser Motion auch nicht. Man muss sich vor Augen halten: Für was wurde die Aktiengesellschaft geschaffen? Typischerweise ist sie dafür gedacht, dass relativ viele unterschiedliche Anteilseigner sich an einem profitorientierten Unternehmen beteiligen. Beides trifft für die städtischen 100%-Beteiligungen nicht zu. Es sind Unternehmen, die primär gemeinwirtschaftliche Leistungen erbringen und diese Leistungen können häufig nicht einfach so durch ein anderes Unternehmen erbracht werden. Ein typisches Beispiel ist aktuell die ewl. Sie hat eine ganz zentrale und eminent wichtige Aufgabe bei der Umsetzung der Klimastrategie der Stadt Luzern. Das kann man nicht einfach so irgendwie dem freien Markt überlassen oder sonst kann die Stadt die Ziele, die sie sich setzt, nicht erreichen. Wohin der Fokus auf Profit oder auf Expansion führen kann, der einer Aktiengesellschaft bis zu einem gewissen Grad immanent ist, zeigte sich bei der vbl AG. Die SP-Fraktion begrüsst von daher sehr, dass der Stadtrat bereit ist, sich diesen Fragen zu stellen und sie hofft und geht davon aus, dass es ihm um einen ernsthaften Erkenntnisgewinn geht und nicht darum, frühere Entscheidungen zu rechtfertigen. Die SP-Fraktion hält an der Überweisung dieser Motion fest.

Christian Hochstrasser: Die G/JG-Fraktion stellt sich nicht gegen die Überweisung dieser Motion, obwohl sie gewisse Zweifel hat, dass es zu einem ernsthaften Erkenntnisgewinn kommt, wie es Simon Roth gerade ausgeführt hat. Die FDP-Fraktion liess verlauten, dass die Entscheidung richtig waren, die Dienstabteilungen in Aktiengesellschaften auszulagern. Aus Sicht der G/JG-Fraktion war es nicht nur falsch, dass man das machte; aber ganz so entspannt wie die FDP-Fraktion betrachtet die G/JG-Fraktion das auch nicht. Es gab doch einige Diskussionen und Problemfelder, bei denen man merkte, dass es an gewisse Grenzen stösst. Die Auslagerungen haben aus Sicht der G/JG-

Fraktion zum Teil Vorteile. Man muss sich überlegen, in welchem Bereich eine solche Unternehmung tätig ist. Die vbl AG beispielsweise gehört zwar der Stadt und sie erbringt gemeinwirtschaftliche Leistungen. Aber ihre Leistung ist keine kommunale Aufgabe. Sie hat eine Leistungsvereinbarung mit dem Verkehrsverbund, aber das ist eigentlich alles. Die Stadt bestellt keine Leistung bei der vbl AG. Da muss man sich die Frage stellen, ob es aus irgendeinem Grund sinnvoller ist oder ob es im Nachhinein nicht sinnvoller gewesen wäre, wenn die Unternehmung eine öffentlich-rechtliche Anstalt oder sogar eine Dienstabteilung gewesen wäre. Hätte man die Probleme nicht gehabt? Und vor allem: Wie wäre man mit diesen Problemen umgegangen, wenn sie trotzdem aufgetaucht wären? Dann wäre einfach die öffentliche Hand selber in der Verantwortung gestanden für das, was passiert wäre. Ab und zu sind die unabhängig effizienten Leistungserbringungen aus diesem Grund aus Sicht der G/JG-Fraktion auch richtig. Jetzt ist die Frage, wie viel man sie kontrolliert und wie fest man sie steuern will. Da gibt es einen gewissen Spielraum. Aus Sicht der Fraktion sind nicht alle Aufgaben bei der Verwaltung, oder näher bei der Verwaltung, automatisch in besseren Händen. Man muss sich die Frage stellen, was unsere kommunalen Aufgaben sind und wie man diese optimal erbringen kann. Das ist bei jeder dieser Unternehmungen unterschiedlich. Deshalb ist die G/JG-Fraktion offen, dass man das einmal überprüft. Aber wie schon erwähnt, besteht eine gewisse Skepsis, dass es ernsthafte Neuerkenntnisse gibt, betreffend unabhängiger Unternehmensführung und Leistungserbringung bzw. mehr Steuerungsmöglichkeiten. Aus Sicht der Fraktion ist das eigentlich hinreichend bekannt und ganz so einfach sieht es aus ihrer Sicht nicht aus, dass man eine bessere Rechtsform findet für das, was man heute hat. Aber die G/JG-Fraktion stellt sich offen dieser Diskussion und ist gespannt auf den Bericht.

Thomas Gfeller: Es ist nicht eine alltägliche Konstellation, dass eine SVP-Fraktion mit einer SP-Fraktion einen gemeinsamen Vorstoss einreicht. Auch wenn man in der Endauswertung vielleicht unterschiedlicher Meinung ist, ist die SVP-Fraktion fest davon überzeugt, gerade mit Blick auf die Vergangenheit, dass die Frage erlaubt ist, ob die Rechtsform Aktiengesellschaft für die städtischen Unternehmungen im Alleinbesitz die richtige Form ist. Wie in der Motion beschrieben, geht es der SVP-Fraktion nicht nur primär darum, zu prüfen, welche Vorteile eine Aktiengesellschaft gegenüber einer öffentlich-rechtlichen Anstalt hat. Ihr geht es vielmehr darum, auszuloten, welche Möglichkeiten prinzipieller Art zur Verfügung stehen. Eine Möglichkeit ist beispielsweise der komplette Verkauf der Beteiligungen, d.h., die Beteiligung komplett abzustossen. Eine andere Möglichkeit geht in die völlig andere Richtung, nämlich wieder komplett in die Verwaltung zu integrieren. Es soll geklärt werden, was dabei die Vor- und Nachteile sind. Damit man sich vertieft damit auseinandersetzen kann, hätte die SVP-Fraktion gerne einen Planungsbericht, der die Möglichkeiten aufzeigt und eine Meinungsbildung erlaubt, über die nachher diskutiert werden kann. Die SVP-Fraktion freut sich, dass der Stadtrat das genauso sieht und einen Bericht und Antrag in Aussicht stellt. Die SVP-Fraktion stimmt der Motion zu.

Mirjam Fries: Die Motionärin und Motionäre verlangen, dass die Rechtsformen der vier Aktiengesellschaften Hallenbad Luzern AG, ewl Energie Wasser Luzern Holding AG, vbl AG und Viva Luzern AG überprüft werden.

Die Motion könnte man, wie die FDP-Fraktion es tat, kurz und bündig abweisen. Die Transformation dieser Verwaltungseinheiten wurde jeweils sehr umfassend geprüft, politisch breit diskutiert und schlussendlich in Volksabstimmungen entschieden.

Das wäre nun aber doch zu kurz gegriffen. Einerseits ist die Wahl der Rechtsform zentral, um die Bedürfnisse der Stadt Luzern nach spezifischen Informations- und Einflussrechten sicherzustellen. Diese Bedürfnisse haben sich im Verlauf der Zeit geändert, so wie auch die generellen Beurteilungskriterien bei der Wahl der geeigneten Rechtsform. Wie die Motionäre und der Stadtrat aufzeigen, gibt es dazu verschiedene Varianten. In diesem Sinne findet die CVP-Fraktion es richtig, dass das gewählte Konstrukt auch einmal überprüft wird.

Weiter zeigte es sich in der Vergangenheit, dass es Situationen gab, bei denen das Konstrukt der privatrechtlichen Aktiengesellschaft zu Problemen führte. Der Informationsfluss funktionierte nicht, die Stadt konnte den gewünschten Einfluss nicht wahrnehmen oder es war umstritten, inwiefern die Stadt Einfluss nehmen sollte. Ein Teil dieser Probleme wurde durch die Revision des Beteiligungsmanagements angegangen. Eigentlich sind die getroffenen Massnahmen aus Sicht der CVP-Fraktion ausreichend.

Dennoch verschliesst sich die Fraktion nicht einer Prüfung der einzelnen Unternehmen unter Bezug externer Fachunterstützung. Im Idealfall führt das dazu, dass eine neue Diskussionsbasis geschaffen werden kann und wir zusätzliche Verbesserungen erreichen können. In diesem Sinne stimmt die CVP-Fraktion der Motion zu.

Jules Gut: Aus Sicht der GLP-Fraktion drängt sich aktuell keine grundsätzliche Neuaufstellung von den drei hauseigenen Aktiengesellschaften im städtischen Alleinbesitz auf. Das Modell einer Aktiengesellschaft bringt der Tochtergesellschaft die aus Sicht der Fraktion notwendigen Freiheiten, um auch auf dem Markt schnell, flexibel und dynamisch agieren zu können. Ein durchaus legitimer und rechtmässiger Prüfungsauftrag ist aber aus Sicht der GLP-Fraktion in Ordnung – insbesondere wenn man die Wirren um die vbl AG berücksichtigt. Auch die Zusammenführung der verschiedenen Angebote bzw. Anbieter in Alterspflege oder Altersthemen rechtfertigt eine Überprüfung der aktuellen Strukturen. Auch das Modell der sogenannten «gemeinnützigen Aktiengesellschaft» ist aus ihrer Sicht prüfenswert. Die Grünliberalen haben aber immer zwei Herzen in ihrer Brust. Als der Sprechende dem Vorredner Simon Roth zuhörte, kam genau das zur Sprache, was sie befürchten, nämlich das Öffnen der Büchse der Pandora. Die SP-Fraktion weiss schon, was die Lösung ist. Eine Offenheit hat der Sprechende nicht so herausgehört. Es tönte eher danach, lieber nichts anzufassen. Beim Votum von Christian Hochstrasser dachte er eher, dass man dem zustimmen könnte. Die Fraktion ist sich in dieser Frage vielleicht nicht ganz einig, aber der Sprechende denkt, dass es wert ist, vorurteilsfrei und offen dem nachzugehen.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub: In den 90er-Jahren herrschte die New-Public-Management-Euphorie. Man lagerte alles Mögliche aus. Heute würde man es differenzierter anschauen und eher die Aufgabe betrachten, die überhaupt auszulagern ist. Man würde sich fragen, was noch die öffentliche Aufgabe ist, wo der Markt ist etc. Der Stadtrat hatte die Wahl, entweder bereits in der Antwort umfassende Ausführungen zu einzelnen Unternehmungen zu machen oder zu sagen, wenn der Rat das will, dann soll dieser dem Stadtrat den Auftrag dazu geben. Denn es ist eine aufwendige Arbeit. Es ist nicht für jede Unternehmung die gleiche Auslegeordnung, man muss es

wirklich im Detail anschauen. Wenn der Stadtrat das anpackt, wird es ergebnisoffen sein und nicht irgendeine Farce. Nach zwanzig Jahren lohnt es sich, zu schauen, wie sich das entwickelt hat, ob sich die Erwartungen erfüllt haben, ob man es heute immer noch so machen würde und was heute noch die öffentliche Aufgabe darin ist. Das würde man ergebnisoffen von der Aufgabe der Unternehmung und der öffentlichen Aufgabe her anschauen und nicht von allfälligen und immer wieder erwähnten Skandalen etc. Der Stadtrat wäre bereit, das zu machen, wenn der Rat das möchte.

Der Grosse Stadtrat überweist die Motion 103.

**27 Interpellation 76, Mirjam Fries und Andreas Felder namens der CVP-Fraktion vom 29. März 2021:
Hat die Stadt Luzern genügend Handlungsspielraum bei dringlichen Geschäften?**

Mirjam Fries: Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort und die Auslegung, welche das Spannungsfeld zwischen schnellem Handeln und den demokratischen Rechten gut aufzeigt. Die Fraktion ist zwar immer noch der Meinung, dass die Umsetzung des Postulats für einen dringlichen Mieterlass eigentlich zu lange gedauert hätte. Aufgrund der Antwort des Stadtrates sieht die Fraktion aber keinen eindeutigen und keinen zwingenden Handlungsbedarf, weder in Bezug auf die Ausgabenlimite des Stadtrates noch in Bezug auf ein allfälliges Notrecht auf städtischer Ebene. Die Antwort ist aber definitiv wertvoll und die CVP-Fraktion wird gegebenenfalls auf die Themen zurückkommen.

Somit ist die Interpellation 76 erledigt.

**28 Beschlussantrag 88, Jona Studhalter und Irina Studhalter namens der G/JG-Fraktion vom 23. April 2021:
Jugendparlament antragsfähig machen**

Der Stadtrat lehnt den Beschlussantrag ab, macht aber gleichzeitig in seiner Antwort eine Empfehlung zuhanden des Parlaments.

Jona Studhalter: In Rücksprache mit dem Jugendparlament ist die G/JG-Fraktion mit der Ablehnung des Beschlussantrags durch den Stadtrat einverstanden. Die Fraktion würde die Überweisung im Sinne des Gegenvorschlags des Stadtrates begrüßen.

Somit ist der Beschlussantrag 88 abgelehnt.

Die Geschäftsleitung des Grossen Stadtrates wird beauftragt, eine Lösung zur Umsetzung des Anliegens auszuarbeiten.

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann: Die nächste Sitzung findet bereits in zwei Wochen, am 11. November 2021, statt. Es wird ein Gast anwesend sein, es ist der Chefredaktor der Blick-Gruppe, Christian Dorer, der seine Sicht auf den Journalismus und den Umgang mit dem Parlament darstellen wird. Die Ratspräsidentin dankt für die aktive Teilnahme, wünscht allen einen schönen Abend und schliesst die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 16.45 Uhr

Luzern, 6. Januar 2022

Die Protokollführerin:



Karin Spinnler Schmid

Eingesehen von:



Michèle Bucher, Stadtschreiberin